

20. DGB-Bundeskongress

4. Tag – Mittwoch, 14. Mai 2014

(Eröffnungsfilm)

(Beginn des 4. Kongresstages: 9.04 Uhr)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ein herzliches Glückauf.

Mit dem Gruß der Bergleute eröffnen wir heute diesen Kongress. Mit tiefer Bestürzung haben wir von dem verheerenden Grubenunglück in der Türkei gehört. Hierzu übergebe ich zunächst das Wort an Michael Vassiliadis, den Vorsitzenden der IG BCE.

Michael Vassiliadis

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben spätestens heute Morgen in den Nachrichten von dem erneuten und sehr verheerenden Grubenunglück in der Türkei gehört. Bei dem Unglück in Soma, 250 Kilometer südwestlich von Istanbul, sind nach letzten Angaben bisher über 200 tote Bergleute zu beklagen. Viele weitere Kumpel sind noch im Bergwerk verschüttet. Im Moment ist die Rede von bis zu 400 Menschen. Ich bin im Kontakt mit unseren Kolleginnen und Kollegen der Bergbaugewerkschaft Maden-İş. Wir sprechen mit ihnen über mögliche Hilfen, die wir organisieren wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind in Gedanken bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen und ihren Familien und wir sprechen unser tiefstes Bedauern und unsere Anteilnahme aus. Noch vor wenigen Tagen, Kolleginnen und Kollegen, wurde auf Initiative der Bergbaugewerkschaft das Parlament in der Türkei aufgefordert, die Sicherheitslage im türkischen Bergbau, insbesondere in dem Bergwerk in Soma, zu diskutieren und zu überprüfen. Mit der Regierungsmehrheit wurden die von der Opposition geforderten Sicherheitsüberprüfungen abgelehnt. Die Nichteinhaltung der Mindestvorschriften im Arbeits- und Gesundheitsschutz führen leider immer wieder zu Unfällen in türkischen, aber auch in vielen anderen Bergbauregionen der Welt.

Hier werden auch Gewerkschaftsrechte mit Füßen getreten. Die Regierung der Türkei, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss endlich dafür Sorge tragen, dass die Gewerkschaftsrechte, aber vor allen Dingen die damit verbundenen menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, Sicherheit und eine freie Betätigung der Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften garantiert werden. (Beifall)

Aber heute trauern wir mit unseren Kolleginnen und Kollegen in der Türkei. Glückauf! (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Michael. Unser Mitgefühl gilt den über 200 Opfern und ihren Angehörigen, unsere Hoffnung gilt den noch Verschütteten. Ich darf Euch bitten, zu einem kurzen Gedenken von Euren Plätzen aufzustehen. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht an der Seite der Bergleute. (Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen) – Vielen Dank. Sobald wir genauere Informationen haben, werden wir Euch selbstverständlich informieren.

Damit fangen wir nun mit unserem Tagesgeschäft an. Es gab eine kleine Änderung in der Tagesplanung. Der erste Punkt auf unserer Tagesordnung wird der Antrag B 002 sein, das heißt die Beratung und Beschlussfassung über die neue Empfehlung der Antragsberatungskommission hierzu. Ihr habt den neuen Vorschlag schriftlich vorliegen. Ist das richtig? – Ja, sehr gut. Ich hoffe, Ihr habt den gestrigen Abend nutzen können, um auch darüber zu diskutieren. Nach dem Beschluss zum Antrag B 002 fahren wir wie ursprünglich geplant fort.

Neben den Antragsberatungen dürfen wir uns heute auf die Grußworte von Simone Peter, Dr. Peter Tauber, Sigmar Gabriel und Bernadette Ségol freuen.

Am Nachmittag findet dann außerdem die Diskussionsrunde mit europäischen Betriebsräten statt, wobei es um unsere gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten hin zu einem sozialen Europa gehen wird.

Es ist unser allmorgendliches Ritual, erst einmal die Geburtstagskinder des Tages zu beglückwünschen, bevor wir mit der Tagesordnung beginnen. Das mache ich auch sehr gern und gratuliere von Herzen den Kollegen Wolfgang Pieper, (Beifall) Stefan Collm (Beifall) und Andreas Bodemer. (Beifall) Ich bitte Euch, nach vorn zu kommen. Wir haben noch ein Geschenk für Euch, das wir Euch übergeben möchten. – Wenn niemand da ist, behalten wir die Geschenke selbst. (Heiterkeit – Einige Delegierte stimmen das Lied „Happy birthday to you“ an) – Das Singen üben wir noch einmal, würde ich sagen. (Heiterkeit)

Dann fangen wir mit dem offiziellen Teil des Tages an. Hierzu rufe ich auf den Antrag B 002. Ich frage Wolfgang Lemb, ob er unsere Erinnerung etwas auffrischen möchte. - Bitte, Wolfgang.

Wolfgang Lemb, Sprecher der Antragsberatungskommission

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, ich muss jetzt keine weitere Zeit beanspruchen. (Beifall) Ich habe gestern Abend die veränderte Fassung vorgelesen. Sie liegt Euch jetzt schriftlich vor. Wir, die Antragsberatungskommission, empfehlen Euch diese geänderte Fassung zur Annahme.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Wir möchten nun auch dem Antragsteller die Möglichkeit geben, nochmals dazu zu sprechen. Hierzu liegt uns auch eine Wortmeldung vor, nämlich vom Kollegen Florian Haggemiller. - Florian, Du hast das Wort.

Florian Haggemiller

Danke schön. - Auch von mir einen wunderschönen guten Morgen! Herzlichen Dank, liebe Kongressteilnehmerinnen und Kongressteilnehmer, für diese intensive Diskussion und vor allem auch für die engagierte Diskussion gestern Abend zum zivilen Ungehorsam. Die Diskussion ist notwendig und tut den Gewerkschaften absolut gut. Sie hat auch diesem Kongress absolut gutgetan.

Wir haben uns sehr über das Geschichtsbewusstsein gefreut. Es ist für uns Jugendliche unheimlich wichtig, dass man über Vergangenes spricht und dann im Endeffekt festlegt, was wir in Zukunft machen.

Ein dickes Dankeschön an die Mitdiskutantinnen und Mitdiskutanten und vor allem auch an die Antragsberatungskommission, die sich gestern Abend noch einmal so viel Mühe gemacht hat. Herzlichen Dank dafür. (Beifall)

Ihr könnt Euch vorstellen: Der neue Vorschlag hat gestern Abend im Rahmen der Gewerkschaftsjugend zu einer heißen und intensiven Diskussion geführt. Es ging absolut engagiert zur Sache. Wir haben diesen neuen Entwurf bewertet. Wir gehen davon aus, dass Blockaden Aktionen des zivilen Ungehorsams sind, und finden, das ist ein deutliches Bekenntnis zu Aktionen des zivilen Ungehorsams als einem legitimen Mittel für Aktivitäten und Aktionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das ist eine absolut richtige Botschaft. Das finden wir notwendig und richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Der Dialog über Formen des zivilen Ungehorsams ist richtig. Wir werden uns natürlich auch engagiert einbringen. Wir hoffen auf ein intensives Engagement aller Beteiligten, vor allem auch aller Mitgliedsgewerkschaften.

Beschlusslagen verändern sicherlich nicht die Welt; das ist klar. Aber es vergeht bei mir kein Tag, an dem ich nicht die Frage höre: Ist das denn überhaupt Beschlusslage? Ich freue mich nun über ein deutliches Zeichen, dass Aktionen des zivilen Ungehorsams legitime Aktionsformen des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind und auch sein werden.

Der DGB-Bundesjugendausschuss empfiehlt als Antragsteller dem Kongress, dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission zu folgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Danke schön. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Florian. - Uns liegt eine Wortmeldung des Kollegen Jens Berner, GdP, Teilnehmernummer 270, vor. - Du hast jetzt das Wort.

Jens Berner

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Einen wunderschönen guten Morgen! Ich hoffe, Euch geht es besser als mir. Ich bin mit Herz Polizist und Gewerkschafter. Als Polizist kann und möchte ich nicht dem Kompromissvorschlag der Antragsberatungskommission zustimmen. Aber als Gewerkschafter und vor allem auch als Mensch in diesem Land bitte ich Euch - da könnt Ihr mir helfen -, dem Antrag in der vorliegenden Form zuzustimmen. - Vielen Dank. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Jens. Das freut mich natürlich ganz besonders. - Zuletzt gebe ich noch der Kollegin Annelie Buntenbach das Wort. - Annelie, Du hast das Wort.

Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich will jetzt gar keinen Werbeblock mehr für den Antrag einlegen, denn ich glaube, das ist absolut nicht nötig. Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich mich bei Euch allen ganz herzlich bedanken möchte, und zwar nicht nur für das Ergebnis des Diskussionsprozesses und für den Beschluss, den wir jetzt gemeinsam fassen wollen, sondern für die Art und Weise, wie der Beschluss zustande kommt, für die Diskussion, die wir gestern Abend und heute Morgen geführt haben: respektvoll, ernsthaft, engagiert.

Ich finde, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, darauf können wir wirklich stolz sein. Danke schön. (Beifall)

Das ist ein Verdienst der Jugend, die das angestoßen hat, die vor der wichtigen Frage des zivilen Ungehorsams, die es ja in sich hat, nicht zurückgeschreckt ist. Ihr von der Jugend habt sie auf den Tisch gebracht, und zwar in einer Art und Weise, mit der Ihr Euch ja nicht irgendetwas bestätigen wolltet, sondern Ihr habt mit Eurem Anliegen den Kongress mitgenommen. Dafür herzlichen Dank.

Ich finde, es war schön, gestern zu sehen, wie sich viele Ältere eingemischt und mitgezogen haben. Sie haben deutlich gemacht: Ja, das ist ein Herzstück auch meiner eigenen Geschichte, auch wenn die Knie nicht immer mitmachen.

Ganz besonders herzlich möchte ich mich bei Oliver Malchow bedanken. Lieber Oliver, mit Deinem nachdenklichen und engagierten Beitrag zu diesem für Euch besonders schwierigen und empfindlichen Thema hast Du die Herzen und die Köpfe der Jugend und aller Delegierten erreicht.

Noch einmal ganz herzlichen Dank an Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GdP, lieber Jens, dass Ihr uns diesen gemeinsamen Weg eröffnet. Diesen hat die Antragsberatungskommission gestern sehr klug gefunden und formuliert.

Die Tatsache, dass wir aus dieser so grundsätzlichen Debatte mit einem gemeinsamen Beschluss herausgehen, der niemanden niederstimmte, sondern alle mitnimmt, finde ich einfach großartig. Wenn wir so solidarisch miteinander umgehen, dann kann ja eigentlich nichts mehr schiefgehen. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren. - Danke schön. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Annelie. - Wir kommen nun zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission so folgen möchte, den bitte ich nun um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe, bitte! - Enthaltungen? - Eine Enthaltung, keine Gegenstimmen. Herzlichen Dank. (Beifall) Damit wurde der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt.

Ich möchte noch in unseren Reihen begrüßen Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU, herzlich willkommen, (Beifall) sowie Simone Peter, Vorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen. (Beifall)

Sie konnten ja schon einen ersten Eindruck von unserer Antragsberatung gewinnen, Frau Peter. Nun freuen wir uns, auch etwas von Ihnen zu hören. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Simone Peter, Vorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde! Ich freue mich, dass ich gleich nach Eurer Antragsberatung über den zivilen Ungehorsam sprechen kann. Als Grüne passt das. Annelie Buntenbach hat auf ihre eigene Biografie hingewiesen. Das kann ich auch. Ich freue mich auch, dass Ihr den Antrag einstimmig angenommen habt, und leite jetzt in das Grußwort der Parteien über.

Ich möchte natürlich das Grußwort zunächst mit einem Dank beginnen. Ich habe Michael Sommer noch nicht gesehen, aber ich möchte ihm ganz herzlich danken für die vielen Jahre der stets konstruktiven und freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Wir hatten in der letzten Woche ein Gespräch mit dem Bundesvorstand der Grünen. Die Zusammenarbeit ist ja noch nicht so lange her, aber ich weiß aus der langen Erfahrung, dass die Grünen sehr dankbar waren, dass mit Michael Sommer ein stets dialogbereiter, streitbarer Vorsitzender des DGB zur Verfügung stand und wir viele gute Diskussionen hatten. Deswegen setze ich auch darauf, dass wir mit dem neuen Vorstand weiter erfolgreich zusammenarbeiten.

ten. Wir haben uns gestern Abend ja alle schon gesehen. Ich durfte den neuen Vorstand im Rahmen des Parteienabends im „grünen Saal“ unten im Keller begrüßen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit, liebe Freundinnen und Freunde. (Beifall)

Ein Führungswechsel nach zwölf Jahren ist so eine Sache. Wenn jemand ein solches Amt so kraftvoll ausgefüllt und geprägt hat wie Michael Sommer, sind die Erwartungen an den Nachfolger naturgemäß hoch. Ich kenne das aus dem eigenen Erleben. Dass sich da auch noch manches durchsetzen muss, sehe ich an der Namensschreibung. Jetzt steht mein Name ja richtig da, Peter ohne „s“, aber auch ich habe einen Dokortitel. Ich wüsste nicht, dass er mir mittlerweile aberkannt wurde. (Beifall) Im Zuge der Gleichberechtigung müssen Frauen vielleicht noch öfter darauf hinweisen, dass auch sie akademische Grade erreichen können. Vielleicht steht es beim nächsten Mal dann ja auch da. Danke. (Beifall)

Für die neue Aufgabe wünsche ich Dir, Reiner Hoffmann, viel Kraft und eine glückliche Hand. Noch einmal: Bündnis 90/Die Grünen freuen sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit in den nächsten Jahren. Denn eines ist klar: Unser Land braucht starke Gewerkschaften. Dafür treten wir zusammen ein, liebe Freundinnen und Freunde. (Beifall)

Vermögen und Chancen sind in Deutschland immer ungleicher verteilt. Der unteren Hälfte der Haushalte gehören gerade einmal ein Prozent des Volksvermögens. Gerade gestern hat uns die OECD darauf hingewiesen, dass wir hier dringenden Handlungsbedarf haben, um das Armutsrisiko in Deutschland zu senken, zu mindern. Das ist jetzt noch einmal ein wichtiger Beleg dafür, dass es in politisches Handeln umgesetzt werden muss. Studien weisen uns darauf hin, dass die soziale Mobilität in unserem Land so niedrig ist wie seit Jahrzehnten nicht. Das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, dass jeder mit harter Arbeit vorankommen kann, wird immer seltener eingelöst. Einige Wissenschaftler - wir lesen derzeit sehr viel über den französischen Ökonomen Piketty - warnen sogar vor einer Refeudalisierung der Wirtschaft.

Um solche Verkrustungen aufzubrechen, braucht es starke politische und gesellschaftliche Akteure, und dazu gehören auch die Gewerkschaften, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat letzte Woche berichtet, dass es moderne Tagelöhnerjobs in Großbritannien gibt. Über 1 Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben dort zwar eine Festanstellung, aber kein gesichertes Einkommen. Sie stehen auf der Basis sogenannter Null-Stunden-Arbeitsverträge permanent auf Abruf und werden von ihren Arbeitgebern nur bezahlt, wenn sie zum Einsatz kommen. Das erinnert uns doch direkt an die dunkelsten Zeiten des Manchester-Kapitalismus. Solchen Tendenzen müssen wir gemeinsam entgegenstehen, liebe Freundinnen und Freunde. (Beifall) Deshalb ist es gut und richtig, dass Ihr auf Eurem Kongress auch die neue Ordnung der Arbeit fordert gegen die Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt.

Es braucht natürlich auch starke Akteure, um die sozialen und ökologischen Fortschritte, die wir in Europa erstritten haben, für die Zukunft zu verteidigen und fortzuschreiben. Darum geht es bei der aktuellen Debatte um das geplante transatlantische Handelsabkommen TTIP. Ich weiß, auch Ihr habt die Anträge beraten, denn wir wissen alle und kriegen das auch zunehmend in den Diskussionen mit: Bei diesem Abkommen drohen die Rechte für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rechte für die Umwelt und die Rechte für die Verbraucherinnen und Verbraucher unter die Räder zu kommen. Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Es bestreitet ja niemand, dass der Handel natürlich auch Chancen bietet. Aber dann muss er nicht nur frei sein, sondern dann muss er auch fair sein. Ein Abkommen darf eben nicht zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht zulasten der Verbraucher oder der Umwelt gehen und schon gar nicht auf Kosten der Demokratie. Mir persönlich bereitet besonders das Recht der Konzerne Bauchschmerzen, Staaten wegen ihrer Umwelt- oder Sozialstandards vor Schiedsgerichte zerren zu können. (Leichter Beifall) Wir erleben das jetzt schon. Vattenfall klagt vor einem amerikanischen Schiedsgericht gegen den Atomausstieg in Deutschland. Ein französischer Konzern verklagt den ägyptischen Staat wegen der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns. Philip Morris verklagt Australien wegen der Vorschriften zum Nichtraucherschutz. Auf diese Weise setzen Investoren demokratische Staaten unter Druck, die versuchen, im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Das darf man nicht vorantreiben. Diesen Weg bereitet TTIP. Dem dürfen wir nicht folgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich finde es gut und wichtig - die Grünen im Umweltausschuss haben jetzt Kontakte nach USA gesucht -, dass wir das im Dialog mit den Partnern auf der anderen Seite des Atlantiks machen. Auch dort warnen Gewerkschaften, Umweltverbände und Verbraucherschützer vor den Risiken von TTIP. Viele fordern, wie wir Grünen, dass die Verhandlungen gestoppt werden. Wir wollen, dass die Verhandlungen ein neues Mandat bekommen. Wir fordern mehr Transparenz. Wir fordern die Sicherung der Standards im Sozialbereich, im Umwelt- und im Verbraucherschutzbereich. Ich glaube, Regierung und EU-Kommission, die dieses Verhandlungsmandat ja für uns trägt und mit den Amerikanern verhandelt, wären sehr schlecht beraten, diese Einwände einfach vom Tisch zu wischen.

Die Forderung nach einem Stopp von TTIP ist ja nicht eine Absage an eine enge transatlantische Partnerschaft. So wollen wir alle nicht verstanden werden. Wir sind alle im permanenten Dialog mit den Amerikanern. Im Gegenteil, es geht eben nicht um eine Absenkung, sondern um die Verbesserung von Standards, zum Beispiel um die Anerkennung von Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, damit die Mitarbeiter deutscher Firmen endlich auch in den USA Betriebsräte bilden können, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Leichter Beifall) Es geht auch um höchste gemeinsame Anforderungen in den Bereichen Klimaschutz und Ressourceneffizienz.

Ein lebhafter Wettbewerb zwischen Europa und den USA befördert dann doch die Produktion umweltfreundlicher Produkte. Darauf kommt es an. Darauf zielen wir ab. Es geht uns nicht um eine Verringerung von Standards, sondern um eine Verbesserung von Standards. Das muss unser gemeinsames Ziel sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen stoppt das TTIP jetzt. Es muss neu verhandelt werden mit einem neuen Verhandlungsmandat. Darauf sollten wir uns gemeinsam verständigen. (Beifall)

Wenn ich die Vereinbarkeit von Wirtschafts- und Umweltinteressen anspreche, dann bietet auch das Thema ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft eine wichtige Zukunftschance. Das ist eine Chance für die Unternehmen, für die Gewerkschaften und für die Politik, in diesem Bereich zusammenzufinden. Ich habe das auch bei meinem Aufenthalt in den USA mitbekommen. Dort haben die Gewerkschaften und die Umweltverbände im Rahmen einer BlueGreen Alliance durchaus schon Strategien überlegt, wie man gemeinsam die Produktion umweltfreundlicher Produkte, die Energieeinsparung und die Gebäudesanierung voranbringt. Es geht doch nicht nur um die eine Überlebensfrage, aber es ist eine unserer zentralen Überlebensfragen, auf Klimaschutz und die Senkung des CO₂-Ausstoßes zu setzen. Es geht dort auch um die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft, und das geht nur mit einer nachhaltigen Produktion, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Der Weltklimarat IPCC hat uns vor kurzem, an Ostern, mit einem Bericht konfrontiert und wieder bekräftigt, welche gewaltige Aufgabe vor uns liegt. Die Industriestaaten müssen ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis zur Hälfte des Jahrhunderts um 80 bis 95 Prozent reduzieren. Das erfordert grundlegende Änderungen in der Art und Weise, wie wir wirtschaften, wie wir arbeiten, wie wir leben, wie wir konsumieren. Bei der gesellschaftlichen Diskussion über die besten Wege dorthin sollten wir zusammen Konzepte erarbeiten, zusammenkommen und überlegen, wie wir mit der Wirtschaft, mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine nachhaltige Wirtschaftsweise voranbringen. Klar ist doch: Für die Zukunft unserer Kinder und Kinderkinder ist das ein zentraler Baustein. Auch dafür werbe ich: dass wir hier zusammengehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Moment geht die Entwicklung in die falsche Richtung. Zwar decken wir nach den neuesten Erhebungen schon etwa 27 Prozent unseres Stromverbrauchs mit Ökostrom. Aber die deutschen CO₂-Emissionen steigen wieder. Wir verlieren unsere Vorreiterrolle in Deutschland und damit auch die Vorreiterrolle in Europa, um voranzugehen, um die gesellschaftliche Debatte um die Notwendigkeit des Klima- und Umweltschutzes voranzubringen. Die Verbindung von Ökologie und Ökonomie bietet gerade riesige Chancen für Gute Arbeit und nachhaltigen Wohlstand. Wir haben leider nur mit ein paar wenigen Pausen letzten Samstag für eine Veränderung beim Erneuerbare-Energien-Gesetz geworben, damit die Energiewende weitergeht. Aber es sind fast 400.000 Menschen in der Branche der erneuerbaren Energien beschäftigt. Wir haben Milliardenwertschöpfung in den Kommunen, in den Stadtwerken. Dafür müssen wir weiter kämpfen. Ich weiß, wir müssen dafür werben, dass die gewerkschaftliche Organisation in diesen Betrieben, die Betriebsräte, gestärkt werden. Das ist ein Anliegen, das wir unbedingt unterstützen. Aber es kann nicht sein, dass wir jetzt ein Stück zurückfahren in dem Anliegen, Deutschland voranzubringen, Europa voranzubringen, auch im Kontext mit der Energiesicherung, die jetzt im Zusammenhang mit der Ukraine debattiert wird. Wir wollen, dass wir unabhängiger von teuren Energieimporten werden. Wir wollen, dass wir die dezentrale, demokratische Energieversorgung in der Fläche voranbringen. Deswegen werbe ich dafür, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten mit den politischen Kräften die EEG-Reform ambitioniert voranbringen. Ich werbe dafür auch bei Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sprecht mit den politischen Akteuren, dass wir hier einen Fortschritt und keinen Rückschritt bekommen. (Beifall)

Wir dürfen bei der Weiterentwicklung der Energiewende das Erreichte nicht aufs Spiel setzen. Da ist mir wichtig, Michael Vassiliadis - ihn habe ich gestern Abend beim Parteienabend auch getroffen -, dass wir ins Gespräch kommen: Wie können wir das gemeinsam organisieren? Ich war gestern beim Braunkohletagebau in Nordrhein-Westfalen. Da sind die Verflechtungen zwischen kommunalen Strukturen und Konzernen wie RWE ganz eng. Wir appellieren, dass der Umstieg endlich organisiert wird, dass man nicht die Arbeitsplätze riskiert, indem man die Zeichen der Zeit nicht erkennt. Es muss darum gehen, dass wir das gemeinsam organisieren, dass wir das mit der Wirtschaft, mit den Energiekonzernen, mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern voranbringen, dass wir Energieland Deutschland bleiben, dass wir das aber zukunftsfähig aufstellen. Dafür möchte ich auch heute werben. Wir wollen durch eine stärkere Demokratisierung der Energieversorgung auch wirklich die Möglichkeit bieten, dass wir in Europa eine bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung organisieren. Deswe-

gen: Werbt dafür, dass wir weiter in Bürgerenergieprojekte investieren, statt sie auszubremsen. In diesem Sinne möchte ich noch mal darum bitten, dass wir hier gemeinsam den Weg für eine dezentrale demokratische Energieversorgung gehen. (Vereinzelt Beifall)

Wenn es um die Arbeit und die Branche geht, die ich eben angesprochen habe, dann geht es natürlich um Gute Arbeit. Ich glaube, da haben wir in den letzten Monaten und Jahren viel miteinander diskutiert. Das ist ein zentrales Anliegen. Ich glaube, wir können alle den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der jetzt vorgebracht wird, als einen gemeinsamen Erfolg begreifen. Wir haben gemeinsam diesen Kampf gewonnen. Ich finde, über diesen Erfolg können wir uns gemeinsam freuen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber es muss auch klar und deutlich ausgesprochen werden: Dieser gemeinsame Erfolg kann wirklich nur umfassend gefeiert werden, wenn es hier keine Ausnahmen gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Vereinzelt Beifall)

Es ist ein Schritt zur Normalität, dass wir jetzt endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn haben. 22 der 28 EU-Staaten haben ihn längst. Eine gesetzliche Untergrenze ist Normalität. Das ist gut so. Ich hoffe, dass damit die verlogenen Kampagnen gegen den Mindestlohn ein Ende finden. (Vereinzelt Beifall)

Wie lange haben uns Arbeitgeberinitiativen und Wirtschaftsausschüsse einzureden versucht, der Mindestlohn, dieses bisschen mehr an Gerechtigkeit, dieses bisschen mehr Würde bedeute den Untergang des Abendlandes! Die, die so reden, hatten mit sozialer Marktwirtschaft meist nicht viel im Sinn. Jetzt, wo der Mindestlohn endlich kommt, hoffen wir, dass diese Kassandrarufe ein Ende nehmen. Die Angstmacherei ist entlarvt. Wir wissen, dass der Mindestlohn notwendig ist, dass er ein Schritt ist, um eine gerechte Bezahlung, um eine gleichwertige Bezahlung zu organisieren. Deswegen: Lasst uns weiter gegen die Rufe der Lobbyvertreter angehen. Die Ausnahmen vom Mindestlohn sind nicht hinnehmbar. Wer sollte nicht schon alles ausgenommen werden: Studierende, Rentnerinnen und Rentner, Minijobber, Saisonarbeiterinnen, Langzeitarbeitslose, Zeitungsausträgerinnen, Taxifahrer. Wir wollen nicht, dass der Mindestlohn durchlöchert wird wie ein Schweizer Käse. Wir wollen einen umfassenden, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. (Beifall)

Wir müssen außerdem dafür sorgen, dass die beschlossenen Mindestlöhne auch umgesetzt und tatsächlich bezahlt werden. Da ist, glaube ich, der Hinweis wichtig, dass wir die Einhaltung wirksam kontrollieren. Bisher ist die Kontrolle alles andere als gesichert. Schon heute ist die Finanzkontrolle Schwarzarbeit absolut unterbesetzt. Wenn wir uns über die Finanzierung der öffentlichen Haushalte unterhalten, dann muss es auch darum gehen, dass Personal bereitsteht, um die Kontrolle durchzuführen, dass wir keine zusätzlichen Personalstellen streichen, sondern sie voranbringen. Im Haushalt sehen wir sie derzeit nicht. Wir müssen gemeinsam Druck machen, dass der gesetzliche Mindestlohn nicht zu einem Papiertiger wird, sondern auch umgesetzt und kontrolliert wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Vereinzelt Beifall)

Es kommt uns nicht nur auf einen Mindestlohn an; ich habe es eben schon gesagt. Wir brauchen Lösungen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom wirtschaftlichen Erfolg profitieren. Wir sind ein reiches Land. Auch diese Anerkennung der Arbeit gehört zu Guter Arbeit. Doch die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stagnieren seit zwanzig Jahren, während die Vermögen im gleichen Zeitraum etwa um die Hälfte angewachsen sind. Deswegen ist es das Mindeste, dass wir gemeinsam dafür eintreten, dass Einkommen aus Kapital und Arbeit endlich wieder gleich besteuert werden. Das war ein zentrales Anliegen für uns im Wahlkampf. Das wird es auch bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Vereinzelt Beifall)

Gute Arbeit, das heißt außerdem, dass die Auswüchse bei Werkverträgen und Leiharbeit zu bekämpfen sind. Das heißt, gegen den Missstand der sachgrundlosen Befristungen vorzugehen. (Vereinzelt Beifall) Dieses Thema blendet die Große Koalition völlig aus. Sie will nicht wahrhaben, dass Millionen Menschen unter der fehlenden Planungssicherheit leben, die befristete Arbeitsverträge mit sich bringen. Das betrifft vor allem junge Menschen. Durch den starken Anstieg der Befristung ziehen sich ihre Berufseinstiege in die Länge. Da wird ein Praktikum an das andere drangesetzt. Oft wird befristete Arbeit eher schlechter bezahlt. Das ist ungerecht, und das wollen wir in Zukunft ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Gute Arbeit - das spreche ich bewusst als Frau aus - bedeutet auch gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Es ist einfach unverständlich und deswegen auch nicht mehr hinnehmbar, dass man sich auf freiwillige Selbstverpflichtungen zurückzieht. Noch immer verdienen Frauen in unserem Land rund 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Diese Diskriminierung wollen wir nicht länger hinnehmen. Hier ist die Politik gefordert. Wir brauchen endlich ein wirksames Gesetz zur Entgeltgleichheit. Mit Appellen und Selbstverpflichtungen ist es nicht getan. Wir wollen jetzt Handlungsmöglichkeiten sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir müssen auch über neue Arbeitszeitmodelle reden, über eine neue Balance zwischen Arbeit, Familie und Freizeit. Das ist ein zentraler Punkt von Guter Arbeit. Wir Grüne haben deshalb beschlossen, dass wir das Thema Zeitpolitik als einen Programmschwerpunkt aufnehmen. Wir werden uns im Länderrat eine Woche nach der Europawahl intensiv mit dieser Debatte beschäftigen und einen Anstoß geben, um beim Thema Zeitpolitik voranzukommen. Wir sind dankbar, wenn es Impulse aus der Gewerkschaft, aus der Gruppe der gesellschaftlichen Akteure gibt, dass wir ein intensives Miteinander bekommen, wie wir die einzelnen Ansprüche an unser Zeitverständnis miteinander in Verbindung bringen. Hier setze ich auch darauf, dass wir neben den Gewerkschaften auch den Input aus den Betriebsräten bekommen. Denn es sind die Betriebsräte, die wissen, wo die Probleme im Arbeitsalltag liegen. Sie sorgen dafür, dass die Menschen ordentliche Arbeitsbedingungen haben und die Interessen der Belegschaften berücksichtigt werden.

Deshalb müssen wir auch die Mitbestimmung stärken. Deshalb sind die Betriebsratswahlen, die gerade landauf, landab stattfinden, so wichtig. Sie sind Ausdruck gelebter innerbetrieblicher Demokratie, sie verdienen eine umfassende Teilnahme, eine hohe Wahlbeteiligung. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht wählen. Wir werben dafür, dass wir eine hohe Mitbestimmung garantieren, eine bessere Mitbestimmung bekommen. Das sollte gemeinsames Anliegen sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich möchte zum Abschluss und last but not least – denn das bewegt uns derzeit alle, auch was das Thema Wahlbeteiligung angeht – auf die Europawahlen eingehen. Wenn Demokratinnen und Demokraten an diesem Tag der Wahl, am 25. Mai, nicht zur Wahl gehen, dann profitieren die Falschen davon. Die rechtsextremen und fremdenfeindlichen Parteien fühlen sich bei diesen Europawahlen derzeit im Auftrieb. Wir erleben die Wahlergebnisse in allen europäischen Ländern und derzeit auch die Erfolge der AfD, zumindest in den Umfragen. Ich hoffe, das beschränkt sich auf die Umfragen. Denen dürfen wir das Feld nicht überlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb bin ich froh darüber, dass der DGB nachdrücklich dazu aufruft, am 25. Mai wählen zu gehen. Es geht darum, demokratische Parteien zu wählen. Es geht darum, unseren erfolgreichen Prozess als Friedensunion zu stärken. Dafür möchte ich auch hier noch einmal explizit werben, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Es geht um viel bei der Europawahl. Das zeigt uns gerade die Krise in der Ukraine. Dies zeigt uns, wie wichtig die Einigung Europas ist und bleibt, dass wir friedlich und zusammen in Freiheit auf unserem Kontinent leben können. Am 25. Mai können wir alle daran mitwirken, Europa gerechter, nachhaltiger und demokratischer zu machen. Es geht darum, ein solidarisches Europa weiter voranzubringen. Es geht um Zukunftsinvestitionen in den Klimaschutz, es geht um gute Bildung, um Gute Arbeit, es geht um die Zügelung der Finanzmärkte, um den Schutz der Bürgerrechte, um die Bekämpfung der dramatisch ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit und natürlich auch – und das ist mir besonders wichtig – um eine humane Flüchtlingspolitik, um die Menschenrechte in Europa. (Beifall)

Die Freizügigkeit ist gelebtes Europa. Und diese Freiheit darf nicht nur eine Freiheit der Waren und des Kapitals sein. Diese Freiheit muss auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten, und zwar auch für Arbeitnehmer aus Bulgarien und aus Rumänien. Was wir derzeit an populistischer Stimmungsmache erleben, ist einfach unerträglich. Hiergegen müssen wir gemeinsam angehen. (Beifall) Ich halte es für ganz schwierig, dass wir zum Beispiel innerhalb der Union keine klare Abgrenzung gegenüber der CSU hinbekommen, die einerseits einen Europaplan vorlegt, auf der anderen Seite aber die Freizügigkeit mit Füßen tritt. Das ist nicht gelebtes Europa. Wir wollen Freizügigkeit für alle in Europa. Und dafür kämpfen wir bis zum 25. Mai. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Themen, die ich angesprochen habe, beschäftigen uns gemeinsam. Das, was ich hier thematisiert habe, ist jetzt ein großes Paket geworden. Aber dies ist mir auch ein Anliegen, weil ich zum ersten Mal zu Euch sprechen kann.

Ich freue mich darauf, wenn wir diesen Dialog weiter fortsetzen können. Wir haben uns verabredet, den Dialog mit der Spitze, aber auch mit allen Gliederungen weiter voranzubringen. Wir sind in vielen Bereichen gefordert, gemeinsam Konzepte zu erarbeiten, Impulse zu setzen. Ich freue mich darauf, mit Euch diesen Dialog zu führen. Ich freue mich auf die gute Zusammenarbeit in den nächsten Jahren und wünsche Euch, dass Ihr, beginnend mit vielen Anträgen und vielen Debatten, auf diesem Kongress die zukunftsweisende Debatte fortsetzt und einen guten Kongressverlauf habt.

In diesem Sinne alles Gute für diesen Kongress und für die weitere Zusammenarbeit. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (Starker Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Frau Dr. Simone Peter. Ich habe hinzugelernt. (Heiterkeit)

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Simone Peter, ganz herzlichen Dank. Es hat in der Tat eine Menge an Übereinstimmung gegeben. Du hast auch darauf hingewiesen, dass wir in ein paar Themen durchaus Differenzen haben. Im Ziel sind wir uns weitgehend einig. Wie wir den Weg dahin gestalten, darüber müssen wir gemeinsam streiten und müssen daran arbeiten. Der DGB ist natürlich flexibel, und für kleinere Fehler bitte ich um Nachsicht. Wenn Du mal auf die Videowand schaust, dann siehst Du: Deinen Dokortitel haben wir wiedergefunden. (Beifall – Heiterkeit)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Delegierte, das zweite Grußwort des Tages wird gleich nach diesem Jingle folgen. – Wir dürfen jetzt zum zweiten Grußwort des Tages begrüßen Dr. Peter Tauber von der CDU. Herr Tauber, bitte kommen Sie nach vorne. Herzlich willkommen auf dem 20. Parlament der Arbeit. (Beifall)

Dr. Peter Tauber, Generalsekretär der CDU

Sehr geehrter Reiner Hoffmann! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Einen wunderschönen guten Tag! Ich freue mich sehr, dass ich hier sein darf. Ich bin erst im April zum Generalsekretär der CDU gewählt worden. Da ist es schon etwas Besonderes und eine große Ehre, vor einem so eindrucksvollen Auditorium sprechen zu dürfen. Ich darf Sie ganz herzlich von der Parteivorsitzenden, unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, grüßen.

Ich habe mich natürlich im Vorgriff, als ich wusste, dass ich heute bei Ihnen sein darf, gefragt: Was ist eigentlich mein persönlicher Bezugspunkt zur Gewerkschaft? Der liegt in meiner Familie. Mein Vater war lange Jahre HBV-Mitglied, auch Delegierter auf Bezirks- und Landesgewerkschaftstagen, übrigens auch mal überzeugtes SPD-Mitglied. Das Letztere haben wir geändert, (Heiterkeit) aber ohne Streit in der Familie und mit guten Argumenten. So sollten wir das auch künftig handhaben zwischen den Gewerkschaften und der Union. Lassen Sie uns gemeinsam darum ringen, welches der richtige Weg in vielen Fragen ist. Ich glaube, wir finden aus den letzten Jahren immer wieder Beispiele, bei denen uns das gemeinsam sehr gut gelungen ist.

Lieber Reiner Hoffmann, ich möchte Ihnen natürlich auch im Namen der CDU ganz herzlich gratulieren. Sie bringen einen reichen Erfahrungsschatz mit für die Aufgabe, die jetzt vor Ihnen liegt, die sicherlich in vielen Punkten keine leichte ist. Gestern beim Parteiabend haben Sie auch mit Blick auf die Europawahl, aber sicherlich auch mit Blick auf viele Fragen, die wir künftig nur noch gemeinsam in Europa diskutieren und lösen können, einen Satz gesagt, der mir gut gefallen hat. Sie haben gesagt, wir müssten uns immer daran erinnern, dass wir dann, wenn wir über Europa reden, am Ende über die zentrale Frage reden, wie wir es schaffen, dass die Menschen in Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können.

Ich will einen Punkt aufgreifen, über den eben schon diskutiert worden ist, das sogenannte Freihandelsabkommen. Ich bin ganz bei Ihnen, wenn es darum geht, dass wir sehr darauf achten müssen, dass wir die hohen Standards, die wir in Deutschland und in Europa haben, verteidigen, damit die bei einem solchen Freihandelsabkommen nicht unter die Räder kommen.

Ich frage mich aber umgekehrt auch: Was tun wir ohne ein solches Freihandelsabkommen, wenn es darum geht, im Wettbewerb wieder mit ganz anderen, die mit uns konkurrieren, diese Standards zu verteidigen. Dazwischen bewegen wir uns. Ich glaube, ein Freihandelsabkommen kann nie Selbstzweck sein, sondern es kann nur helfen, das, was wir an Standards haben, zu schützen und weiterzuentwickeln. Darum muss es gehen.

Ich glaube aber auch, dass, wenn wir über Europa reden – und das merkt man, wenn man draußen versucht, Menschen zu motivieren, zu dieser Wahl zu gehen -, der Blick über diese Fragen, etwa Freihandelsabkommen oder die Frage, wie es weitergeht in der Staatsschuldenkrise in Europa oft sehr abstrakt ist. Ich glaube, wir tun gut daran, uns vor Augen zu führen, worum es dabei eigentlich geht.

Ich hatte ein entsprechendes Erlebnis. Ich habe neulich auf einer Veranstaltung gesprochen. Da ging es um diese Themen und um wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Europa. Und da stand mitten in der Veranstaltung ein älterer Mann auf, CDU-Mitglied, Mitte 80, und sagte, er habe das alles verstanden, das sei wichtig. Er wisse auch nicht genau, was da jetzt zu tun sei, weil es ihm so scheine, als sei dieses Europa sehr kompliziert. Aber er habe in seiner Schulzeit – und er sei in der Zeit des Dritten Reiches zur Schule gegangen – das Lied „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen, sterben wie ein tapf’rer Held“ lernen müssen. Er habe eigentlich nur eine Bitte an die Politik: dass nie wieder Kinder in Europa solche Lieder lernen müssten. (Beifall)

Ich finde, bei allem Streit und bei allen Unzulänglichkeiten, um die es bei Europa manchmal auch geht, sollten wir das nie aus dem Blick verlieren; denn ich glaube, das ist das Bindeglied zwischen allen, die grundsätzlich sagen, sie wollten dieses Europa, sie seien sich nur noch nicht darüber einig, wie es aussehen solle. Ich glaube, es kann nicht schaden, sich auch in Wahlkampfzeiten immer wieder dessen zu entsinnen.

Ich darf einen herzlichen Dank natürlich auch an Michael Sommer sagen, der in den vergangenen Jahren den DGB maßgeblich mitgeprägt hat und an vielen Stellen mitgeholfen hat, wichtige Entscheidungen für unser Land zu treffen, sei es auf dem ersten Höhepunkt der ersten Finanz- und Wirtschaftskrise die Entscheidung für das Kurzarbeitergeld, die ein wesentlicher Grund war, warum unser Land so gut durch diese Krise gekommen ist, seien es viele andere Diskussionen, die er gemeinsam mit der Politik geführt hat. Ich glaube, es ist wichtig, dass man ihm dafür einen Dank sagt. Ich glaube, es ist natürlich auch eine Verpflichtung für die Gewerkschaften insgesamt, in diesem Sinne weiter mit uns um den richtigen Weg zu ringen.

Ich möchte auch allen gratulieren, die gewählt worden sind, und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit, die ich gerne anbieten möchte, allen voran natürlich Elke Hannack. Ich freue mich sehr, dass Sie die Position der Union ein bisschen vertreten wird. Ich bin selber CDA-Mitglied und freue mich deswegen auf viele, viele gute Gespräche.

In der Vergangenheit – das wissen Sie auch – wurde immer wieder spekuliert und diskutiert: Wie steht es jetzt eigentlich um das Verhältnis zwischen der CDU und den Gewerkschaften? Mein Eindruck ist, das ist sehr viel besser, als manche denken. Uns verbindet eins: Wir wollen, dass es den Menschen in Deutschland gutgeht. Viele Vorhaben der Großen Koalition stehen genau unter dieser Zielsetzung. Was sind da die Aufgaben? Wir reden über solide Finanzen, wir reden über sicheren Wohlstand, und wir reden auch über einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das sind die Aufgaben für die nächsten vier Jahre. Sie wissen, wie wichtig uns als Christdemokraten der ausgeglichene Haushalt ist. Ich weiß auch, dass manche aus den Reihen der Gewerkschaften diesen Kurs sehr kritisch sehen. Aber ich glaube mit Blick auf die kommende Generation eben auch, dass wir mit dieser Schuldenpolitik Schluss machen müssen. Das sage ich ganz bewusst auch als Vertreter der jüngeren Generation, weil es wichtig ist, dass wir bei der Frage: „Was tun wir für Ältere?“ genauso die Frage beantworten müssen: „Was tun wir für Jüngere?“ Jeder Euro weniger an Schulden, den wir aufnehmen, schafft Spielräume für die, die zukünftig politisch gestalten. Davon bin ich überzeugt. Deswegen ist dieser ausgeglichene Haushalt ohne neue Schulden so wichtig.

Es ist auch ein Beitrag zu sicherem Wohlstand, genauso wie die Investitionen in Bildung und Forschung und in die Infrastruktur, auf die sich die Große Koalition verständigt hat. Natürlich steht jetzt aktuell ein Thema auf der Tagesordnung, für das Sie ganz besonders gestritten haben: der Mindestlohn. Wenn man sich noch einmal vor Augen führt, wie sehr sich diese Debatte bis zu der Entscheidung heute in den letzten zehn Jahren verändert hat, dann ist es eigentlich ganz spannend. Ich habe ein bisschen nachgelesen und bin dann in den Unterlagen über einen Besuch der CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin 2006 bei Ihrem Bundeskongress gestolpert, bei dem sie damals gesagt hat, sie ist sehr offen für eine Diskussion zum Mindestlohn. Zwei Jahre zuvor hat Michael Sommer den gesetzlichen Mindestlohn noch mit Verweis auf tarifliche und ortsübliche Löhne kritisch gesehen und abgelehnt. Inzwischen, glaube ich, sind wir an einem Punkt, wo wir andere Fragen miteinander diskutieren.

Ich glaube, der zentrale Aspekt muss sein: Wie schaffen wir das mit dem gesetzlichen Mindestlohn, und zwar nicht nur, wenn er eingeführt wird, sondern auch dann in der weiteren Entwicklung, dass es nicht weniger Arbeitsplätze in Deutschland gibt, sondern mehr? Das ist der entscheidende Punkt. Ich glaube, mit dem gefundenen Kompromiss - 8,50 Euro ab Anfang 2015 - mit den tariflichen Abweichungen, die in der Übergangszeit möglich sind, haben wir da einen richtigen Schritt in die richtige Richtung getan.

Jetzt weiß auch ich, das habe ich vernommen, wie Sie zu der Frage von Ausnahmen stehen. Es wäre jetzt langweilig, wenn ich hierherkomme und Ihnen in allen Punkten zustimme. Also sage ich Ihnen: An dieser Stelle haben wir einen Dissens. Wir glauben in der Tat, dass wir an manchen Punkten über Ausnahmen reden müssen. Die spannende Frage wird auch dort sein - (Buh-Rufe) Buh-Rufen ist aber kein Argument. (Widerspruch) Die Frage ist genau wie bei dem Punkt der Weiterentwicklung des Mindestlohns: Wie schauen wir uns das an, was jetzt an Ausnahmen vereinbart wird? Die sind ja nicht statisch und nicht in Stein gemeißelt, sondern es lohnt sich, regelmäßig draufzuschauen: Machen die Sinn, wie entwickelt sich das weiter? Dass wir darüber im Gespräch bleiben, ist, glaube ich, eine Selbstverständlichkeit, (Vereinzelt Heiterkeit – Vereinzelt Beifall) alleine weil Sie es wollen, aber auch weil es uns interessiert, weil wir natürlich wissen wollen, wie es weitergeht und wie es sich auswirkt. Wir müssen genau hinschauen: Fallen Arbeitsplätze weg, oder eben nicht? All diese Fragen müssen wir uns gemeinsam anschauen. Ich glaube, das ist eine wichtige Verpflichtung.

Dasselbe gilt für das, was wir im Bereich der Rente vereinbart haben. Ich bin sehr froh, dass zum 1. September die Mütterrente kommt und wir damit die Erziehungsleistung der Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren sind, anerkennen und damit auch eine Gerechtigkeitslücke schließen. Ich bin auch sehr froh, dass wir uns – da entsteht öffentlich manchmal ein falscher Eindruck –, obwohl wir sagen, die Rente mit 67 ist eine richtige Entscheidung, darauf verständigt haben, dass diejenigen, die 45 Beitragsjahre haben, auch schon mit 63 in Rente gehen können. Ich rate auch manchem, der eine akademische Ausbildung durchlaufen hat und vielleicht erst später zu arbeiten angefangen hat, zu ein bisschen mehr Zurückhaltung. 45 Beitragsjahre muss man erst einmal sammeln. (Beifall) Deswegen ist es richtig, dass wir das machen. Sie alle kennen die Details. Ich glaube, dass es am Ende eine sehr kluge und besonnene Regelung ist, die wir da gefunden haben. Dass wir über das Thema Frühverrentung noch streiten, ist Ihnen auch nicht verborgen geblieben. Ich glaube, es gehört auch dazu, wenn man die Akzeptanz schaffen will, wenn man auch gerade bei manchem Jüngeren, der das kritisch sieht, die Überzeugung reifen lassen will, nicht nur zu sagen: „Das müssen wir aber tun“, sondern dann muss man seine Sorgen und Nöte ernst nehmen und darüber reden. Ich glaube, das gehört dazu. Deswegen sind auch Kraftmeierei und Äußerungen wie „hysterisches Gejaule“ an dieser Stelle, glaube ich, nicht hilfreich. Das Gegenteil ist der Fall. Wir brauchen eine kluge Regelung für die Älteren, die hart gearbeitet haben, und wir brauchen auch das Signal an die junge Generation, dass das nicht zu ihren Lasten gehen soll. Das, glaube ich, ist sehr wichtig.

Dazu gehört ein Punkt - Herr Hoffmann, Sie haben das selber an verschiedenen Stellen schon angesprochen –, der uns gut gefällt. Wir müssen auch darüber reden: Was bieten wir eigentlich denen für Möglichkeiten, die gerne noch länger arbeiten wollen, vielleicht gar nicht Vollzeit, vielleicht nur projektbezogen, vielleicht nur, um ihren Nachfolger einzuarbeiten? Unter dem Stichwort Flexi-Rente, glaube ich, kann man da sehr gute Lösungen finden, die alle dazu führen, dass wir den Menschen in den Blick nehmen und Antworten auf das geben, was er sich individuell wünscht, wo er sich sieht, im Erwerbsleben, in der Rente, in seiner eigenen Lebensplanung, damit das Thema „Gut arbeiten“ eng verknüpft ist mit dem Thema „Gut leben“.

Gesundheitsminister Hermann Gröhe hat, wenn er über die Pflegereform spricht, immer einen Punkt im Blick, den ich für wichtig erachte. Wir reden auch da natürlich über die Frage: Wie organisieren wir es so, dass diejenigen, die im Erwerbsleben stehen, aber Angehörige haben, die auf Pflege angewiesen sind, beides verbinden können, damit man seinen Job gut und gerne machen kann, damit man sich aber auch um seine Eltern kümmern kann? Er lässt aber auch keinen Zweifel daran, dass es auch um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Beschäftigten in dieser Branche geht. Wir reden immer darüber. Wir reden viel über Anerkennung dieser Branchen und dieser Tätigkeiten, wo Menschen mit Menschen arbeiten. Aber auch darüber zu reden, ob der Verdienst angemessen ist, und ob man nicht auch einmal darüber redet, ob diese Berufe anders entlohnt werden müssen, ist, finde ich, ein wichtiger Anstoß des Gesundheitsministers. Auch in diesem Punkt sollten wir aus meiner Sicht weiter im Gespräch bleiben. (Vereinzelt Beifall)

Dasselbe gilt für die Frage der Familienpolitik. Wir müssen einerseits darauf achten, davon bin ich fest überzeugt, dass wir Familienpolitik nicht ökonomisieren bis ins letzte Detail. Familie funktioniert Gott sei Dank nach anderen Regeln. Aber wir müssen doch darüber reden: Wie bekommen wir es denn hin, dass Menschen für beides Zeit haben, dafür, ihren Job zu machen, den sie gerne machen, und andererseits sich um ihre Familie zu kümmern? Deswegen ist diese Zeitkomponente, über die wir seit vielen Jahren in der Politik reden, eine ganz wichtige, ohne dass wir, glaube ich, alle zentralen Fragen abschließend beantwortet haben. Flexiblere Elternzeit, das Elterngeld Plus, die Verbindung von Elterngeld mit einer Teilzeittätigkeit, all das sind erste Schritte auf diesem Weg. Aber auch da sind die Gewerkschaften herzlich eingeladen, mit uns über weitere Schritte zu reden. Der Bund hat mit der Finanzierung der Kinderbetreuung und den 5 Milliarden Euro, die wir zur Verfügung gestellt haben, einen zusätzlichen Beitrag geleistet.

Jetzt gibt es weitere Herausforderungen. Nachdem wir an vielen Stellen eine gute Situation haben, was Betreuungsplätze betrifft, was dazu führt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leichter wird, erleben wir, dass die nächste Herausforderung sein wird: Wie schaffen wir es, dass es an den Grundschulen gute Betreuungsangebote gibt, nicht nur im Kita-Bereich, damit die jungen Frauen, die wieder in den Job gegangen sind, nicht in dem Moment, wo die Kinder in die Grundschule kommen, wieder vor derselben Frage stehen, wie sie eigentlich die Betreuung organisiert kriegen? (Zuruf: Auch die Männer!) – Die Männer natürlich auch; danke für den Hinweis, absolut richtig. Da müssen die Länder schauen, ob sie ihre Aufgaben erfüllt kriegen, wenn es um den Hortausbau geht.

Sie sehen also, auch da haben wir jede Menge Aufgaben vor uns. Ich glaube, dass wir die meistern können, weil wir an vielen Stellen gut dastehen. 41,8 Millionen Menschen haben Arbeit. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse steigt. Wir haben über 450.000 freie Stellen allein im April dieses Jahres. Weniger als 3 Millionen Menschen sind arbeitslos. Das ist die niedrigste Zahl seit 22 Jahren. Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit, was uns

auch verpflichtet, darüber nachzudenken, was wir denn gemeinsam tun, um in den Ländern, in denen die Jugendarbeitslosigkeit deutlich höher ist, Abhilfe zu schaffen.

Aber das sind ja alles keine Rahmenbedingungen, unter denen man nicht positiv nach vorne schauen kann und sagen kann: Mensch, da sind noch ein paar Aufgaben offen, um die wollen wir uns kümmern, das können wir gemeinsam anpacken.

Deswegen ist es einerseits richtig, zu sagen: Die Agenda ist nicht abgearbeitet. Aber es ist genauso richtig, zu sagen: Deutschland geht es ganz gut. Wir dürfen uns einerseits fragen: Wie können alle daran teilhaben? Aber was müssen wir auch tun, damit dieser Satz auch in den nächsten Jahren noch seine Gültigkeit hat?

Das sind die zentralen zukünftigen Herausforderungen für unsere Gesellschaft, die die Parteien mindestens so sehr treffen wie auch die Gewerkschaften: Wie gehen wir mit den Folgen des demografischen Wandels um? Sie diskutieren das ja auch alle in Ihren Gremien. Wenn man sich vor Augen führt: In Indien werden jede Minute mindestens 53 Kinder geboren, in Deutschland eines. Welche Herausforderungen das mit sich bringt, darüber kann jeder nachdenken. Auch darüber, wie wir das, was wir an sozialen Errungenschaften haben, weiter leben, wie wir es weitergeben, wie wir andere in der Welt davon überzeugen, dass das richtig ist, was wir da tun.

Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus? Wie wollen wir sie gestalten? Auch mit dieser Frage werden wir uns noch ganz anders beschäftigen müssen. Vor allem – das ist der zentrale Rahmen, unter dem wir diese Fragen diskutieren müssen – wenn wir schauen, was die Digitalisierung mit unserer Gesellschaft in ganz vielen Bereichen macht. Ich sehe auch in der Runde, wer zwischendurch mal auf sein Smartphone schaut und noch die letzten E-Mails checkt oder noch eine SMS schreibt. Das ist ja ein Ausdruck nicht nur dafür, wie schnelllebig unsere Zeit geworden ist, sondern auch, mit welchen neuen Herausforderungen wir umgehen müssen.

Die betreffen dann auch nicht nur den Arbeitsalltag. Die betreffen unser ganzes Leben. Die wirtschaftlichen Bereiche, die gesellschaftlichen Auswirkungen vom eGovernment über die Kultur- und Kreativwirtschaft bis zur Industrie 4.0, eHealth – all das sind große Aufgaben, von denen man nicht wirklich behaupten kann, dass wir schon in allen Punkten die abschließenden Antworten gemeinsam gefunden haben.

Das ist andererseits auch eine große Chance. In dieser Branche arbeiten inzwischen 900.000 Beschäftigte in Deutschland. Es gibt 90.000 Unternehmen. Die machen zusammen einen Umsatz von 230 Milliarden Euro. Es ist also eine Chance für uns, künftig qualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland zu haben, Wohlstand zu sichern, soziale Teilhabe zu ermöglichen. All das sind Chancen der Digitalisierung, ohne dass man die Risiken aus dem Blick lassen sollte. Die Frage ist: Schaffen wir es dort, wo wir wirtschaftlich stark sind, diesen Digitalisierungsschritt in der klassischen Industrie, im Maschinenbau, in der Automobilbranche gemeinsam zu gehen, gelingt uns das? Oder fahren am Ende die deutschen Autos auf amerikanischen Plattformen, und die Wertschöpfung findet ganz woanders statt? Das ist eine ganz große Herausforderung. Darauf müssen wir aus meiner Sicht gemeinsam Antworten finden.

Ich persönlich – das weiß vielleicht der eine oder andere – sehe das sehr positiv. Ich sehe eher die Chancen. Ich glaube aber, dass es natürlich klug ist, auch die schwierigen Dinge in den Blick zu nehmen. Es gibt Beispiele dafür, dass jemand über Facebook einen neuen Job gefunden hat. Aber es gibt eben auch Beispiele, dass jemand, weil er auf Facebook etwas geschrieben hat, was seinem Chef nicht gefallen hat, seinen Job verloren hat. Dafür Regeln zu setzen, das ist eine Aufgabe für die Zukunft.

Ich habe persönlich kein Problem damit, 24 Stunden am Tag erreichbar zu sein. Mir macht das manchmal sogar Spaß. Aber ich kann jeden verstehen, der sagt: Leute, hört mal zu, das muss Grenzen haben. Ich muss zumindest Regeln haben, was das betrifft. Auch darauf müssen wir Antworten geben.

Es gibt Menschen, die sagen: Ja, diese ganze Digitalisierung führt zu einem Jobverlust. Und es gibt andere, die sagen: Nein, da entstehen doch ganz tolle neue Arbeitsplätze. Wir müssen dem anders begegnen. Es gibt Menschen, die sagen: Dass wir künftig Ersatzteile, die gar nicht mehr lieferbar sind, mit 3-D-Druckern ausdrucken können, ist doch eine tolle Geschichte. Und es gibt andere, die sagen: Da müssen wir aufpassen, das kann zu einer massiven Vernichtung von Arbeitsplätzen im Mittelstand führen.

Das sind sehr unterschiedliche Betrachtungsweisen und Herangehensweisen an ein Problem. Ich glaube, dass es gar nicht so einfach ist, darauf eine abschließende Antwort zu geben. Deswegen ist es nicht so falsch, wenn man an der Stelle von „Neuland“ spricht. Es gibt einen sehr klugen Mann, den ich an der Stelle zitieren möchte, Jaron Lanier, ein Computerwissen-

schaftler, Internetpionier, der gesagt hat: „Als der Mensch begann, Auto zu fahren, dauerte es eine Weile, bis er realisierte, dass er einen Anschnallgurt braucht. Wir müssen aufpassen, dass unsere Euphorie, mit Blick auf das Internet alles tun zu können, was wir wollen, nicht einen globalen Unfall nach sich zieht.“ Das ist die Herausforderung, vor der wir an der Stelle stehen, kluge Regeln zu setzen. Auch da braucht es wieder die Gewerkschaften an vielen Punkten.

Wir haben in der CDU eine Kommission eingesetzt, die heißt „Zukunft der Arbeit“. Die wird geleitet von unserem stellvertretenden Parteivorsitzenden Thomas Strobl. Da beschäftigen wir uns genau mit diesen Fragen. Auch der DGB-Bundesvorstand hat dazu in seinem Grundsatzprogramm unter dem Thema „Zukunft der Arbeit und Wandel der Arbeit“ ja etwas aufgeschrieben.

Ich glaube nicht, dass man verzagt sein muss. Ich glaube, dass man die Chancen nach wie vor sehen sollte. Die sind stärker. Ich glaube aber auch, dass es starke gesellschaftliche Gruppen braucht, um diesen Wandel positiv zu gestalten. Wir brauchen starke Parteien dafür, und wir brauchen auch starke Gewerkschaften.

Deswegen sage ich Ihnen ganz offen – ich verfolge das ja sehr aufmerksam -, ich bin schon ein bisschen neidisch, wenn ich sehe, wie Sie es schaffen, neue Mitglieder zu gewinnen, gerade bei den unter 27-Jährigen. (Beifall) Das ist ein gutes Signal, wenn sich junge Menschen dafür entscheiden, in eine Gewerkschaft einzutreten. Früher war das vielleicht selbstverständlich, dass in dem Moment, in dem man Dreher oder Lokführer gelernt hat oder ausgelernt hatte, am ersten Tag auf der Arbeit gleich auch Gewerkschaftsmitglied geworden ist. Aber gerade bei dem Wirtschaftsbereich, über den ich jetzt so stark geredet habe, die digitale Wirtschaft mit ihren ja etwas anderen Regeln und Prozessen, bin ich nicht so sicher, ob jeder, der Gamedesign studiert, am Ende erkennt, dass es nicht verkehrt wäre, wenn er jemanden hat, der sich um die Durchsetzung seiner Arbeitnehmerinteressen kümmert.

Das ist sicherlich auch für Gewerkschaften eine Aufgabe, die da vor ihnen liegt. Ich glaube, Sie haben so ähnlich wie wir als Volkspartei allen Anlass, mit Zuversicht an diese Aufgaben der Zukunft heranzugehen. Ich würde mich freuen, wenn das heute nicht nur bei diesem Antrittsbesuch bei Ihnen bleiben würde, sondern wenn daraus eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Christlich Demokratischen Union und dem Deutschen Gewerkschaftsbund erwächst, die es in der Vergangenheit schon gab, bei der ich mich als Generalsekretär sehr freuen würde, sie fortsetzen zu dürfen. Ich persönlich habe mir vorgenommen, es an der Stelle mit Konrad Adenauer zu halten. Der hat einmal gesagt: Ich kann mir ein gutes Funktionieren unserer Wirtschaft ohne die Gewerkschaften überhaupt nicht vorstellen. In diesem Sinne: Hurra! (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Herr Dr. Tauber.

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lieber Herr Tauber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gehört zur politischen Kultur, dass man einander zuhört, dass man auch über unterschiedliche Wege, die zum gemeinsamen Ziel führen, streiten muss. Das werden wir in den nächsten Jahren gemeinsam machen. Ich freue mich, dass Sie auf den Stellenwert, die Notwendigkeit von starken Gewerkschaften hingewiesen haben, mit einer soliden Mitgliederbasis. Ich weiß – Sie haben selber darauf hingewiesen -, Sie sind Mitglied der CDA. Normalerweise ist man da schon Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. Sollte das nicht der Fall sein, habe ich noch eine Karte für Sie und freue mich auf die gute Zusammenarbeit. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Wir begrüßen vielleicht bald ein neues Gewerkschaftsmitglied; wer weiß.

Da wir einen straffen Zeitplan haben, fahren wir sofort mit der Antragsberatung fort.

Wir sind im Block B. Falls Ihr Wortmeldungen habt, bitte ich Euch, diese hier vorn an der Wortmeldestelle abzugeben. Ihr haltet dann, wie Ihr es schon gewohnt seid, das Wort in der Reihenfolge Eurer Wortmeldungen. Schreibt bitte mit auf den Wortmeldezettel, zu welchem Antrag Ihr sprechen möchtet.

Ein Hinweis an die Antragsteller: Wenn Ihr das Wort wünscht, müsst Ihr ebenfalls einen Wortmeldezettel ausfüllen. Das sind die grauen Vordrucke.

Wir kommen zum Antrag B 003. Wolfgang, bitte die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Wolfgang Lemb, Sprecher der Antragsberatungskommission

Vielen Dank, Melanie. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag B 003 des Bezirksvorstands Rheinland-Pfalz/Saarland zielt auf eine Verurteilung der behördlichen und polizeilichen Maßnahmen anlässlich der Blockupy-Aktionstage 2013 und einen Aufruf zur Mobilisierung und Teilnahme von uns Gewerkschaften an ähnlichen Blockaden und Großdemonstrationen in 2014 ab.

Die Ausführungen in den ersten beiden Sätzen des Antrags stellen aus Sicht der Antragsberatungskommission weitestgehend pauschale Bewertungen des Ablaufs der Aktionstage von Blockupy dar. Sie werden hinsichtlich der Vorwürfe etwa zu Opfern der Polizeigewalt, gegen politisch Verantwortliche und die Einsatzleitung sowie zu den Vorkommnissen nicht durch Fakten belegt.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt deshalb die Nichtbefassung mit diesem ersten Teil des Antrags.

Im Antrag wird indirekt ein Vorratsbeschluss im weiteren Verlauf des Antragstextes zum Aufruf von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zur Beteiligung an den Aktionstagen und Demonstrationen des Bündnisses Blockupy in diesem Jahr erwartet. Über eine Beteiligung an künftigen Ereignissen sollte wegen des Einzelfallcharakters von Aktionstagen dann entschieden werden, wenn die Einzelheiten zur Anmeldung, zum voraussichtlichen Ablauf und zu den Aktionen konkret vorliegen.

Eine Beschlussfassung zu diesem dritten und letzten Teil empfehlen wir deshalb abzulehnen.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt daher die Zeilen 1 bis 22 zur Nichtbefassung und den restlichen Teil des Antrags zur Ablehnung.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Wolfgang. - Uns liegt hierzu eine Wortmeldung des Antragstellers vor, und zwar von Jochen Nagel von der GEW mit der Teilnehmernummer 089. - Jochen, Du hast das Wort.

So war gerade die Information an mich. Es ist richtig, dass Du zum Antrag B 003 sprechen willst? - Dann darfst Du trotzdem sprechen, auch wenn Du nicht der Antragsteller bist.

Jochen Nagel

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Letztlich kann und werde ich weiter damit leben, dass man sich hier mit den Demonstrantinnen und Demonstranten nicht solidarisieren will. Es hieß, die Vorgänge seien unbelegt. Dazu kann ich nur sagen: Ich war letztes Jahr auf der Blockupy-Demonstration. Ich war ein friedlicher Demonstrant, der lediglich mit zur Teilnahme aufgerufen hat. Die GEW Hessen hat mit zu dieser Demonstration aufgerufen. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, einmal zu erleben, wie es ist, wenn Tausende eingekesselt werden. Ich habe friedlich vor einer Zehnerreihe von Polizistinnen und Polizisten gestanden. Ohne Vorwarnung sind diese Polizistinnen und Polizisten auf uns zugestürmt und haben mich mit Pfefferspray beglückt.

Ich habe im Nachhinein - das sage ich dazu, lieber Oliver - die Kolleginnen und Kollegen immer in Schutz genommen. Ich habe auch keine Klage eingereicht. Ich weiß, das ist ein gewisser Widerspruch an dieser Stelle. Ich denke, auch in dem Sinne, wie wir diesen Antrag zum sozialen Widerstand beschlossen haben, sollte man auch das im Einzelnen reflektieren.

Ich akzeptiere, dass hier gesagt wird: Eine pauschale Beurteilung ist zu schwierig für die Delegierten.

Ich kann aber nicht akzeptieren, dass wir folgenden Absatz ablehnen sollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lest ihn Euch bitte durch. Wir sollen ablehnen, dass wir auch in Zukunft mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern gemeinsam für ein solidarisches Europa auf die Straße gehen. So lautet der erste Satz dieses Absatzes. Im zweiten Satz findet sich der Hinweis auf den Neubau der EZB. Über die Frage der Verarmung in der Peripherie in Europa muss man, glaube ich, nicht weiter diskutieren. Dazu gibt es einen Hinweis.

Es folgt der Satz: Die grenzübergreifenden Auswirkungen kapitalistischer Krisen machen es nötig, sich 2014 mit noch mehr Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern an den Blockaden und Großdemonstrationen zu beteiligen.

Das sollen wir hier ablehnen? Tut mir leid, ich finde, das ist nicht in Ordnung. (Beifall) Ich finde in der Tat: Wir müssen verstärkt mit den Kolleginnen und Kollegen in Europa gemeinsam auf die Straße gehen, um die Auswirkungen dieser Politik zu bekämpfen, die dort am krassesten sind. Wir müssen 2014 natürlich weiterhin auf der Straße sein.

Deshalb bitte ich, dem zweiten Teil der Empfehlungen der Antragsberatungskommission nicht zuzustimmen. Wir brauchen mehr Kampf gegen das, was mit den Leuten in Europa passiert, und nicht weniger. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Jochen. - Noch ein kurzer Hinweis zu den Wortmeldezetteln. Die grauen Karten sind nur für die Antragsteller. Deswegen bitte keine graue Karte einreichen, wenn Ihr nicht der Antragsteller seid.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir werden getrennt abstimmen, und zwar zum einen über die Nichtbefassung und zum anderen über die Ablehnung. Die Zeilen 1 bis 22 sind zur Nichtbefassung empfohlen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war deutlich die Mehrheit.

Daher befassen wir uns ausschließlich mit den Zeilen 24 bis 31 des Antrags B 003. Wünscht hierzu der Antragsteller das Wort? - Nein, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe, bitte! - Ich glaube, jetzt haben wir den Fall, dass wir tatsächlich auszählen müssen, weil es von hier oben nicht eindeutig zu entscheiden ist. Die Enthaltungen, bitte! - Das müssen wir auszählen lassen. Die Auszählung wird vorbereitet. Ihr werdet sofort informiert.

Seid Ihr bereit, Kolleginnen und Kollegen von der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission? - Dann wiederholen wir jetzt den Wahlgang. Wir stimmen ab über die Zeilen 24 bis 31, die zur Ablehnung empfohlen sind. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. Bitte haltet die Karten so lange hoch, bis alle Stimmen gezählt sind. - Ihr könnt die Karten herunternehmen. Jetzt folgt die Gegenprobe. Wer möchte der ABK nicht folgen? - Jetzt noch die Enthaltungen. - Andreas gibt jetzt das Ergebnis bekannt.

Andreas Gehrke, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ergebnis ist wie folgt: Mit Ja haben gestimmt 179 Delegierte, mit Nein haben gestimmt 167 Delegierte, wir haben 6 Enthaltungen. Ich stelle fest: Die Ja-Stimmen sind in der Mehrheit, es wurde also der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt. (Leichter Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Andreas. - Er hat es schon gesagt. Der Empfehlung wurde mehrheitlich gefolgt.

Dann kommen wir zum nächsten Antrag. Ich rufe jetzt die Anträge B 004 und B 005 auf und bitte Wolfgang um die Empfehlungen der ABK zu den Anträgen.

Wolfgang Lemb, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anträge B 004 und B 005 des Bundesjugendausschusses und des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen fordern in ihrem Kern ein politisches Streikrecht. Ich denke, wir sind uns hier im Saal darüber einig: Wir treten für ein umfassendes Streikrecht ein und das Streikrecht muss uneingeschränkt gelten. Nicht zuletzt haben wir das - daran will ich erinnern - gestern mit der Beschlussfassung über den Antrag A 001 und Änderungsantrag Ä 002 so auch beschlossen. Ihr werdet Euch sicher noch an die entsprechenden Formulierungen erinnern.

Unser Streikrecht ergibt sich zunächst einmal aus Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz, weshalb wir auf jeden Fall empfehlen, das auch in der geänderten Fassung des Antrags B 004 deutlich zu machen. Daneben gelten völkerrechtliche Vereinbarungen wie die Europäische Menschenrechts- und Sozialrechtscharta sowie die von Deutschland mit ratifizierten ILO-Abkommen. Demnach sind Streiks auch zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen erlaubt. Auch Artikel 5 Grundgesetz - Meinungsfreiheit - und Artikel 8 Grundgesetz - Versammlungsfreiheit - geben allen und damit selbstverständlich auch uns als Gewerkschaften die Mittel in die Hand, sich wirksam Gehör zu verschaffen. Das haben wir in der Vergangenheit ja auch des Öfteren getan. Ich erinnere hier nur noch einmal zum Beispiel an die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Paragraph 116 AFG zum damaligen Zeitpunkt.

Wir sollten uns deshalb nicht kleiner machen, als wir sind. Wir haben aus den im Antrag B 004 genannten rechtlichen Regelungen weit mehr Rechte, uns zu wehren und für Verbesserungen zu kämpfen, als die Antragsteller vermuten. Wenn es ge-

setzliche Regelungen gäbe, dann könnten diese gesetzlichen Regelungen je nach politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu Ungunsten der Gewerkschaften verändert werden. Das, Kolleginnen und Kollegen, wollen wir, zumindest aus Sicht der Antragsberatungskommission, genau nicht.

Um dies zu bekräftigen, haben wir uns in der Antragsberatungskommission dafür entschieden, den Titel des Antrags B 004 zu ändern in „Umfassendes Streikrecht“. Wir waren der Meinung, dass damit besser zum Ausdruck kommt, dass wir selbstverständlich unsere Rechte verteidigen und in diesem Zusammenhang nicht an uns selber zweifeln.

Im weiteren Antragstext sind neben den genannten inhaltlichen Aspekten vorwiegend sprachliche Änderungen vorzunehmen, die Ihr in der gedruckten Fassung nachlesbar auf Euren Plätzen habt. Wir haben außerdem den zweijährigen Diskussionsprozess gestrichen, weil wir glauben, dass die Argumente zu diesem Thema auf dem Tisch liegen. Kurz: Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme des Antrages B 004 in geänderter Fassung. Damit soll Antrag B 005 erledigt sein.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Wolfgang. - Uns liegen hierzu keine Wortmeldungen vor. Daher kommen wir sofort zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission so folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe, bitte! - 1 Gegenstimme. - Die Enthaltungen, bitte! - 1 Enthaltung. Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt. - Vielen Dank.

Wir kommen nun zu Antrag B 006. Hierzu bitte ich wieder Wolfgang um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Wolfgang Lemb, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag B 006 fordert die Abschaffung von Sperrzeiten für Gekündigte in Tarifauseinandersetzungen. Kündigungen wegen einer Streikteilnahme können unter besonderen Umständen eine Sperre im Bezug von Arbeitslosengeld I verursachen. Dies sollte auch im Bereich des Sozialrechtes ausgeschlossen sein. Die Antragsberatungskommission empfiehlt deshalb die Annahme in geänderter Fassung. Die geänderte Fassung bezieht sich lediglich auf die richtige Bezeichnung des entsprechenden Paragraphen. Ihr seht das in der Korrektur. Wir empfehlen also Annahme in geänderter Fassung.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Wolfgang. - Hierzu liegen uns auch keine Wortmeldungen vor. Daher kommen wir sofort zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission so folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission einstimmig gefolgt.

Wir kommen zu den Anträgen B 007 und B 008. Ich bitte wieder Wolfgang um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Wolfgang Lemb, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir empfehlen Euch die Annahme des Antrags B 007 bei gleichzeitiger Erledigung des Antrags B 008.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. - Auch hier liegen uns keine Wortmeldungen vor. Daher gleich die Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann wurde der Empfehlung einstimmig gefolgt.

Dann kommen wir zum Antrag B 010. Wolfgang, bitte die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Wolfgang Lemb, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag B 010 will die Rechtsform des eingetragenen Kaufmanns präzisieren, an Voraussetzungen knüpfen und dessen Haftung verschärfen, das Insolvenzrecht stärker auf Unternehmen mit Filialstrukturen abstimmen und die Vergütung für Insolvenzverwalter reduzieren.

Die Schlecker-Insolvenz im Jahr 2012 hat gezeigt, dass es präziserer Regelungen im Wirtschafts- und Insolvenzrecht in Bezug auf Unternehmen mit Filialstrukturen bedarf, insbesondere wenn diese noch durch eingetragene Kaufleute geführt werden. Diese Rechtsform ist üblicherweise für Kleinbetriebe passend. Bei Großbetrieben mit Filialstrukturen sind allerdings die Kontroll- und Haftungsregelungen unzureichend. Die überwiegenden Forderungen des Antragstellers in den Zeilen 1 bis 20 sind daher auch aus Sicht der Antragsberatungskommission geeignet, diese Defizite zu beseitigen.

Die Forderung nach einem gesetzlichen Anspruch zur Finanzierung von Transfergesellschaften in den Zeilen 22 bis 24 ist aber im Antrag nicht eindeutig dargelegt, zumal die Finanzierungsfragen in den Details genauer geprüft werden müssten. Die Finanzierung der Transfergesellschaft erfolgt oftmals zum einen über das Unternehmen, zum anderen über das Transferkurzarbeitergeld und manchmal unter Einschaltung eines Treuhänders. Eine detaillierte Entscheidung zu einer Finanzierung kann der Bundesvorstand treffen.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt daher die Annahme der Zeilen 1 bis 20 und in den Zeilen 22 bis 24 Material an den Bundesvorstand.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Wolfgang. - Hierzu liegt uns eine Wortmeldung vor von der Kollegin Leni Breymaier von der Gewerkschaft ver.di mit der Teilnehmernummer 280. Du hast das Wort, Leni.

Leni Breymaier

Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass es dieses Parlament der Arbeit wert ist, sich noch mal mit der Schlecker-Insolvenz auseinanderzusetzen. Ich glaube, das sind wir auch den 25.000 Frauen, die ihren Arbeitsplatz durch diese Insolvenz verloren haben, schuldig.

Es waren Frauen, die überwiegend in Jahrzehnten mutterseelenallein in ihren Filialen gearbeitet haben, kein Telefon hatten und die sich Stück für Stück, Millimeter für Millimeter ihre Betriebsräte ertrout haben, sich jeden Bleistift für den Betriebsrat vor dem Arbeitsgericht haben erklagen müssen, sich jeden Computer haben erklagen müssen und die sich letztendlich richtig durchgesetzt haben und am Schluss auch Tarifverträge hatten.

Dann ging der Laden in die Insolvenz. Warum? Wegen eines Anton Schlecker, der den Laden geführt hat wie vor vierzig Jahren und die Leute behandelt hat wie vor hundert Jahren. Das Seinige dazu getan hat ein Wirtschaftsrecht, das den eingetragenen Kaufmann für so große Unternehmen so überhaupt nicht vorsieht, mit Fristen, die für einen Insolvenzverwalter völlig unzureichend waren, um so etwas wie ein Sanierungskonzept hinzubekommen, um den Laden zu übernehmen. Man muss daran erinnern: 6.000 Filialen dieses Konzerns hatten einen Jahresumsatz von über 500.000 Euro. Die hätte man locker weiterführen können.

Nachdem die ersten 11.000 Leute gekündigt wurden, hätten wir für diese Leute eine Transfergesellschaft gebraucht, um die anderen 13.000 Arbeitsplätze zu retten. Was macht die FDP? Sie verweigert die 70 Millionen Euro für die Transfergesellschaft. Das ist etwas, wo ich sage: Ich habe mich noch nie so gefreut wie am 22. September letzten Jahres, als die FDP aus dem Bundestag geflogen ist. (Beifall) Ich weiß, das ist jetzt nicht einheitsgewerkschaftslike, wenn ich das sage: Ich schreibe „einheitsgewerkschafts-“ am liebsten so, mit „z“.

Der eingetragene Kaufmann haftet mit seinem Privatvermögen. Da kann ja gar nichts passieren. Aber man geht nicht davon aus, dass dieser eingetragene Kaufmann weltweit 40.000 Leute beschäftigt - 40.000 Leute! - und überhaupt nicht in der Lage ist, diese Verantwortung zu übernehmen.

Deshalb sage ich: Es kann nicht sein - das sagt auch der Antragsteller, der DGB in Baden-Württemberg -, dass ein einzelner Mensch, ein eingetragener Kaufmann, die Verantwortung für Zigtausende Menschen übernehmen darf, ohne der im Ansatz gerecht werden zu können. Das geht einfach nicht. Deshalb braucht der eingetragene Kaufmann Aufsichtsstrukturen, Kontrollstrukturen, so wie wir es im Antrag geschrieben haben.

Ich freue mich, dass die Antragsberatungskommission den Antrag zur Annahme empfohlen hat. Ich habe dieser Tage mit der Christel Hoffmann, der Gesamtbetriebsratsvorsitzenden, telefoniert. Sie hat gesagt: Leni, sieh zu, dass der Antrag durchgeht, auch wenn das nicht das größte Problem hier ist. Wir wollen nicht, dass alles umsonst war.

Ich sage ihr: Liebe Christel Hoffman, wir kämpfen weiter. Wir kämpfen dafür, dass die Schlecker-Frauen jetzt keinen Mindestlohn unter 8,50 Euro bekommen, wenn sie sich bewerben. Das sind die ganz konkreten Beispiele. Wir kämpfen auch dafür, dass die Bundesagentur für Arbeit nicht sagt: Diese Frauen sind keine marktkonformen Kunden, weil sie erwarten, dass sie nach Tarif bezahlt werden. Es ist unglaublich, was da stattfindet. (Beifall)

Deshalb: Stimmt dem Antrag zu - das ist meine Bitte - mit einer großen Mehrheit. Ich freue mich, wenn der DGB-Bundesvorstand anschließend hergeht und mit den Einzelgewerkschaften bei Gesetzgebern tatsächlich dafür sorgt, dass es

nicht mehr sein kann, dass Zigtausende von Arbeitsplätzen auf dem Altar der Marktradikalen geopfert werden. Herzlichen Dank. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Leni. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung, da uns keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Eine Gegenstimme? - Nein. Enthaltungen? - Gibt es auch nicht. Dann haben wir es einstimmig so angenommen. Vielen Dank. (Beifall)

Dann kommen wir jetzt zum Antrag B 011. Wolfgang, die Empfehlung der Antragsberatungskommission, bitte.

Wolfgang Lemb, Sprecher der Antragsberatungskommission

Vielen Dank, Melanie. - Ziel des Antrags B 011 ist, eine Neuordnung des Insolvenzverfahrens zu erreichen und damit zukünftig eine Insolvenzanfechtung mit Rückforderung von Arbeitnehmerentgelten auszuschließen.

Des Weiteren geht es dem Antragsteller darum, ausstehende Lohnzahlungen als Masseverbindlichkeit zu definieren.

Der Ausschluss einer Insolvenzanfechtung wegen der Rückforderung von Lohnzahlungen und sonstigen Entgelten der Arbeitnehmer, also in den Zeilen 1 bis 3 des Antrags, ist eine aktuelle, präzise formulierte und wichtige Forderung, die wir auch innerhalb des DGB seit langem verfolgen und derzeit auch als Prüfauftrag Gegenstand des Koalitionsvertrages der GroKo ist. Demgegenüber ist die weitere Forderung, ausstehende Lohnzahlungen zukünftig vorrangig aus der Insolvenzmasse zu bedienen, also die Zeilen 3 bis 5, in sich und mit der Systematik der Insolvenzordnung nicht stimmig sowie aus Sicht der Antragsberatungskommission kaum praktikabel.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt daher die Annahme in geänderter Fassung. Diese geänderte Fassung bezieht sich auf die Streichung des Begriffs „einerseits“ in Zeile 2 sowie des Halbsatzes „und andererseits ausstehende Lohnzahlungen vorrangig aus der Insolvenzmasse bedient werden“. Also Annahme in geänderter Fassung, wie ausgedrückt.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Wolfgang. Auch hierzu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Daher kommen wir sofort zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einige Gegenstimmen. – Enthaltungen? – 1 Enthaltung. Dann wurde der Empfehlung der Antragsberatungskommission mehrheitlich gefolgt.

Somit sind wir auch am Ende des Sachgebietes B und kommen nun zu den Anträgen des Sachgebietes C „Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe“. Ich bitte zunächst Andreas Keller, einen Überblick über die Anträge im Sachgebiet C zu geben.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Herzlichen Dank, liebe Melanie. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Sachgebiet „Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe“ liegen 28 Anträge vor. Hinzu gekommen sind zwei Änderungsanträge, also insgesamt 30 Anträge. Damit ist der Bildungsblock der zweitgrößte Block geworden. Darüber bin ich natürlich auch als Vertreter der Bildungsgewerkschaft im DGB froh und ein bisschen stolz. Das zeigt nämlich, dass Bildungspolitik auch eine enorme und immer mehr wachsende Bedeutung für die Gewerkschaften hat. Das ist auch gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen, und zwar nicht nur deshalb, weil wir in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts für die wirtschaftliche Entwicklung, für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes auch eine bessere Bildung brauchen, um Gute Arbeit zu bekommen - „Gute Bildung für Gute Arbeit“ ist ja ein Motto des Blocks -, sondern auch, weil gute Bildung notwendig ist für gesellschaftliche Teilhabe, aber auch für kulturelle Teilhabe. Das ist die zweite Dimension der Überschrift über diesem Antragsblock.

In den Anträgen kommen beide Dimensionen auch sehr gut zum Ausdruck. Das werden wir in der Diskussion sehen. Es zieht sich auch die Überzeugung durch die Anträge, dass aus diesem Grund Bildung ein Menschenrecht ist, dass die Gewerkschaften Bildung als Menschenrecht verstehen.

Es kommt noch ein Weiteres hinzu – das werden wir sicherlich auch gleich bei der Beratung über den Antrag C 001 sehr deutlich sehen –: Bildung ist nicht nur Voraussetzung für Gute Arbeit, sondern es ist auch umgekehrt so, dass die Branche „Bildung“ Millionen von Arbeitsplätzen für Beschäftigte bietet, für Erzieherinnen und Erzieher, für Lehrerinnen und Lehrer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Weiterbildnerinnen und Weiterbildner und viele Kolleginnen und Kollegen, die in Technik und Verwaltung innerhalb der Bildungseinrichtungen arbeiten. Diese sind noch immer nicht alle Mitglied in einer Gewerkschaft. Deswegen ist es gut, dass die Gewerkschaften das Thema „Bildung als Arbeitsplatz“ thematisieren. Ich

möchte mir an der Stelle auch zu sagen erlauben: Man hätte das Motto des Antragsblocks auch umdrehen können. Es geht hier nämlich auch um Gute Arbeit für die Bildung und nicht nur um gute Bildung für die Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben Anträge – auch das ist erfreulich –, die sich auf alle Bildungsbereiche beziehen, auf die frühkindliche Bildung, auf die Schulen, auf die Hochschulen, auf die Weiterbildung. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Die Anträge sind auch auf der Höhe der Zeit. Sie reflektieren aktuelle Diskussionen, neue gesellschaftliche Anforderungen an die Bildung, die demografischen Veränderungen werden aufgegriffen, Veränderungen in der Arbeitswelt, und es werden natürlich auch die Interessen der Beschäftigten im Bildungsbereich aufgegriffen.

Die Anträge setzen sich kritisch mit Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik auseinander, etwa soziale Selektion. Es ist auch die Rede von Bildungsverlierern, die es leider gibt. Reiner Hoffmann hat von den 7,5 Millionen Analphabeten gesprochen. Diese kommen hier zur Sprache, aber auch die 50.000 jungen Menschen, die ohne Schulabschluss wenig Zukunftsperspektiven geboten bekommen.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist auch die Abschottung der Bildungssysteme, insbesondere der allgemeinen Bildung gegenüber der beruflichen Bildung. Es ist ein ganz großes Problem, dass in unserem Land Kinder im Alter von zehn oder spätestens zwölf Jahren in unterschiedliche Bildungskarrieren sortiert werden. Auch das ist ein wichtiges Thema in den Anträgen.

Die Anträge formulieren gewerkschaftliche Ansprüche an eine andere Bildungspolitik, an ein Bildungssystem ohne soziale Hürden und Barrieren und an ein offenes und durchlässiges Bildungssystem, das gute Bildung für alle garantiert.

So viel zum Überblick vorab, liebe Kolleginnen und Kollegen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Andreas.

Wir kommen nun zur inhaltlichen Beratung der Anträge und werden wieder die inhaltlich zusammenhängenden Anträge gemeinsam aufrufen. Hierzu rufe ich als Erstes auf die Anträge C 001, Ä 001, C 003, C 005, Ä 004, C 010, C 015, C 019, C 021, C 022, C 023, C 024, C 009, C 012, C 014. Dazu bitte die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir muten Euch hier auch wieder ein größeres Paket zu. Aber ich hoffe, Ihr werdet auch gleich nachvollziehen können, warum dieses Paket zustande gekommen ist. Ich beginne mit dem Leitantrag C 001 „Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe“.

Dass wir jetzt so viele Anträge in dieses Paket gepackt haben, hat natürlich auch damit zu tun, dass dieser Antrag C 001 sehr breit ist und – ich kann das auch aufgrund der an der Vorbereitung beteiligter Vertreter der GEW bestätigen – auch sehr gut vorbereitet und gut abgestimmt worden ist. Dieser Antrag beschreibt Bildung als soziale Frage, definiert sie als Menschenrecht. Er skizziert Herausforderungen, die die Arbeitswelt an die Beschäftigten stellt, und formuliert dann eben konkrete Anforderungen an das Bildungssystem.

Dieser Antrag – ganz im Sinne meiner Vorrede – bezieht sich auch auf das gesamte Bildungssystem – das ist vielleicht noch einmal wichtig –, also frühkindliche Bildung, Schule, Hochschule, berufliche Bildung, Weiterbildung, alles ist drin. Daneben wird eine ganze Reihe an wichtigen Querschnittsthemen angesprochen, also etwa der Bildungsföderalismus, die Schwächung des Bildungsföderalismus, aber auch die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen in Bildung und Wissenschaft. Das ist also ein sehr breites Spektrum.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages.

Zu dem Antrag C 001 liegt vor ein Abänderungsantrag, das ist der Antrag Ä 001. Das ist ein Änderungsantrag der Gewerkschaft ver.di, der den Leitantrag ergänzen möchte um die Forderung nach einer hinreichenden gesellschaftlichen und innergewerkschaftlichen Ressource für die Fortentwicklung der politischen Bildung, und zwar ganz konkret hier der außerschulischen politischen Bildung. Wir finden, dieser Aspekt ist in der Tat so explizit nicht angesprochen gewesen, der passt gut hinein.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme des Änderungsantrages Ä 001.

Weiter liegt vor der Antrag C 003, der Bildung als Schwerpunktthema definieren möchte. Das ist ein Antrag des DGB-Bezirksvorstandes Baden-Württemberg. Da -wie von mir ausgeführt - C 001, der Leitantrag des Bundesvorstands, schon sehr detailliert und konzeptionell die Fragen, die die Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg ansprechen, aufgreift, Fragen des Zugangs, der Qualität, der Kosten und so weiter, sind wir der Auffassung, dass sich dieser Antrag C 003 erledigt hat, wenn wir dem Antrag C 001 zustimmen.

Dann bitte ich Euch um die Aufmerksamkeit für den Antrag C 005, weil wir Euch hier eine Aktualisierung vorgelegt haben. Ihr findet hier eine aktualisierte Empfehlung zu dem C 005, das ist das rosafarbene Blatt C 005, das sich auf den Antrag des DGB-Bezirksvorstands Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt „Große Koalition im Bund versagt bei der Bildungsfinanzierung“ bezieht“. Wir haben einen Änderungsantrag der GEW zum Anlass genommen, hier die Empfehlung zu dem Antrag C 005 noch einmal zu korrigieren. Dieser Antrag, der vorliegt, setzt sich kritisch mit bildungspolitischen Aspekten des Koalitionsvertrags der Großen Koalition auseinander. Hier wird insbesondere das Versagen in der Bildungsfinanzierung angesprochen, es wird eine bessere Einnahmesituation der Bundesländer gefordert, es wird ein Krippenausbau, aber auch ein Qualitätsgesetz für die frühkindliche Bildung gefordert. Wir sind der Auffassung, dass diese Aspekte in dem Antrag C 001 so explizit noch nicht enthalten sind, und empfehlen deswegen den Antrag C 005 in der von uns vorgeschlagenen geänderten Fassung zur Annahme. Die Veränderungen beziehen sich darauf, dass wir sagen, die Zeilen 1 bis 52, also der Beginn dieses Antrags, sollte positiv verabschiedet, also angenommen werden. Im weiteren Verlauf des Antrags finden wir Formulierungen, die sich auf das Kooperationsverbot beziehen, auf Ganztagschulen, Inklusion, Grundfinanzierung, Hochschulen, auch Kritik an der Exzellenzinitiative. Das ist alles gut und richtig, wir sind aber der Auffassung, dass in C 001 diese Aspekte schon hinreichend behandelt werden, auch im Sinne der Kolleginnen und Kollegen von Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt. Deswegen schlagen wir vor, die Zeilen 54 bis 103 für erledigt zu erklären.

Im Paket geht es weiter, nun mit dem von mir bereits angesprochenen Antrag Ä 004, ein Abänderungsantrag der GEW, der sich auf den C 001 bezieht. Wie Ihr vielleicht gerade wahrgenommen habt, ist der Abänderungsantrag, den die GEW eingereicht hat, wortgleich mit den Passagen aus dem Antrag aus Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, den wir gerade zur Annahme empfohlen haben, sodass, wenn wir so verfahren, dieser Abänderungsantrag dann erledigt wäre.

Damit bin ich beim Antrag C 010 des DGB-Bundesjugendausschusses. Er bezieht sich auf die Abstimmung von Lehr- und Ausbildungsrahmenplänen. Die Antragsberatungskommission ist zur Auffassung gekommen, dass das Ziel dieses Antrages ebenfalls in C 001 in vollem Umfang bereits aufgegriffen wird. Aus diesem Grunde halten wir ihn für erledigt, wenn wir C 001 beschließen. Die Empfehlung lautet also: erledigt bei Annahme von C 001.

Genauso verhält es sich mit dem Antrag C 015 „Abschaffung Betreuungsgeld“, ebenfalls von den Kolleginnen und Kollegen des DGB-Bundesjugendausschusses. Die Abschaffung des Betreuungsgeldes wird ebenfalls in diesem Sinne in dem Antrag C 001 gefordert. Aus diesem Grunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätte sich C 015 ebenfalls erledigt.

Eine weitere Erledigung empfehlen wir für den Antrag C 019 vom DGB-Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland. Hier ist ebenfalls der Aspekt des Betreuungsgeldes angesprochen. Zusätzlich wird eine hochwertige Kinderbetreuung gefordert. Aber auch hier kommen wir zu der Schlussfolgerung, die Inhalte des C 019 hat der Bundesvorstand in C 001 aufgegriffen. Damit wäre C 019 erledigt bei Annahme von C 001.

C 021, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Antrag des DGB-Bezirksvorstands Nord. Er bezieht sich auf die kostenlose Bildung. Die kostenlose Bildung, die gebührenfreie Bildung, ist ebenfalls im Antrag C 001 als Forderung abgedeckt, sodass sich auch der Antrag C 021 erledigt hätte bei Annahme von C 001.

Ebenfalls eine analoge Empfehlung sprechen wir als Antragsberatungskommission für den Antrag C 022 „Anrecht auf Weiterbildung und Rückkehrrecht in den Betrieb“ aus. Das ist ein Antrag wiederum vom DGB-Bezirksvorstand Nord. Auch dieser Aspekt ist in C 001 enthalten. Auch hier empfehlen wir die Erledigung bei Annahme von C 001.

Der Antrag C 023 fordert eine religionsfreie Schule, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der gewerkschaftliche Anspruch an Bildung in Bezug auf diese Frage wird aus Sicht der Antragsberatungskommission in Antrag C 001 bereits abschließend formuliert, sodass wir für C 023 ebenfalls im Falle einer Annahme von C 001 die Erledigung empfehlen.

Genauso verhält es sich bei C 024. Der Bundesvorstand hat mit C 001 offensichtlich eine gute Arbeit geleistet, denn das duale Studium, das in C 024 angesprochen wird, ist in Antrag C 001 enthalten. Der Antrag C 024 wurde vorgelegt vom DGB-Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg. Wir haben festgestellt, dass der geforderte Prozess bereits vereinbart und begonnen

wurde und wir eine sogar umfangreiche Positionierung zum Thema duales Studium haben. Also auch hier unsere Empfehlung: Erledigung bei Annahme von Antrag C 001.

Von den Erledigungen komme ich nun zu unseren Empfehlungen, weitere Anträge als Material zu C 001 zu verabschieden, und zwar beziehen sich diese Empfehlungen zum einen auf den Antrag C 009 „Vereinheitlichung der Lehr- und Bildungspläne auf Bundesebene“. Da liegt der Antrag des DGB-Bundesjugendausschusses vor, der eine grundlegende Reform des Bildungsföderalismus unter Beteiligung der Sozialpartner fordert. Der DGB sitzt bereits an einem solchen Konzept. Wir empfehlen die Annahme als Material zu C 001. Das würde dann dazu führen, dass die gewerkschaftliche Position zu bundeseinheitlichen Lehr- und Bildungsplänen – das wäre ein Schritt, der bisher noch nicht gegangen wurde – in diesem Zusammenhang noch einmal vertieft geklärt werden kann. Diese Gelegenheit sollten wir eröffnen. Daher unsere Empfehlung.

Der Antrag C 012 „Flexiblere Arbeitszeiten bei Weiterbildungsmaßnahmen“ wurde ebenfalls vom DGB-Bundesjugendausschuss eingereicht. Wir empfehlen auch hier eine Annahme als Material zum Leitantrag C 001, denn die Forderung nach individuellen Arbeitszeitmodellen zur Qualifizierung wird in dem Antrag C 001 aufgegriffen. Zur weiteren Entwicklung von Lernzeitkonten – das ist ein weiterer Aspekt, den Ihr angesprochen habt – wird und soll es eine vertiefende Beratung zwischen den Gewerkschaften geben. Die möchten wir ermöglichen, indem wir diesen Antrag als Material zu C 001 empfehlen.

Damit komme ich zum letzten Punkt dieses umfangreichen Bündels, das aufgerufen ist. Das ist der Antrag C 014 „Kinderbetreuung für Berufstätige im Schichtdienst“, wiederum vom DGB-Bundesjugendausschuss. Das Grundanliegen, einen Rechtsanspruch auf Ganztagskitaplatz einzuführen, ist im Antrag C 001 bereits enthalten. Hier geht es nun um die Frage, dass eine 24-Stunden-Kinderbetreuung für Kolleginnen und Kollegen in Nacht- und Schichtarbeit eröffnet wird. Wir als Antragsberatungskommission haben festgestellt, es gibt hier noch einen Abstimmungsbedarf, insbesondere auch mit den Gewerkschaften, die die Kolleginnen und Kollegen organisieren, die dann in den Kitas zu Nacht- und Schichtarbeit angehalten werden würden. Darum denken wir, eine vertiefende Beratung unter Beteiligung insbesondere dieser Gewerkschaften sollte es noch geben. Daher die Bitte, diesen Antrag als Material zu C 001 anzunehmen.

Ich danke für die Geduld, aber es war, glaube ich, sinnvoll, um es zu erklären. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen herzlichen Dank, Andreas. – Bevor wir jetzt mit den Wortmeldungen beginnen – es liegen schon zahlreiche vor –, werden wir die Antragsberatung für das Grußwort von Sigmar Gabriel unterbrechen, den ich hiermit im Namen aller recht herzlich begrüßen möchte, Vorsitzender der SPD. Sigmar, Du darfst sofort auf die Bühne kommen, sie gehört Dir – wenn der Fotopresetermin vorbei ist. (Heiterkeit)

Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender, lieber Reiner Hoffmann, liebe Mitglieder des DGB-Bundesvorstands, liebe Delegierte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich herzlich für die Einladung zu Eurem Kongress und auch für die Möglichkeit, hier zu Euch zu sprechen. Natürlich steht am Anfang die Gratulation zur Wahl des neuen Vorsitzenden. Lieber Reiner Hoffmann, ich gratuliere sehr herzlich nicht nur zu der Wahl, sondern auch zu dem fantastischen Ergebnis. SPD-Parteivorsitzende kriegen solche Ergebnisse – das habe ich gestern schon gesagt – immer nur zweimal in ihrem Leben: wenn sie Glück haben, am Anfang, und wenn die Delegierten sicher sind, man kandidiert zum letzten Mal. Das sind die beiden Gelegenheiten. Ich hoffe, dass ich die zweite noch ein bisschen hinausschieben kann.

Aber ernsthaft gesprochen: Reiner Hoffmann und ich kennen uns schon aus seinen Brüsseler Zeiten. Deshalb, Reiner, will ich gerne sagen, dass ich mich auch persönlich sehr darüber freue, dass Du jetzt die deutschen Gewerkschaften anführst. Ich wünsche Dir persönlich, aber auch im Namen der SPD viel Glück und Geschick bei dieser neuen und so wichtigen Aufgabe in unserem Land. Ich bin ganz sicher, dass Du der Arbeit der Gewerkschaften, aber auch unserem Land Deinen Stempel aufdrücken wirst. Und ich freue mich auf eine engagierte Zusammenarbeit mit Dir und dem neuen DGB-Bundesvorstand.

Deshalb auch herzliche Glückwünsche zur Wahl der anderen Mitglieder im GBV, vor allem an Elke Hannack, an Annelie Buntbach und an Stefan Körzel. Herzlichen Glückwunsch auch zu Eurer Wahl von meiner Seite und vonseiten der SPD.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn er nicht anwesend ist und von Euch schon verabschiedet wurde, gestattet mir, doch auch ein paar Bemerkungen zu Michael Sommer zu machen. Es ist kaum zu glauben, dass es schon zwölf Jahre her ist, dass Michael Sommer den DGB-Bundesvorsitz übernommen hat. Das waren für die Gewerkschaften und auch für ihn persönlich wahrlich keine einfachen zwölf Jahre. Er hat diese große Organisation mit viel Verstand und mindestens ebenso viel

Herz geführt. Er ist jemand gewesen, der mit großem Fingerspitzengefühl mit dazu beigetragen hat, in der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise Deutschland mit großem Verantwortungsbewusstsein durch die Krise zu führen. Er hat – ich glaube, das kann man mit großem Nachdruck und Recht sagen – auch einen riesigen Anteil daran, dass das Land besser aus der Krise herausgekommen ist als viele andere Länder in Europa und in der Welt. Dass er auch dafür gestritten hat, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch einen angemessenen Anteil an dem, was an Wohlstand in unserer Gesellschaft erarbeitet wird, bekommen, ist selbstverständlich.

Ich danke ihm aber noch aus einem anderen Grund, und zwar ganz speziell als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei. Michael Sommer hat immer mit großer Festigkeit dann gestanden, wenn er die Ziele und Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern missachtet gesehen hat, auch dann, wenn sie von seiner eigenen Partei, der SPD, mit zu verantworten waren. (Leichter Beifall) Manches wäre unserer Partei erspart geblieben, wenn wir früher auf ihn gehört hätten. (Beifall) – Ich gehe davon aus, dass alle, die geklatscht haben, SPD-Mitglieder sind. (Heiterkeit)

Durchaus ernsthaft weitergesprochen: Dass er in diesen schwierigen Jahren zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie hart für die Interessen der Arbeitnehmer gekämpft hat und trotzdem der SPD die Treue gehalten hat, dafür – Ihr werdet dafür Verständnis haben – danke ich ihm besonders. Am Ende hat er Recht behalten, und er hat viel Anteil daran, dass die SPD ihren Kompass wieder gefunden hat und das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften wieder ein deutlich anderes geworden ist als in diesen schwierigen Jahren.

Bitte richtet ihm aus, dass ich ihm ganz persönlich für diese Arbeit in besonderer Weise zu Dank verpflichtet bin. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, der Zeitenwechsel, den Michael Sommer und viele hier im Saal richtig erkämpft haben, zeigt sich am besten, wenn man sich kurz zurückerinnert an die Themen, die im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte und übrigens auch im Mittelpunkt des damaligen DGB-Bundeskongresses vor vier Jahren gestanden haben. Damals war auch gerade eine neue Regierung gebildet, die von Union und FDP. Wenn man sich eine Sekunde an die Themen erinnert, die damals im Mittelpunkt standen, und sie mit dem vergleicht, was wir heute diskutieren, merkt man, wie sehr sich die Zeiten geändert haben.

In Deutschland wurde damals im Mittelpunkt der Diskussionen über eine sogenannte Mövenpick-Steuer, die Herabsetzung der Hotelsteuer als Geschenk für Wahlgeschenke eines Hotelunternehmens an FDP und CSU, beraten. Gleichzeitig wurden damals Kommunen Hunderte von Millionen Euro Einnahmen entzogen. Steigende Gebühren für Kindertagesstätten und Schließung öffentlicher Einrichtungen waren die Folge. Ein gesetzlicher Mindestlohn wurde damals generell ausgeschlossen, und Korrekturen an der Rente sowieso. Leih- und Zeitarbeit wurden als besonders gut für den Wirtschaftsstandort Deutschland erklärt, und Werkverträge galten als etwas Modernes. Nicht zuletzt ging es damals nicht um die Energiewende, sondern um die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke um immerhin zwölf Jahre, ein ganz besonderes Geschenk der damaligen Regierung für die Unterstützung im Wahlkampf durch vier große Energiekonzerne.

Nicht nur die Sozialdemokraten waren damals in der Defensive, sondern auch die Gewerkschaften. Im Mittelpunkt der Antragsberatungen beim DGB-Bundeskongress damals stand ein Abwehrkampf gegen all das, was an den Arbeitsbedingungen in Deutschland noch weiter verschlechtert werden sollte.

Schaut man sich nun mal an, was heute im Mittelpunkt der Diskussionen in der Öffentlichkeit steht und was Ihr gestern, glaube ich, in einem Leitantrag beraten habt, dann merkt man, wie groß der Unterschied zu den letzten vier Jahren ist. Wir reden heute darüber, dass wir einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland endlich Realität werden lassen. Wir werden die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren unter Einbeziehung der Zeiten der Arbeitslosigkeit bekommen. Leih- und Zeitarbeit sollen reguliert werden, Werkverträge auch. Tarifverträge sollen gestärkt werden und die Tariffucht bekämpft werden. Und in der Energiepolitik wollen wir endlich wieder zeigen, dass die Energiewende mit dem Erhalt und dem Ausbau industrieller Arbeitsplätze durchaus zu verbinden ist.

Wenn man dann schaut, was sozusagen bei Euch beraten wird, dann steht im Mittelpunkt Eurer Beratungen nicht die Verteidigung gegen denkbare Angriffe mit dem Ziel der Verschlechterung der Situation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern es steht im Mittelpunkt der Anspruch der Gewerkschaften, die Zukunft des Landes und die der Beschäftigten wieder von sich aus aktiv zu gestalten, nicht sozusagen nach hinten zu verteidigen, sondern nach vorne in die Offensive zu kommen. Ich glaube, dass das ein unglaublich großer Unterschied ist. Die gesellschaftliche Realität und die politische Realität haben sich in den letzten Jahren völlig verändert. Und wir reden – das sage ich jetzt für das ganze Land, und nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder und Sozialdemokratie – im ganzen Land endlich nicht mehr nur darüber, wie wir angeblich leben müssen, weil uns angeblich die Globalisierung dazu zwingt, sondern wir reden endlich wieder darüber, wie wir in die-

sem Land und in Europa und in der Welt zusammenleben wollen. Das ist ein großer Unterschied, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich glaube, dass das ein großer Zeitenwechsel ist, dass die Gewerkschaften wieder in der Offensive sind. Sicher, Gewerkschaften müssen das einmal Erreichte auch immer wieder verteidigen; wer wüsste das nicht besser als Ihr. Aber allein, wenn man den gestern von Euch beschlossenen Antrag zu Guter Arbeit liest, dann sieht man: Gewerkschaften gestalten wieder mehr in der Zukunft, als dass sie nach hinten das Vergangene verteidigen müssen.

Gewerkschaften in der Offensive, das war immer eine gute Entwicklung für das ganze Land, nicht weil da manche von Gewerkschaftsstaat oder anderem reden, das ist alles Quatsch, sondern im Gegensatz zu anderen Interessenvertretungen geht es bei der Interessenvertretung der Gewerkschaften immer darum, die Mehrheit der Menschen in Deutschland zu vertreten und das Allgemeinwohl in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Deshalb ist es gut, wenn Gewerkschaften in unserem Land in der Offensive sind, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wenn das der Vorsitzende der SPD sagt, ist das vielleicht nichts Besonderes. Ich hatte gestern einen interessanten Gast, der jetzt nicht – sagen wir mal – Mitglied des Zentralorgans der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist. Es war der Generalsekretär der OECD, sozusagen der Chef der Organisation der entwickelten Industrieländer in der Welt. Der Mexikaner Herr Gurría war gestern bei mir zu Gast und stellte den Blick der OECD auf Deutschland dar. Ich will Euch nicht vorenthalten, was er dort gesagt hat. Er eröffnete sozusagen seinen Bericht, indem er Deutschland empfahl, so zu handeln, wie Robert Bosch es mal getan hat. Er zitierte Robert Bosch und empfahl uns, das zur Leitlinie der deutschen Politik zu machen.

Das Zitat von Robert Bosch lautet: Ich zahle meinen Mitarbeitern nicht deshalb hohe Löhne, weil ich reich bin, sondern ich bin reich geworden, weil ich hohe Löhne gezahlt habe. (Beifall) Ich habe Herrn Gurría, weil er anschließend zur Kanzlerin ging, empfohlen, er möge dort das Zitat wiederholen. Ich habe keine Antwort darauf, ob das geschehen ist.

Der ganze OECD-Bericht, mit Ausnahme der Passagen, in denen er natürlich auch Sorge äußert zur Entwicklung der Arbeitskosten - das will ich nicht verschweigen -, fordert uns auf, etwas dafür zu tun, dass die soziale Ungleichheit in unserem Lande nicht zunimmt, sondern abnimmt. Der Generalsekretär erklärte im Beisein seiner Volkswirtschaftler, die das bestätigten, dass der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Deutschland überfällig sei, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Der Generalsekretär der OECD erklärte, dass es kein Schaden sei, einen Mindestlohn einzuführen, sondern dass dies im Gegenteil dazu beitragen werde, das Binnenwachstum zu stärken, und dass der Mindestlohn ein Beitrag für den sozialen Zusammenhalt und für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sei. Wo er recht hat, hat er recht, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Er fordert außerdem eine Steigerung der Tariflöhne in Deutschland. Das sei gut für unser Land, für Europa und die ganze Welt.

Ich dachte, diesen Bericht der OECD enthalte ich Euch nicht vor. Er widerlegt nämlich, was in den letzten Wochen und Monaten öffentlich erzählt wurde.

Die deutschen Gewerkschaften haben einen hohen Anteil an dieser Zeitenwende, auch - ich sage es noch einmal - Michael Sommer persönlich. Die Gewerkschaften haben sich in der Finanzkrise klug verhalten. Aus den Reihen der Gewerkschaften kamen die Ideen für ein Konjunkturpaket, für die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern und manches andere mehr.

Aus dieser Bewährung in der Krise ist, glaube ich, die neue Bedeutung der Gewerkschaften erwachsen. Die Gewerkschaften haben an die Idee der sozialen Marktwirtschaft auch dann geglaubt, wenn die ganzen selbsternannten Experten diese öffentlich diskreditiert haben.

Die Gewerkschaften haben die Idee der sozialen Marktwirtschaft immer wieder als das zentrale Erfolgsmodell der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes verteidigt, als andere unter dem Deckmäntelchen einer Neuen Sozialen Marktwirtschaft eigentlich deren Zerstörung betrieben haben. Es ist eine Schande, dass Millionen aufgewandt werden, um gegen die soziale Marktwirtschaft in unserem Land anzugagieren, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Heute ist wieder klar: Der richtige Satz „Leistung muss sich lohnen“ richtet sich nicht an eine kleine Gruppe selbsternannter Einkommenseliten, sondern der Satz „Leistung muss sich lohnen“ richtet sich vor allen Dingen an die Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellten, Beamtinnen und Beamten, die jeden Tag den Wohlstand unserer Gesellschaft erarbeiten. Sie müssen wissen, dass sich Arbeit und Leistung für sie, für ihre Kinder und für ihr Alter lohnen. Das ist das Geheimnis des Erfolgsmodells unseres Landes, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Deshalb sage ich: Ja, wir wollen jetzt den Mindestlohn. Aber damit sich keiner falsche Vorstellungen macht: Das ist sozusagen ein Netz nach unten. Das reicht bei Weitem nicht aus. Natürlich wollen wir etwas ganz anderes: Wir wollen, dass in Deutschland der Tarifvertrag mit fairen Löhnen wieder der Normalfall und nicht in einigen Regionen der Ausnahmefall ist. (Beifall)

Das sage ich nicht nur als Vorsitzender der SPD, sondern das sage ich auch als Bundeswirtschaftsminister, weil das doch auch Verlässlichkeit für Arbeitgeber und Unternehmen bedeutet.

Ich sage zu denen, die den Mindestlohn für zu gefährlich halten: Jemand, der ein Geschäftsmodell hat, das darauf beruht, dass er nur dann Aufträge erhält, wenn er seinen Arbeitnehmern einen miserablen Lohn zahlt und sie danach zum Staat schickt, damit sie sich da den Rest holen, damit sie wenigstens auf Sozialhilfeniveau kommen, hat in Wahrheit in einer Marktwirtschaft kein Geschäftsmodell. Das wollen wir nicht in diesem Land! (Beifall)

Ich habe in Eurem Antrag gelesen, dass Ihr sagt: Löhne müssen mindestens existenzsichernd sein. Ja, das ist richtig. Aber ich finde, der gewerkschaftliche und auch der sozialdemokratische Anspruch und übrigens auch der Anspruch Ludwig Erhards war ja nicht Existenzsicherung, sondern eine faire und gerechte Teilhabe an den Chancen und am Leben in unserem Land. Wohlstand für alle ist mehr als Existenzsicherung. Wir wollen in der sozialen Marktwirtschaft, dass diejenigen, die den Wohlstand schaffen, auch am Sagen und am Haben in unserem Land teilhaben, und zwar in angemessener Weise, damit sie aus ihrem Leben selbstbestimmt etwas machen können. Das ist das Ziel für die soziale Marktwirtschaft, nicht weniger. (Beifall)

Bei allen Debatten um die Rente, bei allem, was wir da machen müssen, ist eines auch klar: Wir werden die Altersarmut nur nachhaltig bekämpfen, wenn wir in Deutschland Schluss machen mit der massenhaften Erwerbsarmut. Das ist der wichtigste Weg zur Bekämpfung der Altersarmut: vernünftige Löhne, von denen die Menschen im Alter leben können, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Gute Arbeit braucht auch eine gute Wirtschaftspolitik, keine Frage. Übrigens: Das Bundeswirtschaftsministerium ist nicht allein das Haus der Wirtschaft. Es ist das Haus der sozialen Marktwirtschaft und der Sozialpartner. Es steht den Gewerkschaften genauso offen wie jedem Unternehmer. Ein guter Bundeswirtschaftsminister muss immer etwas vom Arbeitsmarkt verstehen und eine gute Arbeitsministerin muss immer etwas von der Wirtschaft verstehen. Erst zusammen entsteht eine Idee von der sozialen Marktwirtschaft.

Die Gewerkschaften sind nicht die Erfüllungsgehilfen einer Partei und schon gar nicht einer Regierung. Das gilt natürlich auch umgekehrt. - Jetzt klatscht Ihr nicht mehr.

Die SPD und die Regierung sind auch nicht Erfüllungsgehilfen von Gewerkschaften. Aber eines will ich dem DGB-Bundeskongress und den Gewerkschaften versprechen: Ihr werdet bei uns immer nicht nur eine offene Tür finden, sondern wir versprechen, wir wollen Verbündete sein für die Schaffung guter Arbeit und guten Lebens hier bei uns im Land. In dieser Arbeit wollen wir zusammenstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist ein gemeinsames Ziel, das wir verfolgen. (Beifall)

Humorvoll kann man auch sagen: Ab jetzt müsst Ihr aufpassen, was Ihr beschließt. Es könnte sein, dass es Realität wird. (Zurufe) - Ich habe nur gesagt: Es könnte sein. Das ist kein schwarzer, das ist roter Humor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes gut sind, will ich heute ein paar Bemerkungen zu den Herausforderungen machen, die wir natürlich auch haben. An allererster Stelle steht nach wie vor der Fachkräftemangel. Ich weiß, dass jetzt viel darüber debattiert wird, dass wir Fachkräfte aus dem Ausland holen sollen. Aber ich will, gerade weil die GEW-Vorsitzende vor mir liegt (Heiterkeit) - nein, sitzt -, sagen, dass es auf der Hand liegt, dass wir im eigenen Land anfangen müssen.

Jetzt habe ich uns beide in Verruf gebracht. Und Du hattest mir noch gesagt, ich soll es nicht offen zugeben.

Weil Marlis vor mir sitzt: Ich glaube, dass wir wirklich aufpassen müssen, dass wir bei der Debatte um die Fachkräfte nicht so tun, als hätten wir nicht im eigenen Land Hunderttausende und Millionen junger Leute, die gern als Fachkräfte zur Verfügung stünden, denen wir aber bis heute nicht ausreichend Förderung und Hilfe auf ihrem Weg dorthin zur Verfügung stellen. (Beifall)

Die 6 Milliarden Euro mehr, die wir für Kindertagesstätten und Bildung in den Ländern ausgeben wollen, sind ein erster Schritt und weitere werden gegangen werden müssen. Das ist eine der großen Aufgaben, die wir in den nächsten Jahren haben. Das gilt auch für das Thema Infrastruktur und natürlich auch für das Thema Energie.

Ich will zur Energiewende nicht viel sagen. Ich möchte Euch, weil hier Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Interessenvertreter sitzen, nur um eine Unterstützung bitten. Wir dürfen nicht zulassen, dass permanent die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern und die Interessen am Erhalt von industriellen Arbeitsplätzen gegeneinander ausgespielt werden. Das ist eine dumme Debatte. Ich sage das, weil ich in den letzten Tagen und Wochen, insbesondere von Grünen und Linkspartei, dafür kritisiert worden bin, dass ich Ausnahmen von der EEG-Umlage für die energieintensive Industrie durchgesetzt habe.

Dazu muss man wissen: Die Industrie insgesamt zahlt über 7 Milliarden Euro und die Wirtschaft insgesamt mehr als 12 Milliarden Euro von den Kosten der Energiewende. Das ist mehr als die Hälfte. Aber es gibt ein paar Unternehmen in der Chemie, beim Stahl, bei den Gießereien, überall da, wo viel Energie verbraucht wird, die aus unserem Land verschwinden werden, wenn wir nicht aufpassen bei der Entwicklung der Energiekosten. Natürlich kann ich diese Unternehmen alle in die EEG-Umlage hereinnehmen. Dann würde der Strom für einen 3-Personen-Haushalt im Jahr 40 Euro weniger kosten. Hier in Berlin kann man durch den Wechsel des Stromanbieters übrigens mehr Geld sparen. Aber gleichzeitig würden wir ein paar hunderttausend Arbeitsplätze verlieren.

Verlieren wir die industrielle Wertschöpfungskette bei uns im Land, dann werden wir in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit Schlimmes erleben und dann werden wir auch die Zustimmung zur Energiewende verlieren. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Interessen am Erhalt von industriellen Arbeitsplätzen gegen die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern ausgespielt werden. Wir müssen beides schaffen, die Kostendynamik durchbrechen, aber auch dafür sorgen, dass eine starke industrielle Wertschöpfung in unserem Land eine Zukunft hat, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Industriepolitik heißt übrigens auch, sich mit so modernen Herausforderungen wie der Digitalisierung, der sogenannten Industrie 4.0, auseinanderzusetzen. Ich biete ausdrücklich an, dass unser Haus Partner sein will für die Gewerkschaften, die sich ja mit dem Thema insbesondere beschäftigen müssen, weil die Arbeitsverhältnisse sich komplett verändern werden. Es werden sich auch gewerkschaftliche Interessenvertretungen anders aufstellen. Wir sollten miteinander überlegen, wie wir das gestalten. Dazu zählt auch, dass der Europäische Gerichtshof gestern ein gutes Urteil gefällt hat. Er hat gesagt, dass auch in Zeiten von Google und Internet die Menschen die Chance haben müssen, Herr ihrer eigenen persönlichen Daten zu bleiben. Das muss dann aber auch und insbesondere für die Beschäftigten und den Beschäftigtendatenschutz in Deutschland gelten. Auch das gehört mit in diese Debatte. (Beifall)

Natürlich macht uns die Entwicklung in der Ukraine und in Russland auch für die wirtschaftliche Entwicklung, aber vor allen Dingen für die friedliche Entwicklung, Sorgen. Ich will hier nur eines sagen. Keiner wünscht sich Wirtschaftssanktionen. Sie sind am Ende schädlich für alle Seiten. Aber eines geht auch nicht, dass im 21. Jahrhundert ein Land und eine Regierung, die in Russland, gnadenlos ein Nachbarland destabilisiert, Grenzen missachtet, ein Land ins Chaos stürzt bis kurz vor den Bürgerkrieg, und wir in Europa sagen nichts dazu. Die Europäische Union ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie vertritt Werte, die unveräußerlichen Rechte von Menschen, die Unverletzlichkeit von Grenzen, das friedliche Miteinander, Gewaltverzicht. Das sind Werte, die wir in Europa, auch in der KSZE, durchgesetzt haben.

Wir alle, und damit jeder von uns, der Kontakte hat, müssen dafür sorgen, dass die Russen und die Ukraine an den Verhandlungstisch kommen. Wir wollen eine Lösung am Verhandlungstisch. Was wir überhaupt nicht wollen, ist Säbelrasseln der NATO irgendwo an den Ostgrenzen der Europäischen Union. (Beifall) Aber wir wollen auf der anderen Seite auch nicht tatenlos zuschauen, wenn Menschen ins Elend gestürzt werden. (Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, dass das, was dort passiert, unsere Welt noch einmal dramatisch ändern wird. Niemand von uns hat das vor ein paar Monaten auch nur für denkbar gehalten. Ich hoffe sehr auf die Bemühungen von Frank-Walter Steinmeier. In dem Zusammenhang will ich eines sagen: Ich empfehle selten den Kauf einer Zeitung, weil man sowieso nicht weiß, ob man nicht am nächsten Tag dort abgeledert wird. Aber heute muss man sich die Bild-Zeitung kaufen. Wer den Bundesaußenminister dafür kritisiert, dass er immer wieder versucht, egal wie viele Rückschläge es gibt, Menschen an den Verhandlungstisch zu bekommen, wer ihn sozusagen lächerlich macht dafür, dass er versucht, mit den Konfliktpartnern zu reden, der vergisst die Lehre von Helmut Schmidt, die lautet: Lieber hundert Stunden umsonst verhandeln als eine Minute schießen. Das ist doch wohl die Linie, die wir zu verfolgen haben. (Anhaltender Beifall)

Wir müssen übrigens auch aus den Entwicklungen der letzten Jahre Lehren ziehen. Damit komme ich zu dem schwierigen Thema Waffenexport. Auch davon hängen Arbeitsplätze ab. Aber am Ende des Tages ist es kein gutes Bild, dass Deutschland der größte Waffenexporteur geworden ist. (Leichter Beifall) Rüstungsexporte sind kein Instrument der Wirtschaftspolitik. (Leichter Beifall) Sie sind ein Instrument der Sicherheitspolitik. Aber dann verbietet es sich, Waffen in die Regionen zu liefern, in denen möglicherweise später UNO-Soldaten diesen Waffen gegenüberstehen, wenn sie die Konflikte wieder in den Griff bekommen wollen. Auch dazu müssen wir stehen. (Beifall)

Europa hat eine friedenspolitische Aufgabe. Europa ist entstanden aus den Erfahrungen von zwei Weltkriegen. Ich glaube, dass gerade jetzt, kurz vor dem 25. Mai, dieses Europa vor einer großen Bewährungsprobe steht. Ihr wisst wie wir: Viele Menschen in den Betrieben gehen nicht zur Europawahl, weil sie glauben, es hätte ohnehin keinen Sinn oder es seien nur Technokraten. Bitte helft mit, Eure Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass es am 25. Mai um sehr viel geht. Europa bestimmt unser Alltagsleben inzwischen mindestens so sehr wie die politischen Entscheidungen in Deutschland, vielleicht sogar noch mehr. Europa steht vor dem Scheideweg. Entweder bleibt es weiter ein reines Binnenmarkteuropa - dann gilt der Satz von Jacques Delors: Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt - oder wir sorgen dafür, dass Europa dem Alltag der Menschen endlich wieder näher kommt. Dann muss zum Beispiel dafür gesorgt werden, dass nicht noch einmal die Situation entsteht, dass der Europäische Gerichtshof ein schwedisches Gesetz aufhebt, in dem steht „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, um das Lohndumping zu beenden, und zwar mit dem Hinweis, es verstoße gegen den Binnenmarkt. Ein solcher Binnenmarkt kann uns gestohlen bleiben. Wir wollen soziale Rechte auch in Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir wollen auch noch andere Änderungen. Wir alle hier diskutieren derzeit über den Abbau der kalten Progression, wie ich glaube, zu Recht. Es kann nicht sein, dass Lohnsteigerungen am Ende überproportional dem Staat und nicht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kommen. Ich halte die Debatte für angemessen. Natürlich haben wir keine Bilderbuchlösung für eine schnelle Gegenfinanzierung. Aber wir müssen sie schaffen. Es gibt dafür auch eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Ich weiß aber auch, dass der Staat in Deutschland und in Europa mehr Geld braucht, wenn wir für Infrastruktur, Bildung und übrigens auch für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Dienstleistungen wie zum Beispiel in den Pflegeberufen sorgen wollen. Dafür werden wir in Deutschland mehr Geld brauchen. (Beifall)

Aber lasst mich, auch aus meiner Erfahrung in Wahlkämpfen, sagen: Es ist ziemlicher Quatsch, angesichts der Größe dieser Aufgaben dann immer über den Spitzensteuersatz zu diskutieren. Jeder, der weiß, worum es geht, weiß auch, dass man daraus vielleicht 3 oder 4 Milliarden Euro mehr in den Staatshaushalt bekommt. Wir brauchen aber viel mehr. Der eigentliche Skandal liegt ganz woanders. Der Skandal liegt darin, dass jeder Bäckermeister in Berlin höhere Steuersätze zahlt als Konzerne wie Apple, Google und Amazon, die sich in Europa ein Niedrigsteuerland aussuchen können. Das ist doch das eigentliche Problem unseres Landes. (Beifall)

150 Milliarden Euro verliert allein Deutschland jedes Jahr, 2 Billionen Euro die gesamte Europäische Union, Geld, das wir dringend für Wachstum und Arbeit in Europa einsetzen müssen. Die größte Schande der Europäischen Union ist die steigende Jugendarbeitslosigkeit auf diesem Kontinent. Da müssen wir Geld investieren, um sie zu beseitigen. (Beifall)

Das Geld wäre da. Wir könnten sogar Steuern senken, wenn wir nur einen Bruchteil dessen hätten, was durch diese Art von Steurdumpingwettbewerb verloren geht. Das ist jetzt der einzige Teil zum Wahlkampf, den ich leiste: Warum ich von Martin Schulz überzeugt bin, dafür gibt es eine Menge Gründe. Aber der steht für ein Geschäftsmodell, dieses Steurdumping in Europa zu beenden. Sein Wettbewerber, Herr Juncker, der in Deutschland versteckt wird, hat das Steurdumping zum Geschäftsmodell seines Heimatlandes gemacht. Das ist der Unterschied, um den es am 25. Mai geht. Und dafür bitte ich um Beteiligung und um ein klares Signal, in welche Richtung wir Europa bewegen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Natürlich wollen wir kein Freihandelsabkommen, bei dem Standards gesenkt werden. Warum sollten wir das wollen? Natürlich wollen wir ein Freihandelsabkommen, bei dem wir auf gar keinen Fall das Risiko eingehen, dass soziale, übrigens auch kulturelle Verbraucherschutz- oder Ökostandards gesenkt werden. Wogegen ich aber auch bin, ist, so zu tun, als müsse man gar nicht erst den Versuch unternehmen, mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln. Warum? Gewerkschaften und Sozialdemokratie und viele andere fordern weltweite Regeln für den globalisierten Kapitalismus, und zwar zu Recht. Aber wenn man dann mit dem Mutterland des globalisierten Kapitalismus nicht einmal den Versuch unternehmen will, zu verhandeln, sondern schon dagegen ist, bevor die Verhandlungen richtig begonnen haben, dann, glaube ich, macht man einen großen politischen Fehler. Ich weiß nicht, ob das am Ende zum Erfolg führt. Natürlich weiß ich, dass, hätte es Erfolg, große wirtschaftliche Vorteile daraus erwachsen würden. Ich möchte lieber, dass die 1 Milliarde Euro, die die deutsche Automobilindustrie für unnütze Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse ausgibt, in die Elektromobilität investiert wird. Ich weiß aber

nicht, ob wir es am Ende schaffen werden, aber ich möchte, dass wir uns alle daran beteiligen. Ich sage heute noch mal: Ich werde einen nationalen Beirat für diese Verhandlungen berufen. Da werden viele -Wirtschaft, Gewerkschaften, Umweltverbände - drin sein. Ich bitte, dass der DGB mir sagt, wen wir von Euch einladen sollen. Denn eines ist die Voraussetzung für faire Verhandlungen: absolute Transparenz. Die Menschen müssen wissen, worüber verhandelt wird und was die Position Deutschlands und der Europäischen Union ist. (Beifall)

Zwei Dinge brauchen wir nicht: Wir brauchen zwischen entwickelten Rechtsstaaten wie den EU-Mitgliedern und den USA keine Sondergerichte. (Vereinzelt Beifall) Zweitens. Niemand soll bitte den nationalen Parlamenten verbieten, darüber abzustimmen. Wer jetzt schon versucht, die Verhandlungen sozusagen so zu organisieren, dass die nationalen Parlamente darüber nicht diskutieren und abstimmen dürfen, der legt von sich aus den Keim des Scheiterns. Denn die Demokratie geht immer noch vor jede Form von Freihandel, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Es ist also eine Menge zu tun. Am Ende will ich nur noch sagen, dass für mich als Vorsitzender der SPD die Einladung zu Euch immer noch etwas Besonderes hat. Denn der Name des DGB-Bundeskongresses ist zum zwanzigsten Mal „Parlament der Arbeit“. Es ist ein Besuch auf einem Kongress, der sich von vielen anderen Kongressen unterscheidet, auf denen Leute wie ich eingeladen werden. Denn hier wird über etwas verhandelt und diskutiert, was aus meiner Sicht den Kern unserer Gesellschaft ausmacht, ich bin sicher, auch den Kern des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfolgsmodells unseres Landes in den letzten 70 Jahren. Denn im Parlament der Arbeit geht es um den Wert der Arbeit. Dieser Wert ist mehr als nur Lohnhöhe oder Arbeitsbedingungen. Beim Wert der Arbeit geht es um den Stellenwert, den die Arbeit, aber vor allen Dingen die arbeitenden Menschen in unserer Gesellschaft haben sollen. Es geht um die Wertschätzung und um den Respekt gegenüber Menschen, die ihren Lebensunterhalt jeden Tag, manchmal in gar nicht so einfachen Arbeitsbedingungen hart erarbeiten müssen und die mit dieser Arbeit und ihren Steuern und Abgaben auch noch den allergrößten Beitrag zur Entwicklung unseres Landes leisten.

Ich finde, ein Kongress, ein Parlament der Arbeit, der den Wert der Arbeit und die Würde der arbeitenden Menschen in seinen Mittelpunkt stellt, das ist eine besondere Veranstaltung in unserem Land. Das mag Euch vielleicht, weil Ihr so oft auf DGB-Kongressen seid, gar nicht so bewusst sein. Ich glaube, das ist etwas ganz Besonderes, weil der Wert und die Würde der arbeitenden Menschen in den letzten Jahrzehnten ziemlich mit Füßen getreten wurden.

Wenn wir heute in unserer Gesellschaft über die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren reden, dann reden wir nicht nur über die Frage: Wie hoch ist am Ende die Rente? Vielmehr ist es eigentlich eine Debatte um die Würde und den Respekt vor einer lebenslangen Leistung von Menschen, die 45 Jahre gearbeitet haben. Die Kritiker aus Wirtschaftswissenschaften, Industrielobby und Politik, die schlecht finden, was wir da machen wollen, haben alle eines gemeinsam: Sie haben alle nicht die Lebenserfahrung von 45 Jahren Arbeit. Denn sie gehen in der Regel weit früher in Rente, haben in der Regel weit höhere Einkommen, und sie können sich in der Regel nicht vorstellen, wie man mit 1.000 Euro im Alter klarkommen soll. (Vereinzelt Beifall)

Deshalb an diese Kritiker gerichtet: Wir wollen uns mit allen Argumenten auseinandersetzen, aber manchmal wünsche ich mir ein bisschen mehr Demut und ein bisschen mehr Respekt vor der Lebensleistung von arbeitenden Menschen, die 45 Jahre lang gearbeitet haben. (Beifall) Man kann die Debatte abstrakt und ökonomisch führen. Auch da gibt es eine Menge Gründe für das, was wir machen. Aber im Kern geht es um den Wert und die Würde von arbeitenden Menschen in unserer Gesellschaft. Der Wert der Guten Arbeit, über den im Parlament der Arbeit der deutschen Gewerkschaften beraten wird, ist im Kern ein Ausdruck unseres Menschenbildes. Arbeiter, Angestellte und auch Beamte sind in diesem Menschenbild eben keine Objekte von Unternehmensentscheidungen, die sozusagen auf dem Schachbrett der Wirtschaft hin- und hergeschoben werden können. Vielmehr drückt sich der Wert der Arbeit vor allem darin aus, dass in unserer Vorstellung, in Eurer Vorstellung Menschen Subjekte sind, die etwas beizutragen haben, die den Wohlstand jeden Tag erarbeiten. Übrigens ist die Mitbestimmung nur der Ausdruck unseres Menschenbildes. Denn in unserem Menschenbild, in unserem Demokratiebild ist das Recht auf Teilhabe am Haben und am Sagen das Recht auf Mitbestimmung: in der Betriebsverfassung, in Gewerkschaften, in Aufsichtsräten, überall, wo wir Mitbestimmung verankern können. Das hat etwas damit zu tun, dass Menschen Subjekte und nicht Objekte sind und dass nach unserer Verfassung am Betriebstor kein Schild steht: Hier endet der demokratische Sektor der Bundesrepublik. Deshalb ist es absolut berechtigt, und zwar mit Hinweis auf Artikel 1 der Verfassung - es geht um die Würde des Menschen -, das Recht auf Mitbestimmung von der Würde des Menschen abzuleiten. Das sollten wir in unserer Gesellschaft wieder tiefer verankern, liebe Kolleginnen und Kollegen, und auch dafür sorgen, dass Mitbestimmung im betrieblichen und unternehmerischen Alltag ausgebaut wird in unserem Land und nie wieder eingeschränkt wird. (Beifall)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist ausreichend viel zu tun in den nächsten Jahren. Aber das Gute ist, finde ich, auch wenn wir in mancherlei Details am Ende nicht einer Meinung sein können oder sein werden: Die Richtung

unseres Landes hat sich geändert, und daran haben die deutschen Gewerkschaften einen großen Anteil. Herzlichen Dank dafür. Glück auf und alles Gute für Euren Kongress! (Anhaltender Beifall)

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Ich glaube, Du hast in Deinem Beitrag mehr als deutlich gemacht, dass die Schnittmengen gemeinsamer Politik in den letzten Monaten wieder deutlich gewachsen sind und möglicherweise so groß sind wie schon lange nicht mehr. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Du hast aber auch anerkannt: Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind eine Einheitsgewerkschaft. Das ist im Übrigen auch die Grundlage dafür, dass die Gewerkschaften in diesem Land so erfolgreich sind. Auch dafür herzlichen Dank. Wir sind kein Transmissionsriemen.

Du hast uns eingeladen – auf den Punkt möchte ich ganz besonders hinweisen –, an dem Beirat, den Du einrichten wirst, gesellschaftliche Gruppen und die Gewerkschaften zu beteiligen. Ich verspreche Dir, wir werden Dir sagen, wer von uns daran mitwirken wird; denn – da stimmen wir überein – es geht uns nicht um mehr freien Handel, sondern wir brauchen mehr fairen Handel. Dafür werden wir uns gemeinsam einsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich hatte heute Morgen Gelegenheit, ein neues Mitglied für die DGB-Gewerkschaften zu werben. Ich warte noch auf die unterschriebene Beitrittserklärung. Mir wurde zugesagt, dass diese noch eingehen wird.

Diese Frage muss ich Dir, lieber Sigmar, aber nicht stellen; denn Du bist schon Mitglied in zwei DGB-Gewerkschaften. Ich möchte es Deinem Geldbeutel nicht zumuten, nun auch noch den Beitrag für eine dritte Organisation zu zahlen. (Zuruf: Warum denn nicht? – Sigmar Gabriel: Da habe ich Schwein gehabt!)

Vielen Dank dafür, dass Du bei uns gewesen bist. Wir freuen uns auf die zukünftige konstruktive Zusammenarbeit. (Lebhafte Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Sigmar, für Deine Worte.

An uns wurde der Wunsch herangetragen, eine Pause zu machen. (Beifall) Dem kommen wir auch sehr gerne nach. Ich schlage vor, die Antragsberatung bis 11.55 Uhr zu unterbrechen.

Zu Eurer Information: Wir haben die Mittagspause auf 13.30 Uhr verlegt. Dies nur, damit Ihr nicht denkt, wir hätten gleich schon wieder Mittagspause.

Ich bitte Euch also, um 11.55 Uhr wieder pünktlich im Saal zu sein.

(Unterbrechung des Kongresses: 11.43 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 12.03 Uhr)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt schon vor dem Grußwort von Sigmar Gabriel die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Wir haben auch Wortmeldungen von den Antragstellenden hierzu. Ich werde die Wortmeldungen in der Reihenfolge der Anträge aufrufen. Wir haben eine Wortmeldung zum Antrag C 001 von unserer Kollegin Elke Hannack mit der Teilnehmernummer 82. Elke, Du hast das Wort.

Elke Hannack, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich habe mich gerade an die eigenen Erfahrungen als Delegierte bei vielen Kongressen erinnert und dachte, es ist vielleicht auch einigen von Euch nicht immer möglich, alle Anträge en détail zu lesen. Deshalb will ich die Gelegenheit nutzen, Euch noch einmal die eine oder andere Position aus dem Leitantrag nahezubringen.

Bildung – das wurde heute schon häufiger gesagt – ist ein Menschenrecht. Auch in Deutschland gilt: Gute Bildungsschlüsse sind nach wie vor zentrale Platzanweiser in der Gesellschaft. Die Zeugnisse der Menschen entscheiden in erheblichem Maße über ihre Berufs- und damit aber auch über ihre Lebensperspektiven. Das Recht auf gute Bildung, das Recht auf gute Ausbildung ist zentral, wenn es darum geht, den Menschen ein Leben und eine Arbeit in Würde zu geben. Deshalb

kämpfen wir für Chancengleichheit, und deshalb kämpfen wir für eine hohe Qualität und für Gute Arbeit im gesamten Bildungswesen.

Ich habe es am Sonntag schon gesagt, ich sage es trotzdem noch einmal: Wir wollen das unsinnige Betreuungsgeld streichen und die freiwerdenden Milliarden in gute Kitas investieren, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Wir brauchen dieses Geld, damit es einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für alle geben kann. Wir brauchen dieses Geld aber auch, um in die Qualität der Kitas zu investieren, für bessere Arbeitsbedingungen und natürlich auch für eine bessere Entlohnung der Erzieherinnen und Erzieher in diesem Bereich, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir müssen das unsinnige dreigliedrige Schulsystem überwinden. Wir brauchen endlich gute Ganztagschulen, an denen im Übrigen neben den Lehrkräften auch Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen und Psychologen arbeiten. Wir brauchen das Recht auf Ausbildung für alle Jugendlichen. Da sind zunächst die Arbeitgeber gefordert. Sie dürfen nicht über den Fachkräftemangel jammern, sie müssen endlich mehr ausbilden. Auch das habe ich bereits am Sonntag oder Montag gesagt: Wir müssen die Warteschleifen überwinden, und wir müssen gerade kleine und mittlere Unternehmen über die assistierte Ausbildung besser unterstützen. Wir wollen nicht irgendeine, sondern wir wollen eine gute Ausbildung für alle Jugendlichen. Deshalb streiten wir gegen zweijährige Schmalspurausbildungen, die junge Menschen zu Handlangern in Betrieben degradieren. Das wollen wir nicht. Und wir streiten gegen eine Modularisierung, die die Berufsausbildung in einzelne Bausteine zerhackt, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Natürlich wollen wir auch eine faire, eine gerechte Verteilung der Kosten für Ausbildung. Da ist die Ausbildungsumlage nicht vom Tisch, Kolleginnen und Kollegen, da ist sie wieder auf dem Tisch. Wir wollen, dass sich alle Betriebe an den Kosten für Ausbildung in Deutschland beteiligen. (Beifall) Wir wollen eine stärkere Kontrolle von Ausbildungsbetrieben. Fast jeder vierte Azubi in diesem Land bricht die Lehre ab. Im Bäcker- und Fleischerhandwerk und in der Gastronomie ist es sogar jeder zweite Azubi. Viele Betriebe sind schlicht nicht ausbildungsreif. Hier müssen die Kammern notfalls mit harten Sanktionen durchgreifen, sonst haben sie ihren Sinn nicht erfüllt, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir sagen in diesem Antrag, wir wollen offene Hochschulen. Arbeiterkinder und Menschen ohne Abitur müssen einen leichten Zugang zu Hochschulen bekommen. Dazu zählt eine umfassende BAföG-Reform, die die Bundesregierung im Koalitionsvertrag leider vergessen hat. Dazu gehört aber auch die Öffnung der Hochschulen für Menschen, die im Berufsleben stehen.

Wir wollen Gute Arbeit im gesamten Bildungswesen. Wir wollen unbefristete sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auch und gerade im wissenschaftlichen Bereich, Kolleginnen und Kollegen, und wir wenden uns mit Euch gegen Honorarverträge und befristete Projektverträge in den Volkshochschulen, in den Musikschulen, in den Kunstschulen. Wir wollen diese prekären Beschäftigungsverhältnisse nicht, wir wollen Gute Arbeit und gute Beschäftigungsverhältnisse im gesamten Bildungswesen. (Beifall)

Wir wollen endlich ein Weiterbildungsgesetz, das den Menschen klare Rechtsansprüche auf Weiterbildungszeiten und -finanzierung gibt. Wir wollen ein Erwachsenen-BAföG, das auch das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen fördert. Wir wollen auch die politische Bildung wieder stärken. Es ist und es bleibt ein Skandal, dass Bund und Länder ihr Versprechen, mehr in Bildung zu investieren, gerade bei der politischen Bildung brechen. Wir brauchen endlich Bildungsfreistellungsgesetze in allen Ländern, auch – dies sage ich ganz deutlich – in Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Zur Unsinnigkeit des Kooperationsverbots habe ich bereits etwas gesagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. 6 Milliarden Euro zusätzlich für unser Bildungssystem, das hat die Bundesregierung versprochen. Aber das Geld reicht hinten und vorne nicht aus. Wollen wir den Anschluss an andere OECD-Staaten nicht verlieren, dann müssen Jahr für Jahr mindestens 40 Milliarden Euro mehr in Schulen, in Kitas, in Hochschulen fließen. Ich sage Euch auch das ganz deutlich: Das lässt sich finanzieren, wenn wir die Steuern auf hohe Vermögen, hohe Erbschaften und Finanztransaktionen erhöhen. (Beifall) In diesem Sinne hoffe ich, dass Ihr dem Leitantrag zustimmt. Lasst uns für diese Punkte gemeinsam kämpfen. Herzlichen Dank. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Elke. – Die nächste Wortmeldung ist die von der Kollegin Wiebke Koerlin von der Gewerkschaft ver.di mit der Teilnehmernummer 359. Sie spricht zum Antrag Ä 001. Du hast das Wort, Wiebke.

Wiebke Koerlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich spreche für den Änderungsantrag, aber ich spreche zu zwei Themen. Ich möchte nämlich noch ein wenig auf den Antrag C 001 eingehen und dann aber auch begründen, warum ich meine, dass es zum Thema

politische Bildung auch noch mal eine klare Aussage der Gewerkschaften und des DGB geben muss, auch dort Ressourcen bereitzustellen.

Elke hat ja in einer wunderbaren Art und Weise jetzt schon sehr vieles dazu gesagt. Aber Wiederholungen über die Notwendigkeit der Bildung können eigentlich nicht schaden.

Bildung ist ein Grundrecht. Es ist das Recht jedes einzelnen Individuums, sich zu einem autonomen, selbstbewussten Menschen zu entwickeln. Bildung erst ermöglicht die Teilhabe an den Errungenschaften der menschlichen Kultur, und Bildung verhindert letztlich, dass Gesellschaften und die Menschheit wieder zurückfallen in eine Zeit ohne Menschlichkeit und ohne Kultur.

Bildung ist die Grundlage für Perspektiven, Chancen und Teilhabe. Die Bildung ist zentraler Faktor für die Gesellschaften in allen Perspektiven, aber auch für die Weiterentwicklung der Arbeitswelt und der Wirtschaft. Es misst sich auch das Handeln einer Gesellschaft, einer politischen Regierung daran – Elke hat es ausgeführt –, wie viel Geld in Bildung investiert wird. Deutschland hinkt mit 5,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die aufgebracht werden für Bildung, deutlich hinter einem Durchschnitt her, der irgendwo bei 6,7 Prozent liegt.

Als Vertreterin des Fachbereichs Bildung und Wissenschaft der Gewerkschaft ver.di bin ich sehr froh über diesen Beitrag. Der steht nämlich uns im DGB gut an, und zwar deshalb, weil sich dieser Antrag gegen die eklatanten Missstände und Rückstände Deutschlands in der Bildungspolitik und in der Bildungsfinanzierung ausspricht und die soziale Auslese unseres Bildungssystems anprangert, Bildung ganzheitlich in den Fokus stellt. Die Forderungen dienen den Zielen, die wir uns gestellt haben: Chancengleichheit realisieren, Bildungsbeteiligung ermöglichen, Durchlässigkeit verwirklichen und individuelle Förderung verstärken.

ver.di hat mal damit angefangen, zum Thema Bildungsfinanzierung mal den eben auch von Elke erwähnten nachgewiesenen Bedarf von 40 Milliarden Euro jährlich festzustellen. Wir brauchen die zur Stärke der frühkindlichen Bildung, zur Reform des Schulsystems, zur Stärkung der Berufsausbildung, zur Förderung der Weiterbildung, zum nachhaltigen Ausbau der Hochschulen und für Reformen, die Chancengerechtigkeit herstellen.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft und in die Menschen. Finanzierbar ist das – selbstverständlich ist das finanzierbar – durch eine Reform des Steuersystems, durch ein Steuersystem, das mehr Steuergerechtigkeit und endlich einen Zufluss in das Bildungssystem durch wirkliche Steuermehreinnahmen bringt.

Ich habe das jetzt etwas gekürzt, weil Elke schon viel dazu gesagt hat.

Ich komme noch zum Antrag Ä 001. Der Teil „Mehr Investitionen in außerschulische politische Bildung“ beschreibt zu Recht, wie notwendig die politische Bildung ist, und beschreibt die Verantwortung von Bund und Ländern unter anderem für die Zentralen für politische Bildung, also die Verantwortung von Bund und Ländern bei der politischen Bildung. Der Antrag verlangt auch Bildungsfreistellungsgesetze. Auch da schließe ich mich an, dass wir tatsächlich die Forderung an die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg stellen, jetzt schnellstens ein Bildungsfreistellungsgesetz auf den Weg zu bringen, (Beifall) weil wir bisher in allen SPD-geführten Ländern immer die Garantie hatten, dass dort Bildungsurlaubsgesetze gemacht werden. Da ist jetzt dringend etwas zu tun.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften sind aber auch selbst eine wichtige Säule der politischen Bildung, weil wir ja auch Anbieter und Durchführer von politischen Bildungsseminaren sind. Unsere Angebote sind Angebote an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich über wesentliche Entwicklungen der Gesellschaft zu informieren, diese mit Kolleginnen und Kollegen zu reflektieren, auszutauschen und sich individuell und gewerkschaftlich zu orientieren. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit fördert den Mut zu eigenem Handeln, zu einem gesellschaftlichen Handeln, es fördert Solidarität und es befördert den gewerkschaftlichen Diskurs. Angebote wie „Grenzenlose Solidarität - Barrieren und Wege gewerkschaftlicher Zusammenarbeit in Europa“ oder „Aktuelle Probleme der Wirtschaftspolitik – Die Krise ist noch nicht zu Ende“ oder „Rohstoffnachrichten – Wer steuert unser Weltwissen?“ macht kein anderer Anbieter. Da wird nämlich von uns aus Klartext geredet.

Deshalb habe ich noch in diesen Antrag hineingebracht, dass wir wenigstens sagen: Auch die innergewerkschaftlichen Ressourcen sind auszubauen. Ich finde es gut, dass mit dem Antrag andere aufgefordert werden, diesen Bereich zu stärken, aber wir selber sollten das auch weiterhin machen. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Wiebke. – Marlis, Du hast das Wort.

Marlis Tepe

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gute Bildung ist für unsere Gesellschaft von zentraler Bedeutung und ist wichtig. Das ist jetzt vom DGB gut und deutlich erklärt. Unser Antrag C 001 ist umfassend und enthält alle Bildungsbereiche. Reiner Hoffmann hat zutreffend darauf hingewiesen, dass wir mehr Investitionen in Bildung brauchen. Bildung ist Voraussetzung für gute menschenwürdige Arbeit.

Aber ich möchte das betonen, was Andreas Keller schon bei der Einführung gesagt hat, was Elke aufgegriffen hat und die Kollegin von ver.di auch. Für uns als GEW ging es darum, dass wir Bildung als Menschenrecht in den Vordergrund stellen und dass dieses für uns ein wesentlicher Aspekt ist. Deswegen hat auch der Antrag eine neue Überschrift bekommen, die wir hineinverhandelt haben. Es geht uns nicht darum, die Menschen nur fit zu machen für den Arbeitsmarkt; das kann es nicht sein. (Beifall)

Ich tate sehr gerne in der Bildungsstätte der IG BAU in Steinbach. Da steht „Wer nichts weiß, muss alles glauben.“ Das wollen wir nicht. Wir wollen jeden Menschen fit machen, damit er selbstständig sein Leben gestalten kann, Teilhabe besitzt, damit alle nicht nur die Überschriften in den Zeitungen lesen können, sondern auch verstehen, was in den Zeitungen steht.

Dafür müssen wir viel tun. Es gibt große Aufgaben bei den 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten. Deswegen brauchen wir Investitionen in die Bildung. Das sagt der DGB.

Wir als GEW sagen: Bildungsfinanzierung ist ein Menschenrecht. Wir brauchen mehr Geld für Bildung. (Beifall)

Um dieses Recht umzusetzen, bedarf es der gemeinsamen Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Ich will ein Beispiel aus meinem örtlichen Heimatbereich nennen. Fließendes Wasser an Schulen ist ja bei uns eigentlich selbstverständlich. An der Schule, für die ich auch als Kommunalpolitikerin zuständig bin, fließt bei Starkregen das Wasser an der Außenwand entlang. Wenn Ihr Eltern seid, wenn Ihr Großeltern seid, wenn Ihr Euch in Eurer Kommune um die Schule, die Kita oder die Hochschule kümmert, wisst Ihr, dass die Bildungseinrichtungen in einem katastrophalen Zustand sind. Wir brauchen viel Geld, wir brauchen viel Investitionen für den Bau von Kitas.

Wir benötigen natürlich auch Geld, damit die Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden können. Wir wollen auch, dass die Grundschullehrerinnen ein Recht auf eine bessere Bezahlung haben. Die Grundschullehrerinnen haben die meisten Unterrichtsstunden und verdienen das wenigste Geld. Das kann auch nicht sein. (Beifall)

Wir möchten - das haben Elke und meine Vorrednerin schon angesprochen - alle mitnehmen und niemanden zurücklassen. Das ist unser Ziel. Wir kämpfen für ein inklusives Bildungswesen. Das kann aber nicht auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen werden. Dafür brauchen die Kolleginnen und Kollegen Ausbildung, Fortbildung und weniger Unterrichtsverpflichtung. Das kostet natürlich Geld. Alle unsere Wünsche an das Bildungswesen kosten Geld. Es kommt jetzt darauf an, dass wir das gemeinsam anpacken.

Auf unserem Gewerkschaftstag habe ich den Politikern, die in ihren Sonntagsreden alle für Bildung gekämpft haben, gesagt: Die Wahrheit liegt auf dem Platz. Die Wahrheit lag auf dem Platz, denn im Koalitionsvertrag ist die Bildung ziemlich weit hinten heruntergefallen. Das wollen wir uns nicht gefallen lassen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Beim Mindestlohn und der Rente befinden wir uns schon im Gesetzgebungsverfahren. Im Bildungsbereich fehlt das vollständig. Für das BAföG müssen wir erst eintreten und für eine gute Kitaqualität müssen wir ein Kitagesetz auf den Weg bringen. Das fehlt uns noch. (Beifall)

Über das Kooperationsverbot hat Elke ausreichend gesprochen. Ich glaube, das müssen wir nicht noch einmal besprechen.

Die Frage, wie viel Geld wir in die Bildung investieren wollen, wird im Zusammenhang mit der Frage nach einem handlungsfähigen Staat eine große Rolle spielen. Deswegen gehe ich darauf jetzt nicht ein.

Es kommt darauf an, dass wir hier alle gemeinsam kämpfen. Ich habe aus der Grundsatzrede von Reiner Hoffmann, der nach meiner Wahrnehmung vier Punkte genannt hat - Neuordnung der Arbeit, gesunde Arbeitsplätze, Bildung und Mitbestimmung mitgenommen -, dass wir die Bildung als Schwerpunkt betrachten. Das gilt für alle Gewerkschaften, nicht nur die

GEW. Es darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern wir müssen dem auch Taten folgen lassen. Dafür sind wir auf die gemeinsame Arbeit aller Gewerkschaften angewiesen.

Der Antrag C 001 ist für Euch an allen Stellen, an denen Ihr für eine gute Bildung eintreten könnt, eine richtig gute Grundlage, ein richtig gutes Argumentationspapier. Stimmt diesem Antrag zu und kämpft mit uns dafür, dass Bildung und Bildungsgerechtigkeit in dieser Welt umgesetzt werden. Wir wollen, dass auch Arbeiterkinder studieren können. Das haben auch viele Kolleginnen und Kollegen, die hier kandidiert haben, mit Blick auf ihr Leben gesagt. Wir wollen Bildungsgerechtigkeit, Bildung für alle. Das kostet Geld. Dafür brauchen wir Eure Zustimmung. - Danke schön. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke schön, Marlis. - Es liegen noch weitere Wortmeldungen vor. Zunächst spricht der Kollege Klaus Böhme von der Gewerkschaft ver.di, Teilnehmernummer 360. Er spricht zum Antrag C 023. - Klaus, Du hast das Wort.

Klaus Böhme

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich glaube, alle unsere Einzelgewerkschaften sind im weitesten Sinne Bildungsgewerkschaften. Da gilt halt nicht der Grundsatz: Es kann nur eine geben. Ihr braucht keine Angst zu haben: Ich werde nicht versuchen, mit Euch darüber zu diskutieren, wie sinnvoll oder unsinnig der Religionsunterricht ist. Ich bin mir schon darüber im Klaren: Wir sind hier auf einem Gewerkschaftskongress und nicht in einer Synode.

Ich stoße mich ein bisschen an der Empfehlung der Antragsberatungskommission. Ich stoße mich daran, obwohl ich als Mitglied der Kongressleitung auf den beiden letzten Kongressen mit jeweils etwas mehr als 1.500 Anträgen weiß, wie froh man über Erledigungsempfehlungen sein muss.

Der Antrag C 001 ist ein hervorragender Antrag, der selbstverständlich unsere Zustimmung findet. Er ist auch ein umfassender hervorragender Antrag. Dennoch ist es nicht nur mir selbst bei intensiver Suche nicht gelungen, dort Hinweise darauf zu finden, wie denn mit konfessionellen Angeboten in der Bildung umgegangen werden soll, oder Aussagen zum Religionsunterricht zu finden.

Ich halte das Thema, weil es sich dort nicht wiederfindet, für nicht abschließend bearbeitet. Es gibt da sicherlich noch eine Menge offener Fragen, etwa auch die Prüfung von alternativen Möglichkeiten. In einigen Bundesländern gibt es ja die Wahlmöglichkeit zwischen Religionsunterricht und beispielsweise Ethikunterricht, um nur eine der möglichen Alternativen aufzuzeigen.

Ich bitte daher eindringlich darum, nicht die Empfehlung „erledigt“ bei Annahme des Antrags C 001 stehen zu lassen, sondern den Antrag C 023 als Material an den DGB-Bundesvorstand zu beschließen, damit dort die letzten Aspekte und alternativen Möglichkeiten weiter geprüft und bearbeitet werden können. - Herzlichen Dank. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke schön, Klaus. - Als nächster Redner hat Eberhard Brandt von der Gewerkschaft GEW, Teilnehmernummer 86, das Wort.

Eberhard Brandt

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung ist kein Spezialthema der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, sondern hat einen allgemeingesellschaftlichen Rang und betrifft alle Einzelgewerkschaften. Das wird an drei Punkten deutlich, bei denen sogar Unternehmerverbände gemeinsam mit den Gewerkschaften Forderungen erheben. Das ist der Bereich frühkindliche Bildung, Anspruch auf einen Ganztagsplatz, kein Abspeisen mit stundenweiser Betreuung oder Tagesmüttern. Der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, aus dem ich komme, sagt: Er hat noch nie so viele Briefe von Unternehmen bekommen, die beinhalten, dass der Staat in dieser Frage bisher versagt hat, weil man bei den Beschäftigungen an Grenzen stößt. Es stehen nicht genügend gut qualifizierte Beschäftigte zur Verfügung, weil die Kinderbetreuung fehlt. Wir wollen aber keine Betreuung, sondern alle Eltern erwarten heute ein qualitativ hochwertiges Angebot. Wenn eine Erzieherin und eine halbwegs ausgebildete Kraft mit sieben oder acht Kleinkindern zu tun haben, dann ist das eine grenzenlose Überforderung. Es kann ja auch eine Kraft mal krank werden. Die Erwartungen der Eltern gehen weit über das hinaus, was die Politik leistet.

Genauso ist es auch im Bereich der Ganztagschulen. Ganztagschulen mit 24.000 Fällen von Schwarzarbeit im Landesdienst, das war in Niedersachsen ein Skandal. Eltern erwarten nicht Betuttelung am Nachmittag, sondern ein qualitativ hochwertiges Angebot. Das ist in den Ländern nicht ausfinanziert. Dafür fehlen den Ländern jetzt schon die Mittel.

Aber das ist ja nicht alles. Elke Hannack hat vorhin auf die notwendigen Anstrengungen für ein anderes Übergangssystem hingewiesen, damit alle Jugendlichen auch wirklich einen Ausbildungsplatz in der dualen Ausbildung bekommen. Wir wissen, dass die Hochschulen nicht ausfinanziert sind. Darum ist im Antrag C 005, den wir in Niedersachsen durch die Bezirksdelegiertenkonferenz gestellt haben, die entscheidende Aussage: „Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD versagt gegenüber der Aufgabe, die chronische Unterfinanzierung der Bildung in Deutschland zu beenden und die Länder mit den erforderlichen Mitteln auszustatten.“ Diese Aussage müssen wir hier treffen. Das ist eine zentrale Kritik an der Tätigkeit, an dem Nichthandeln der großen Koalition. (Leichter Beifall)

Bei den angekündigten 6 Milliarden Euro - das habt Ihr vorhin gehört - hat der CDU-Vertreter schon rumgeeiert. Er hat von „mehr als 5 Milliarden“ gesprochen. Frau Wanka sagt, sie brauche auch direkt noch etwas davon. Wie viel bei den Ländern ankommt, ist also völlig unklar. Elke Hannack hat völlig zu Recht vorhin darauf hingewiesen, dass die 6 Milliarden Euro ohnehin eine falsche Dimension sind. Sie hat zu Recht gesagt: Bei 40 Milliarden Euro fängt der Spaß erst an. Darum müssen wir fordern - so sagt es dieser Antrag -, den Kurs in der Bildungsfinanzierung nicht irgendwann, sondern sofort zu verändern und die Einnahmesituation der Länder so zu verbessern, dass sie ihre Aufgaben in der Bildung erfüllen können.

Ich will noch darauf hinweisen, dass die Länder jetzt schon massiv ächzen unter der Last der Schuldenbremse. Wenn jemand glaubt, dass durch sprudelnde Steuereinnahmen, von denen ja in der Tagespresse zu lesen ist, die Finanzlage der Länder zur Finanzierung der Bildung und anderer Aufgaben verbessert würde, der irrt. In allen Bundesländern müssen bei der Aufstellung der Etats, die gerade im Gang ist, alle Ressorts ihren sogenannten Konsolidierungsbeitrag leisten. Das ist der vornehme Ausdruck für Kürzungen. Bei den Ländern sprudelt also überhaupt nichts. Da muss sich grundlegend etwas ändern. Das ist das Ziel dieses Antrags. Ich bitte Euch um Unterstützung. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Wir haben noch eine Wortmeldung. Ich rufe jetzt auf Lothar Gritschke von der Gewerkschaft ver.di, Teilnehmernummer 393. Er spricht zum Antrag C 001.

Lothar Gritschke

Grüß Gott, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Lothar Gritschke. Ich komme aus dem schönen Frankenland, aus Nürnberg. Ich bin Mitglied der Gewerkschaft ver.di und dort im Fachbereich 12, Handel. Ich möchte etwas sagen zur beruflichen Bildung und zur Berufsausbildung, weil uns das im Handel besonders beschäftigt.

Sigmar Gabriel und auch Elke Hannack haben vorhin darauf hingewiesen, dass man nicht so viel über Fachkräftemangel reden soll, sondern dass man wieder ausbilden soll und darüber den Fachkräftemangel beseitigen kann. Man soll unsere Jugendlichen gut ausbilden und qualifizieren, ihnen also eine wirklich gute fachliche Berufsausbildung garantieren.

Ich habe mich auch aus einem anderen Grund noch genötigt gesehen, hier zu reden. Wir dürfen nicht nur die Punkte aus dem Antrag, die richtig sind, in Betracht ziehen, sondern müssen als Gewerkschaften und als DGB auch hergehen und die Arbeitgeber und die Unternehmen in die Verantwortung nehmen. Sie müssen sich verantwortlich fühlen und für eine gute fachliche Qualifizierung in der Ausbildung sorgen und nicht immer sagen, die Schulabgänger seien gar nicht geeignet, die könnten sie gar nicht ausbilden, die hätten so viele Defizite. Früher war es so, dass die Arbeitgeber und Unternehmen auch diese Verantwortung in der betrieblichen Ausbildung wahrgenommen und nicht gejammert haben. Wir müssen die Arbeitgeber auf diese soziale und gesellschaftliche Verantwortung wieder aufmerksam machen und sie auffordern, die Schulabgänger zu qualifizieren und ihnen gute Ausbildungsplätze anzubieten. (Beifall)

Zu guter Letzt: Was nützt eine qualifizierte Ausbildung, wenn ich nach dieser Ausbildung nicht oder nur befristet übernommen werde? Wir müssen uns gemeinsam für Regelungen einsetzen und die Arbeitgeber dazu bringen, die gut ausgebildeten Fachkräfte auch zu übernehmen, anstatt darüber zu jammern, dass es keine Fachkräfte gibt. - Danke.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Lothar. - Jetzt kommen wir noch einmal zur Antragsberatungskommission. Wünscht Ihr das Wort?

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Vielen Dank, Melanie. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für die engagierte Diskussion. Wir als Antragsberatungskommission haben eine Zustimmung und Einverständnis zu unseren Empfehlungen herausgehört, bis auf einen Punkt, an dem es einen Widerspruch gab. Wenn ich so in die Runde schaue, stelle ich fest, dass Ihr alle noch frisch aussieht und noch nicht sofort eine Pause braucht. Wir waren flexibel, haben uns nebenher schon abgestimmt und schlagen Euch nun bei

einer Empfehlung eine Veränderung vor. Es betrifft die Empfehlung zum Antrag C 023, „Religionsfreie Schule“, Antrag des Bezirksvorstands Nord. (Vereinzel Beifall)

Wir haben in der Antragsberatungskommission in der Tat auch schon über die Frage diskutiert, die hier aufgeworfen ist. Wir haben festgestellt, dass natürlich der Antrag von der Richtung her genau die Diskussion der Gewerkschaften aufgreift, dass die Trennung von Staat und Kirche in Deutschland noch nicht vollzogen ist. Wir haben keine säkulare Bildung. Wir haben insbesondere im Schulsystem noch das Problem, dass der Religionsunterricht Pflichtfach ist.

Auf der anderen Seite haben wir in der Debatte aber auch zur Kenntnis genommen, dass es einzelne Regionen in Deutschland gibt, in denen die konfessionellen Träger, die Kirchen, in Bildungseinrichtungen insbesondere im frühkindlichen Bereich eine ganz große Rolle spielen. Dort haben Eltern immer noch nicht die Wahlmöglichkeit, ob sie zu einer kirchlichen oder einer anderen Einrichtung gehen. Insbesondere der zweite Teil des Antrages, der auf eine konfessionsfreie Erziehung abzielt, wirft das Problem auf, dass wir nicht über Nacht ein solches Wahlrecht für Eltern schaffen können.

Das alles hatten wir schon reflektiert. Wir nehmen aber jetzt den Hinweis des Kollegen Klaus Böhme zum Anlass, an der Stelle unsere Empfehlung zu ändern, und zwar wie folgt: Wir empfehlen nicht mehr Erledigung, sondern wir empfehlen eine Annahme als Material in geänderter Fassung an den DGB-Bundesvorstand, also nicht Material zu dem Antrag C 001, sondern direkt an den Bundesvorstand in geänderter Fassung. Wir möchten gern das Wort „öffentlich“ in Zeile 1 streichen. Das ist die logische Konsequenz. Wir sagen, wir möchten dem Bundesvorstand die Möglichkeit geben, sich mit diesem Problem zu beschäftigen und auch eine tragfähige Lösung zu erarbeiten. Das sollte auch nicht gleich vom ersten Tag an öffentlich geschehen.

Ich fasse zusammen. Der Text würde dann lauten: „Religionsfreie Schule“ als Überschrift. Dann: „Der DGB wirkt darauf hin, dass der Religionsunterricht kein Pflichtfach mehr an öffentlichen Schulen ist und Erziehung in Kindereinrichtungen konfessionsfrei erfolgt.“ Dieser Satz sollte als Material an den DGB-Bundesvorstand überwiesen werden; so unsere Empfehlung. - Danke schön. (Vereinzel Beifall)

Alle anderen Empfehlungen wären unverändert. Die trage ich nicht noch einmal vor. Das ist, glaube ich, in Eurem Sinne.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke schön, Andreas. - Gibt es hierzu jetzt noch Diskussionsbedarf? - Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann würden wir zur Abstimmung kommen. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! Enthaltungen? - Der Empfehlung ist einstimmig gefolgt. Vielen Dank. (Vereinzel Beifall)

Dann rufe ich nun die Anträge C 002 und C 006 gemeinsam auf und bitte Andreas um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Antragsberatungskommission

Vielen Dank, Frau Tagungspräsidentin. (Vereinzel Heiterkeit)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Das ist sehr nett, danke. Aber Du darfst auch Melanie sagen. Das ist okay. (Heiterkeit und Beifall)

Andreas Keller, Antragsberatungskommission

Ich habe ein bisschen versucht, mir zusätzliche Sympathien des Präsidiums zu erringen. Denn jetzt wird es nochmals etwas kompliziert. Nicht der Antrag ist kompliziert, sondern - das sage ich ganz offen - die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist komplex. Deswegen muss ich die kurz erläutern. Aber Ihr werdet sehen: Sie ist stichhaltig.

Ich nenne Euch die Empfehlung zu dem Antrag C 002. Das ist ein Antrag der DGB-Jugend mit der Überschrift: „Für eine gute Bildung“. Dieser Antrag - das war unsere Auffassung - entspricht in vielen Aspekten dem Leitantrag C 001. In einigen Aspekten, etwa zum Stichwort „duales Studium“, haben wir bereits Arbeitsprozesse beim DGB. Es gibt andere Themen, etwa Praktika oder Chancen für benachteiligte junge Menschen auf Zugang zu Ausbildung, die im Antrag C 001 enthalten sind. Teilweise gehen die Vorschläge darüber hinaus. Wir empfehlen heute, dass wir nur die Punkte beschließen, die in dem Antrag C 001 nicht bereits angesprochen sind - das ist, glaube ich, ganz logisch -, um nicht zu einer Doppelung zu kommen.

Vielleicht nehmt Ihr Euch den Antrag vor. Die Empfehlung lautet folgendermaßen - ich muss vortragen, was das im Einzelnen heißt -: Wir empfehlen für die Zeilen 1 bis 711 - das steht in der rechten Spalte - die Erledigung bei Annahme von Antrag C 001, und zwar aus den Gründen, die ich gerade genannt habe: weil die Aspekte ganz überwiegend in C 001 enthalten sind.

Den Rest, Zeilen 712 bis 1085, empfehlen wir zur Annahme in geänderter Fassung. Wenn Ihr jetzt weiterlest, seht Ihr die Erläuterungen, was die geänderte Fassung im Einzelnen bedeutet. Das sind drei Vorschläge, wie die Annahme in geänderter Fassung erfolgen soll.

Der erste Vorschlag zur Annahme in geänderter Fassung ist, dass wir die Zeilen 777 bis 782 in der Weise verändern, dass die durchgestrichenen Textpassagen herausgestrichen werden sollen. Das ist die Textpassage: „die, wenn keine tarifvertraglichen Regelungen greifen, mindestens mit 12,40 Euro pro Stunde vergütet werden“. Das ist der letzte Halbsatz in diesem Absatz. Es geht um die Praktika von Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Ausbildung oder eines Hochschulstudiums, also um Kolleginnen und Kollegen, die schon ausgebildet sind. Wie verhalten wir uns dazu? Aufgrund der gestrigen Beschlusslage zum Block A zum Thema Mindestlohn - das wird Euch einleuchten - würde es nicht zusammenpassen, wenn an dieser Stelle plötzlich ein anderer Betrag in die Debatte eingeführt wird. Deshalb sollte dieser letzte Halbsatz gestrichen werden.

Der zweite Unterpunkt zur Annahme in geänderter Fassung bezieht sich auf einen größeren Textblock, nämlich die Zeilen 784 bis 1051. Diese Zeilen möchten wir komplett ersetzen, also streichen und ersetzen durch die Textpassagen, die hier fettgedruckt kommen. Das sind die Ausführungen zu „Für gleiche Zugangschancen zur Ausbildung“, zu „Für eine verlässliche Ausbildungsstatistik“, zum Thema „Für eine gute Ausbildungsvergütung“, zum Thema „Für eine Ausbildungsumlage“, also die fettgedruckten Texte in der rechten Spalte auf den ersten drei Seiten des ausgedruckten Antrages. Diejenigen, die die Empfehlung und auch den Antrag aufmerksam gelesen haben, haben bemerkt: Wir, die Antragsberatungskommission, haben uns nicht einfach Texte aus den Fingern gesogen, sondern wir haben Texte teilweise wörtlich, teilweise sinngemäß, teilweise auch verändert aus den in den Zeilen 1 bis 711 für erledigt erklärten Textkorpus entnommen. Das ist sozusagen das Komplizierte daran. Wir haben darauf verzichtet, das alles transparent zu machen. Ich denke, der Bundesjugendausschuss wird das festgestellt und im Einzelnen gemerkt haben, wie wir es übernommen haben. Das ist vielleicht zu unserer Ehrenrettung an dieser Stelle zu sagen: Die Aufgabe der Antragsberatungskommission ist nicht, einen anderen Antrag zu schreiben. Wir haben uns da bedient, aber entsprechend umgestellt.

Jetzt komme ich zum dritten und letzten Bestandteil unserer Empfehlung zur Annahme in geänderter Fassung des zweiten Teils des Antrages. Das findet Ihr auf der Seite 3. Unter dem Fettgedruckten kommt etwas Magergedrucktes in der rechten Spalte: Zeilen 1053 bis 1085. In den Zeilen 1053 bis 1085 soll die durchgestrichen markierte Textpassage gestrichen werden. Die allerletzte Seite des Antrages soll gestrichen werden - das sind die Zeilen 1076 bis 1086 -, während der Rest in den Zeilen 1053 bis 1085 erhalten bleibt. Das vielleicht noch mal zur Klarstellung. So war es gemeint.

Das ergibt insgesamt die Empfehlung zu diesem Antrag des Bundesjugendausschusses, eine zweigeteilte Empfehlung - ich fasse zusammen -: die Zeilen 1 bis 711 für erledigt zu erklären bei Annahme von Antrag C 001 und ab Zeile 712 bis zum Schluss Annahme in geänderter Fassung, wie ich es gerade erläutert habe. Ich hoffe, es ist jetzt transparent geworden. - Danke schön.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke schön, Andreas. - Uns liegt hierzu eine Wortmeldung vor von der Kollegin Stefanie Holtz von der Gewerkschaft IG Metall mit der Teilnehmernummer 188. Stefanie, Du hast das Wort.

Stefanie Holtz

Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne am Anfang meines Redebeitrages zwei Sätze zu meiner Person sagen. Mein Name ist Stefanie Holtz. Ich bin ehrenamtlich in der IG Metall und auch in der DGB-Jugend aktiv. Ich studiere an der ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, welche vielen von Euch vielleicht noch ein Begriff ist. Ebenfalls bin ich Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

Zu allererst möchte ich mich bei der Antragsberatungskommission herzlich bedanken, dass sie diesen für uns als Jugend ziemlich geschichtsträchtigen Antrag von der letzten Bundesjugendkonferenz so intensiv besprochen hat. Wir finden es gut, dass wichtige Punkte, die uns und sicher nicht nur uns, der Jugend, am Herzen liegen, mit in den Leitantrag C 001 genommen wurden.

Des Weiteren begrüßen wir es, dass es mit diesem Antrag eine klare Beschlusslage für Verbesserungen im dualen Ausbildungssystem gibt, unter anderem für die Debatte um eine existenzsichernde Ausbildungsvergütung und auch für eine Umlagefinanzierung.

Ein wichtiger Punkt für uns als Gewerkschaftsjugend ist auch die Demokratisierung der Hochschule. Dies ist Thema im letzten Abschnitt des Antrages. Die Antragsberatungskommission empfiehlt hier die Streichung der konkreten Arbeitsaufträge an den DGB-Bundesvorstand, da es formal keinen Sinn ergibt, dies hier zu beschließen. Es wurde uns auch erläutert. Nichtsdestotrotz stecken in den letzten Zeilen wichtige Punkte, unter anderem die Zusammenarbeit mit den Vertrauensdozenten der Hans-Böckler-Stiftung.

Leider haben wir es versäumt, fristgerecht einen Änderungsantrag einzureichen. Daher möchte ich gerne einen Änderungsvorschlag für die Empfehlung der Antragsberatungskommission unterbreiten. Es würde uns gut gefallen, wenn es nicht ganz hinten runterfällt. Deswegen möchten wir gerne ab der Zeile 1075 folgende Textpassage einfügen - es sind drei Sätze; ich lese sie vor -:

„Der DGB sollte das Angebot für studentische Interessenvertretungen fortführen und ausbauen, damit eine weitere Demokratisierung der Hochschulen erreicht wird. Die Präsenz des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften an Hochschulen müsste verstärkt werden, da es wichtig ist, die Studierenden schon während des Studiums für Arbeitnehmerinteressen zu sensibilisieren. Darüber hinaus ist es wichtig, dass der enge Kontakt zu der Hans-Böckler-Stiftung erhalten bleibt und die Zusammenarbeit zwischen dem DGB und den Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten sowie den Stipendiatinnen und Stipendiaten weiterhin gestärkt wird.“

Das ist der konkrete Textvorschlag, den wir hierzu haben. Dieses Thema liegt uns sehr am Herzen, weil sich die Stipendiatenschaft der Hans-Böckler-Stiftung in den letzten Jahren doch ein wenig geändert hat. Das liegt zum einen daran, dass es die Aktion Bildung gibt. Es ist sehr gut, dass das gemacht wurde, weil dadurch vielen jungen Menschen zusätzlich noch einmal die Chance gegeben wurde, ein Stipendium zu bekommen. Dennoch ist es wünschenswert, dass der DGB die bereits gute Zusammenarbeit mit den Vertrauensdozentinnen und auch den Stipendiaten weiter ausbaut und gerade auch den Kommilitonen, welche noch keinen Berührungspunkt zum DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften hatten, für deren Wichtigkeiten sensibilisiert.

Liebe Mitglieder der Antragsberatungskommission, bitte kommt unserem Änderungswunsch nach. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns dann gemeinsam für die Annahme der Empfehlung der Antragsberatungskommission stimmen. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Stefanie.

Ich frage jetzt noch einmal die Antragsberatungskommission: Möchtet Ihr das Wort? – Das ist der Fall.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Melanie! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst muss ich ein Versäumnis nachholen. Ich glaube, das passt an dieser Stelle. Ich hatte nämlich vergessen, Euch noch vorzutragen, dass wir zum Antrag C 006, den Du richtigerweise vorgetragen hattest, empfehlen: Erledigung bei Annahme von C 002, über den gerade diskutiert wird. Ich muss also noch nachtragen, dass dieser Antrag zur Ausbildungsquote vom Bezirksvorstand Hessen-Thüringen von uns zur Erledigung empfohlen wird.

Jetzt zu der Sache selbst. Zunächst danke ich Dir für Deinen Redebeitrag, Stefanie, und auch für die Anerkennung, dass wir es, obwohl wir ein wenig den Rotstift angesetzt haben, doch geschafft haben, den Antrag in Eurem Sinne zu verdichten und die wesentlichen Punkte herauszuarbeiten.

Es ist aber Kritik an der letzten Seite des Antrags geübt worden. Die Antragsberatungskommission hatte – auch das hast Du schon formuliert – an der Stelle gesagt, das passe von der Darstellung her nicht zu dem, was insgesamt von dem Antrag übrig bleibt, konkrete Arbeitsaufträge an den DGB-Bundesvorstand zu formulieren.

Wenn ich jetzt den Text, den Du gerade vorgetragen hattest und der mir nun auch vorgelegt worden ist, anschau, dann muss ich sagen, dass auch dieser Text bestimmte Inhalte enthält, die wohl nicht einfach auf Zuruf von dem Kongress verabschiedet werden können. So wird etwa gesagt, der DGB solle ein Angebot für studentische Interessenvertretungen fortführen

und ausbauen. Ich weiß, dass der DGB hier schon aktiv ist. Aber will er mehr tun, kann er mehr tun? Das ist auch mit finanziellen Fragen verbunden. Das alles ist sehr schwierig.

Ich will hier also gar nicht das formale Argument überstrapazieren, dass Ihr natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie alle Delegierten die Gelegenheit gehabt hättet, einen Änderungsantrag einzureichen. Du hattest ja schon selber eingeräumt, dass Ihr das versäumt habt; deshalb will ich darauf jetzt nicht weiter herumreiten, sondern wirklich nur inhaltlich anführen, dass es schwierig wäre.

Flexibel, wie wir sind – Ihr hattet ja schon die Pause –, haben wir uns kurz darauf verständigt, unsere Empfehlung dennoch zu ändern, und zwar in einem Punkt. Wir ändern die schon komplizierte Empfehlung in einem weiteren Punkt. Wir schlagen vor, dass die Zeilen 1076 bis 1085, also die gesamte Seite 24, nicht gestrichen wird, sondern als Material an den Bundesvorstand überwiesen wird. (Beifall)

Das hätte dann die Folge, dass über diese Fragen, auch über die Machbarkeit im Dialog mit der Jugend noch diskutiert werden kann und wir uns jetzt hier nicht ad hoc auf eine Formulierung festlegen müssen, die außer mir hier vorne und außer der Stefanie, die das vorgelesen hatte, niemand im genauen Wortlaut kennt.

Nein, wir haben uns zwar Mühe gegeben und uns flexibel gezeigt. Aber ich höre gerade, dass unsere Flexibilität in einem Punkt Fehler erzeugt. Ich muss mich deshalb korrigieren:

Wir möchten doch besser die Formulierung aufgreifen, die Stefanie vorhin vorgetragen hat. Wir empfehlen, dass die vorgelegenen Sätze als Material an den Bundesvorstand überwiesen werden. Es bleibt also bei der Streichung der Zeilen 1076 bis 1085. Und wir fügen als Empfehlung als Material an den Bundesvorstand folgende Sätze an:

„Der DGB sollte das Angebot für studentische Interessenvertretungen fortführen und ausbauen, damit eine weitere Demokratisierung der Hochschulen erreicht wird. Die Präsenz des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften an Hochschulen müsste verstärkt werden, da es wichtig ist, die Studierenden schon während des Studiums für Arbeitnehmerinteressen zu sensibilisieren. Darüber hinaus ist es wichtig, dass der enge Kontakt zu der Hans-Böckler-Stiftung erhalten bleibt und die Zusammenarbeit zwischen dem DGB und den Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten sowie der Stipendiatinnen und Stipendiaten weiterhin gestärkt wird.“

Dies ist also der Text, den wir gerne als Material an den Bundesvorstand überweisen würden. (Beifall)

Ich hoffe, es ist jetzt allen transparent geworden; denn ich weiß, es ist eine Zumutung, einen solch langen Text einfach nur vorzulesen. Aber er wurde jetzt zweimal vorgelesen und ist Material. Ich hoffe, Ihr könnt das so akzeptieren.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Andreas.

Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Gibt es hierzu noch Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission einstimmig gefolgt worden. (Beifall)

Ich rufe nun den Antrag C 004 auf und bitte Andreas wieder um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Danke, Melanie, und danke, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Ihr gerade diese spontanen Umstellungen mitgemacht habt. Bei dem Antrag C 004 ist es nicht erforderlich, eine solche Übung zu machen.

Der Antrag C 004 kommt vom Bezirksvorstand Nord und trägt die Überschrift „Ob aus Deutschland, Europa, der Welt: Gute Ausbildung für alle!“ Dieser Antrag entspricht übrigens – das haben wir festgestellt – den vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften formulierten Qualitätskriterien für das Programm „MobiPro EU“, bei dem es um die Ausbildung europäischer Jugendlicher in Deutschland geht. Wir empfehlen Euch, diesen Kriterien, die hier formuliert werden, zuzustimmen, also den Antrag anzunehmen.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Andreas. Wortmeldungen liegen derzeit nicht vor. Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission so folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe bitte. – Enthaltungen? – Dann wurde der Empfehlung der Antragsberatungskommission einstimmig gefolgt.

Ich rufe den Antrag C 007 auf und bitte wieder um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, C 007 „Aktualisierung der Prüfungsfragen (PAL)“ ist ein Antrag des DGB-Jugendausschusses. Dieser Antrag ist – das haben wir in der Beratung der Antragsberatungskommission festgestellt – allgemein gehalten. In dieser Form würden wir ihn nicht zur Zustimmung empfehlen. Wir haben festgestellt, dass bereits heute in den Fachausschüssen, die die Prüfungsfragen überarbeiten, zahlreiche ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften mitarbeiten, dass wir auch bereits Schulungen als Gewerkschaften anbieten, dass die Gewerkschaften auch im Hauptausschuss vertreten sind, wo über die Prüfungsfragen entschieden wird, dass wir aber dennoch gerne diesen Impuls aufgreifen würden. Deswegen empfehlen wir, den Antrag als Material an den DGB-Bundesvorstand zur weiteren Bearbeitung zu überweisen. – Danke schön.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke schön, Andreas. – Ihr habt nun die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Mir liegen hierzu keine Wortmeldungen vor. Daher kommen wir auch hier sofort zur Abstimmung. Wer der Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist der Empfehlung einstimmig so gefolgt.

Ich rufe den Antrag C 008 auf und bitte Andreas um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Vielen Dank, Melanie. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag C 008 „Sofortige Einsicht in abgelegte Prüfungen“ stammt ebenfalls vom DGB-Jugendausschuss. Wir haben diesen Antrag geprüft und schlagen Euch vor, eine Änderung vorzunehmen, und zwar in den Zeilen 1 bis 8. Denn uns ist aufgefallen, dass die Formulierungen, wie sie vorliegen, noch nicht ganz so präzise und weitgehend sind, wie sie eigentlich sein müssten. Es kommt also auch einmal vor, dass die Antragsberatungskommission einen Antrag der Jugend für nicht weitgehend genug hält. Das ist in diesem Fall so. Wir schlagen folgenden Text vor – ich lese das vor - : „Der DGB setzt sich für eine Regelung ein, die es Prüfungskandidat/innen der beruflichen Aus- und Weiterbildung der zuständigen Stellen und Handwerkskammern erleichtert, ihre Prüfungsunterlagen nach Bekanntgabe der Ergebnisse einzusehen. Zurzeit ist dies nur unter erheblichem bürokratischem Aufwand möglich, wohingegen es an Hochschulen einfacher ist, Einsicht in solche Prüfungen zu erhalten. Die Unentgeltlichkeit muss gewährleistet sein.“ Hier sind vor allem zwei Aspekte von uns noch hervorgehoben worden: dass wir neben den Kammern auch weitere zuständige Stellen, etwa staatliche Stellen, benennen und dass wir außerdem Hochschulen als Überbegriff für Universitäten und andere Hochschulen eingeführt haben. Fazit: Unsere Empfehlung lautet Annahme in geänderter Fassung, wie von mir vorgetragen und ausgedrückt. – Danke schön.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Andreas. – Ihr habt nun die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Daher kommen wir auch hier direkt zur Abstimmung. Wer der Empfehlung so folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! - Enthaltungen? – Mit 1 Gegenstimme ist dann der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt.

Ich rufe Antrag C 011 auf und bitte Andreas um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Vielen Dank, liebe Melanie. – Der Antrag C 011 kommt wiederum vom Bundesjugendausschuss. Die Betreuung von schwangeren Auszubildenden soll verbessert werden. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollen ebenfalls für die Gruppe der schwangeren Auszubildenden sensibilisiert werden. Wie fast alle Anträge, die von der Jugend kommen, hat uns auch dieser überzeugt, sodass wir ihn uneingeschränkt zur Annahme empfehlen möchten. (Vereinzelt Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Andreas. – Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor. Daher kommen wir direkt zur Abstimmung der Empfehlung der Antragsberatungskommission. Wer der Empfehlung so folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! –

Enthaltungen? – Dann ist der Antrag einstimmig so angenommen.

Wir kommen zu Antrag C 013. Andreas, bitte die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag C 013 kommt auch – hört, hört! – vom Bundesjugendausschuss, „Stipendienprogramme mit Beteiligung des Bundes“ heißt er. Das ist ein gutes Beispiel, wo auch das Frühwarnsystem der Antragsberatungskommission funktioniert hat, denn in Euren Unterlagen findet Ihr einen rosa Zettel, nämlich mit einer geänderten Empfehlung der Antragsberatungskommission. Wir hatten ursprünglich vorgehabt, diesen Antrag für erledigt zu erklären, haben dann aber bei genauerer Lektüre in unseren umfangreichen Beratungen, die wir nächstens haben, festgestellt: Moment, in dem C 001 ist dieses Thema doch nicht angesprochen. – Darum haben wir unsere Empfehlung geändert. Bei dem Thema Stipendienprogramm ist wichtig, dass hier der DGB-Bundeskongress sich mit den Stipendien kritisch auseinandersetzt, insbesondere mit dem Deutschland-Stipendium, das Ihr hier angesprochen habt. Um klarzustellen, dass sich dieser Antrag auf das nationale Stipendienprogramm, auf das Deutschland-Stipendium der Bundesregierung, bezieht, was von uns ständig kritisiert worden ist, aber nicht auf andere Stipendien, die Begabtenförderwerke, etwa die Hans-Böckler-Stiftung, anbieten, schlagen wir Euch eine Annahme in geänderter Fassung vor, in der wir hier diese Ausrichtung deutlich machen. Die würde dann nämlich lauten – ich lese das vor -: „Der DGB lehnt das nationale Stipendienprogramm ab und fordert, dass die Mittel, die für dieses Programm bereits heute eingesetzt werden, für den Ausbau des BAföG verwendet werden.“ Die Zeilen 8 bis 10 können dann gestrichen werden. Wir empfehlen also die Annahme von C 013 in dieser geänderten Fassung. – Danke schön.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Andreas. – Zu diesem Antrag liegt eine Wortmeldung vom Kollegen Simon Habermäß von der Gewerkschaft ver.di mit der Teilnehmernummer 281 vor. Simon, Du hast das Wort.

Simon Habermäß

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Tagespräsidentin! Hohe Vertreterinnen und Vertreter der Antragsberatungskommission! (Heiterkeit – Beifall) Nachdem wir so viele Jugandanträge hatten, zu denen wir nichts gesagt haben, wird es, glaube ich, wieder einmal Zeit, das Wort zu ergreifen.

Wir haben vor einigen Tagen am Lebenslauf, an der Vita von Reiner Hoffmann eindrucksvoll gehört, dass man, auch aus einem Arbeiterhaushalt kommend, sich über den zweiten Bildungsweg an die Hochschule kämpfen kann. Reiner hat erwähnt, dass dort natürlich die Bildungsexpansion, Reformuniversitäten, BAföG, wichtige Bestandteile waren. Leider sieht die gesellschaftliche Realität heute wieder ein Stück weit anders aus. Wo man früher Reform-Unis gegründet hat, um Arbeiterinnen- und Arbeiterkinder etwas Gutes zu tun, um sie an der Bildung zu beteiligen, werden heute private Hochschulen für die sogenannten Eliten produziert, die keine sozialen Kriterien in irgendeiner Form in den Fokus setzen. (Beifall) Von 100 Akademikerkindern gehen 71 an die Hochschule. Das ist erfreulich, das ist gut. Aber von Nichtakademikerkindern, von Arbeiterinnen- und Arbeiterkindern schaffen es nur 24 – 24! an die Hochschule. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Armutzeugnis für das sogenannte Bildungsland Deutschland. (Beifall)

Unsere Antwort, die Antworten der DGB-Gewerkschaften, ist eine klare: Wir haben gerade bei C 001 beschlossen, dass wir das BAföG als zentrales Instrument der Studienförderung und der Bildungsgerechtigkeit ansehen. Aber auch dort holt uns die gesellschaftliche Realität gerade auf der Gegenfahrbahn wieder ein. Aktuell erleben wir einen Trend, indem die Regierung Stipendienprogrammen einen Vorzug vor BAföG gibt. Diese Stipendienprogramme legen ihren klaren Fokus auf Leistungskriterien und eben nicht auf soziale Kriterien, die Bildungsgerechtigkeit fordern. Darum haben wir uns auch für diesen Antrag entschieden.

Wir finden gut, dass die Antragsberatungskommission unserem Ansinnen entspricht und eine Änderung angenommen hat. Allerdings geht uns die noch nicht weit genug. Wir haben eine klare Positionierung, dass wir das Deutschland-Stipendium in seiner jetzigen Form ablehnen, weil es denen das Geld gibt, die schon genug haben, und die Arbeiterinnen- und Arbeiterkinder im Regen stehen lässt. (Vereinzelt Beifall) Aber ich glaube, wir können auf diesem Kongress auch nicht Politikpositionierung auf Zuruf machen. Das Deutschland-Stipendium ist nur ein perverser Auswuchs dieses Förderungswahns der Eliten.

Deshalb glauben wir als DGB-Bundesjugendausschuss, dass wir uns genereller positionieren müssen. Da müssen wir klar sagen: Wir lehnen alle Stipendien ab, die Leistungskriterien auf einen Sockel heben und soziale Gesichtspunkte mit den Füßen treten. (Beifall)

Da müssen wir auch mal der Antragsberatungskommission widersprechen, weil der Satz, den die Antragsberatungskommission zur Streichung vorsieht, gar nicht unserer HBS-Stiftung entspricht. Wir als Gewerkschaften haben einen gewerkschaftlichen Begabtenbegriff. Der lautet, dass wir nicht auf die Durchschnittsnoten schauen und dann sagen, es ist jemand begabt oder nicht, sondern wir schauen auf die ganze Vita. Wenn sich ein Kollege, eine Kollegin unter widrigsten Umständen an die Hochschule gekämpft hat und dort einen Studienabschluss schafft, dann sollten wir diese Kollegin, diesen Kollegen mit allen erdenklichen Mitteln unterstützen. (Beifall)

Deshalb noch einmal mein Appell an die Antragsberatungskommission, steckt die Köpfe noch einmal zusammen, schaut, ob Ihr nicht diesen zentralen Satz, dass wir nämlich soziale Gesichtspunkte im Fokus sehen, wieder reinbekommen können. Ansonsten bitten wir Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht zu folgen und den Antrag in der Ursprungsfassung anzunehmen. – Vielen Dank. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke schön, Simon. – Ich frage noch einmal die Antragsberatungskommission: Möchtet Ihr das Wort?

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Ja, wir wünschen das Wort. Vielen Dank, liebe Melanie.

Simon, danke für diesen Beitrag. Wir haben das ausführlich diskutiert und uns über unseren Vorschlag Gedanken gemacht. Wir möchten den gern aufrechterhalten, und zwar aus folgendem Grund: Stipendienprogramme, etwa der Hans-Böckler-Stiftung und anderer Begabtenförderwerke, die vom Bund gefördert werden, zielen vor allem auf Begabung ab. Da werden also Begabte, Studierende oder nach dem Studium Promovierende gefördert. Die Begabung macht sich auch fest an der Leistung. Sie kann sich aber – das ist der Ansatz der HBS – auch festmachen am Engagement. Das ist ein erweiterter Begabungsbegriff. Man kommt aber um die Leistung nicht herum. Soziale Kriterien spielen insofern bei der Stipendienvergabe indirekt auch eine Rolle, weil ein Stipendium sowieso nur nach BAföG-Kriterien vergeben wird; ansonsten kommt man in die ideelle Förderung hinein. Das heißt, wenn wir jetzt sagen würden, dass die Leistungsaspekte keine Rolle spielen dürfen, dann hätte es, glaube ich, die HBS ab morgen schwer, zu begründen, warum sie sich mit ihrem erweiterten Begabungsbegriff, der nicht ganz um die Leistung herumkommt, um diese Fördermittel bemüht. Das hielte ich für problematisch.

Auf der anderen Seite teilt die Antragsberatungskommission ausdrücklich auch die Kritik an den Stipendien, die ausschließlich auf Leistung abheben und die sich vor allem gar nicht mehr um die sozialen Aspekte kümmern. Das ist das Deutschland-Stipendium. Das ist ja extra erfunden worden, damit auch die Kinder von besserverdienenden Eltern endlich auch ein kleines Stipendium von 300 Euro bekommen können. Und es ist erfunden worden, damit dort dann private Zustiftungen über Kommissionen Einfluss auf die Auswahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten nehmen können. Das ist das Problem. Dagegen müssen sich die Gewerkschaften wenden.

Deshalb halte ich es für zielgerichtet, das Deutschland-Stipendium von diesem Kongress anzugreifen. So haben wir versucht, es zu formulieren, dass das nationale Stipendium-Programm, das Deutschland-Stipendium, kritisiert wird, abgelehnt wird. Wenn wir das aber tun, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann wird der zweite Absatz, wenn wir plötzlich in die Rolle schlüpfen würden, wieder Bedingungen an die Vergabe des von uns eigentlich grundsätzlich abgelehnten Deutschland-Stipendiums zu stellen, überflüssig. Deswegen denke ich, dass die Empfehlung der Antragsberatungskommission stichhaltig ist. Ich bitte Euch, dieser zuzustimmen. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Andreas. – Weitere Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. Daher kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Enthaltungen? – Der Empfehlung der Antragsberatungskommission ist mehrheitlich gefolgt.

Ich rufe jetzt den Antrag C 016 auf und bitte Andreas um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Herzlichen Dank, liebe Melanie. – Kolleginnen und Kollegen, es geht hier um den Antrag C 016 des DGB-Bundesjugendausschusses „Gewerkschaft in allgemeinbildenden Schulen“. Hier wird die Ansprache von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern an Schulen angesprochen, und es wird vorgeschlagen, dass der DGB hierfür Konzepte und auch eine materielle Unterstützung, materielle Ressourcen, bereitstellt. Genau dieser letzte Aspekt, materielle Ressourcen, war für uns als Antragsberatungskommission der Anlass, zu sagen, dass über die Finanzierung dieser Frage vom DGB-

Bundeskongress an der Stelle nicht entschieden werden sollte, sondern laut unserer Satzung sich der DGB-Bundesvorstand darüber Gedanken machen müsste.

Darum empfehlen wir Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Andreas. – Mir liegen hierzu keine Wortmeldungen vor. Daher kommen wir sofort zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Empfehlung wurde einstimmig gefolgt. Vielen Dank.

Dann kommen wir nun zum Antrag C 017. Ich bitte Andreas um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Vielen Dank. – Der Antrag C 017 hat die Überschrift „Vielfalt zeigen: Geschlechterstereotypen und Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung in Bildungseinrichtungen abbauen“. Das ist ein Antrag, den der DGB-Bundesfrauenausschuss eingebracht hat.

Wir haben uns mit diesem Antrag beschäftigt. Er zielt ja einerseits auf Geschlechterstereotypen ab, andererseits auch auf die Gruppe der LSBTI, also eine Sammelbezeichnung für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Menschen mit transsexueller oder intersexueller Identität. Wir haben festgestellt, dass das Anliegen dieses Antrages im Grundsatz geteilt werden sollte und dass zu den Zeilen 1 bis 50 auch bereits ein Konsens in den Gewerkschaften besteht. Auf der anderen Seite ab der Zeile 51 bis Zeile 139 ist der Diskussionsstand sehr unterschiedlich entwickelt.

Im ersten Teil, den wir zur Annahme empfehlen, werden Forderungen an die Kultusministerinnen und Kultusminister insbesondere gerichtet und Grundsätze formuliert. Und im zweiten Teil ab Zeile 51 bis Zeile 139 richtet sich die Forderung an Lehrerinnen und Lehrer an Schulen und an Schulbuchverlage. Wir empfehlen Euch, diese beiden Teile aufzusplitten. Den ersten Teil, die Seiten 1 bis 50, empfehlen wir zur Annahme, den zweiten Teil ab der Zeile 51 bis zum Schluss, Zeile 139, empfehlen wir zur Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand. – Vielen Dank.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Andreas. – Mir liegen hierzu keine Wortmeldungen vor. Daher kommen wir sofort zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Der Empfehlung der Antragsberatungskommission wurde mehrheitlich gefolgt. Vielen Dank.

Dann kommen wir nun zum Antrag C 018. Ich bitte Andreas um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Danke Melanie. – Der Antrag C 018 „Bundeseinheitliches Bildungsfreistellungsgesetz“ ist ein Antrag des DGB-Bezirksvorstands Rheinland-Pfalz/Saarland. Wir haben diesen Antrag beraten und sind zu dem Schluss gekommen, dass das Antragsbegehren, nämlich eine bundeseinheitlich gesetzlich verankerte Bildungsfreistellung, im Antrag C 001 schon gefordert wird. Das wäre also eigentlich schon erledigt. Aber es gibt einen neuen Aspekt, nämlich dass eine Mobilisierungskampagne gefordert wird. Ihr ahnt es schon: Eine Mobilisierungskampagne ist mit Kosten verbunden. Das heißt, es muss vom Bundesvorstand geprüft werden, wie das gemacht werden kann.

Daher lautet unsere Empfehlung zu diesem Antrag Annahme als Material an den Bundesvorstand.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Andreas. – Hierzu liegen auch keine Wortmeldungen vor. Wir kommen sofort zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission wurde einstimmig gefolgt. Vielen Dank.

Wir kommen nun zum Antrag C 020. Ich bitte Andreas um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Herzlichen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Mehr Ausbildungsplätze in Teilzeit“ lautet die Überschrift dieses Antrags C 020 des DGB-Bezirksvorstands Bayern. Es werden mehr Ausbildungsplätze in Teilzeit gefordert. Es wird auch gefordert, dass sich die Berufsschulen an den Bedürfnissen von Auszubildenden in Teilzeit orientieren. Das gehört mit dazu.

Uns hat das überzeugt. Wir empfehlen Annahme des Antrags.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Andreas. - Hierzu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Wir kommen auch hier direkt zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission einstimmig gefolgt. Vielen Dank.

Dann kommen wir zum Antrag C 025. Ich bitte Andreas um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Melanie! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag C 025 „Flächendeckende kostenfreie Schul- und Kitaverpflegung“ ist ein Antrag der Kolleginnen und Kollegen von der Gewerkschaft NGG. Das zeigt, dass zur geistigen Nahrung, die an den Schulen vermittelt wird, immer auch eine materielle Nahrung hinzugehört. Es geht hier um ein warmes Mittagessen, insbesondere in den Schulen, und um den Umstand, dass eine gesunde Ernährung Voraussetzung für körperliche und geistige Leistungsfähigkeit ist.

Ihr wisst - das wurde vorhin bereits von Elke angesprochen -, dass insbesondere Kinder aus einkommensarmen Elternhäusern häufig sogar ohne Frühstück in die Schule kommen.

Deswegen empfehlen wir die Annahme des Antrags der NGG.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Andreas. - Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von der Kollegin Michaela Rosenberger von der Gewerkschaft NGG, Teilnehmernummer 242, vor. - Michaela, Du hast das Wort.

Michaela Rosenberger

Liebe Antragsberatungskommission, schon jetzt danke für Eure Empfehlung. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr wisst: Wir von der NGG sind die Experten für gesunde Ernährung. Gesunde Ernährung in einer gesunden Umwelt gehört seit 25 Jahren zu unserem Leitmotiv. Anders gesagt: „NGG“ heißt „Nahrung gesund genießen“. Das fängt in der Jugend an und damit, dass Kinder am besten in der Schule lernen sollten, welche Lebensmittel für eine ausgewogene und gesunde Ernährung wichtig sind und welche nicht.

Wir wollen allerdings auch, dass hochwertige Lebensmittel bei der Verpflegung der Kinder in Kindertagesstätten und Schulen eingesetzt werden.

Warum wollen wir das? Die Ernährung hat, wie wir mittlerweile wissen, Einfluss auf die Lernfähigkeit. Eine gute Ernährung bedeutet also auch eine bessere Lernfähigkeit. Deshalb hat unser Antrag auch etwas mit Bildungsgerechtigkeit zu tun. Es kann nicht sein, dass sich gesunde Ernährung wieder nur Kinder aus besser betuchten Haushalten leisten können und Kinder von Niedriglohnempfängerinnen und -empfängern nicht. Deshalb fordern wir die Sicherung der Lernfähigkeit durch eine gesunde Ernährung in Kita und Schule, die sich alle leisten können, weil sie kostenlos erfolgt.

Uns ist aber auch die Sicherung von tarifvertraglichen Bedingungen für die Beschäftigten wichtig. Wir erleben auch hier einen Unterbietungswettbewerb vorwiegend lokaler Caterer in den Bildungseinrichtungen. Auch mit dem Mindestlohn wird es noch Möglichkeiten geben, die Kosten zulasten der Beschäftigten zu drücken. Das wollen wir nicht. Wir müssen dahin zurück, dass in der Wettbewerbskultur die Arbeit als Kostenfaktor ausgeklammert wird. Daher muss die Pauschale von 4 Euro wirklich ein Mindestbetrag sein. Es darf auch gerne mehr sein, wie es beispielsweise in Hamburg der Fall ist. - Danke schön. (Beifall)

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Michaela. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Empfehlung einstimmig gefolgt worden. Vielen Dank.

Wir kommen nun zu den Anträgen C 028, C 026 und C 027, die gemeinsam aufgerufen werden. Ich bitte Andreas um die Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir uns auf die Mittagspause freuen können und auf die gesunde Ernährung, die es auf diesem Bundeskongress des DGB hoffentlich gibt, sollten wir uns noch mit dem Bildungsurlaub beschäftigen. Er ist Gegenstand des Antrags C 028 der Gewerkschaft ver.di, in dem ein Bildungsfreistellungsgesetz in allen Bundesländern gefordert wird. Das ist vorhin bereits von Elke Hannack thematisiert worden. Die Tatsache, dass sie es thematisiert hat, weist darauf hin, dass es im Antrag C 001 enthalten ist. Das ist in der Tat so.

Allerdings geht die Forderung nach einer gewerkschaftlichen Initiative Bildungsurlaub noch ein Stück weit darüber hinaus. „Initiative“ klingt fast schon wie „Kampagne“. Damit sind wir wieder bei dem Punkt: Das kostet Geld, wenn man es anständig macht.

Darum schlagen wir vor: Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand. Wenn Ihr dieser Empfehlung folgt, wäre es folgerichtig, dass wir die Anträge C 026 und C 027, die mit aufgerufen sind, für erledigt erklären, da im Antrag C 001 in Verbindung mit dem von uns zur Überweisung empfohlenen Antrag C 028 diese Aspekte bearbeitet sind. Das ist unsere Empfehlung. - Danke schön.

Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Andreas. - Hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Daher kommen wir auch hier sofort zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission einstimmig gefolgt.

Damit haben wir die Anträge zum Sachgebiet C vollständig abgearbeitet. Herzlichen Dank an Euch. (Beifall)

Wir haben jetzt eine Punktlandung hingelegt. Bevor Ihr alle zum Mittagessen geht, habe ich noch ein paar Hinweise. Wir haben für heute Nachmittag eine Diskussionsrunde geplant. Es wurde bereits auf der Leinwand angezeigt: Ihr könnt Euch ab 14.30 Uhr im Eingangsbereich Eure Kopfhörer abholen.

Außerdem wird um 14.50 Uhr ein Film gezeigt, der Teil einer Projektdokumentation des Vereins „Gewerkschaften helfen“ ist. Dieses Projekt entstand als Reaktion auf die großen Unglücke in Textilfabriken im letzten Jahr in Bangladesch.

Außerdem wird Bernadette Ségol, die Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, ein Grußwort sprechen.

Mir bleibt nur noch übrig zu sagen: Vielen Dank, Ihr habt es mir relativ einfach gemacht. Es war nicht so schlimm, wie ich dachte. (Beifall)

Ich wünsche Euch allen noch einen guten Kongress.

(Unterbrechung des Kongresses: 13.28 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses 15.00 Uhr)

Jörg Radeck, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, herzlich willkommen zum Nachmittag. Wir wollen am heutigen Nachmittag ein Stück weit über den Tellerrand hinausblicken. Als Einstimmung haben wir gerade den beeindruckenden Kurzfilm über die Situation der Textilarbeiterinnen in Bangladesch gesehen.

Ich gebe nun weiter an jemanden, der uns noch mehr den Blick weiten wird für die Situation in Europa. Ich begrüße ganz herzlich Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, und bitte um das Grußwort. Herzlich willkommen. (Beifall)

Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes

Verehrte Gäste und liebe Kolleginnen und Kollegen! Als erstes gratuliere ich Euch zur Wahl von Reiner Hoffmann zum Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes. (Beifall) Beifall kam in Brüssel und anderswo in Europa nicht auf, als Reiner Brüssel verließ. Aber wir haben schnell gemerkt: Er hat sich nicht verlaufen und er ist uns nicht abhandengekommen. Nun ist er wieder da und wird als Mitglied der Exekutive des EGB mir und dem Sekretariat das Leben schwer machen. (Beifall) Dir, lieber Reiner, wünsche ich viel Glück und eine gute Hand. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Dir und mit dem DGB.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vorgänge um die Ukraine und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien sollten uns daran erinnern: Dieses Europa ist die Konsequenz aus zwei schrecklichen Weltkriegen, aus blindem Nationalismus und menschenverachtendem Faschismus und Totalitarismus. Europa ist mehr als die Europäische Union. Frieden und Zusammenarbeit brauchen wir in ganz Europa. Schickt die Panzer in die Garagen. (Beifall) Verschrottet die Kalaschnikows und setzt Euch an einen Tisch. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Grenzen in der Union sind keine Demarkationslinien. Sie sind offen. Das ist mittlerweile europäischer Alltag. Daran haben wir uns gewöhnt wie an vieles andere auch, das uns Europa gebracht hat. Doch zunehmend wird die Europäische Union vor allem als ein institutionelles Konstrukt wahrgenommen, das sich immer weiter von den Bürgern entfernt. Europa braucht einen Weckruf, neuen Elan und eine andere Politik. (Beifall)

Was also ist zu tun? Demokratie, Arbeit und Solidarität gehören zu den Fundamenten Europas. Die neoliberale Roskur und der Schlachtruf „Autorität“ sind Rezepturen, die den Patienten nicht heilen, sondern noch kränker machen, als er schon ist. (Beifall)

Die Lage in den Krisenländern hat sich verschärft. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die Sozialsysteme werden destabilisiert. Immer mehr Menschen haben keinen oder nur beschränkten Zugang zur Gesundheitsfürsorge. Immer mehr Jugendliche werden von der Schulbank direkt auf die Parkbank gesetzt. 26 Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Das sind 10 Millionen mehr als im Jahre 2008. Wäre Arbeitslosigkeit ein Land, dann wäre es das siebtgrößte der Europäischen Union.

Wir machen es uns nicht leicht. Wir sagen nicht, Staatsverschuldung ist eine Tugend. Wir sagen, Zukunft für Europa braucht Investitionen für mehr Wachstum, Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung, in Bildung und Ausbildung, in Hochtechnologie und Ökologie. Das bringt Arbeit und Stabilität. Das bringt das europäische Sozialmodell zurück auf die Spur. (Beifall) Der EGB und auch der DGB haben dazu Vorschläge gemacht.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer verbessert die öffentliche Kassenlage. Das ist gut für die soziale Gerechtigkeit und das ist schlecht für die Finanzspekulation. Und das ist gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Das, was zehn Regierungen der Euroländer national umzusetzen gedenken, ist eine Börsenumsatzsteuer, aber keine Finanztransaktionssteuer. Da muss noch nachgebessert werden. (Beifall)

Es ist keine Gewerkschaftsdemagogie, wenn wir feststellen: Die Kosten der Krise werden denen auf die Schultern gelegt, die sie nicht verursacht haben. (Beifall) Wenn Du arbeitslos bist, dann hast Du schlechte Karten. Aber wenn Du eine schlechte Bank bist, dann hast Du gute Karten. Dann wirst Du gerettet. (Beifall) Das System, das sich seltsamerweise Finanzindustrie nennt, verdient bis heute noch an der Krise. Wir brauchen einen industriepolitischen Schub in Europa, aber nicht noch einen für die sogenannte Finanzindustrie. Der Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments hat am 25. April einen Bericht zu Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Steueroasen vorgelegt. Dieser Bericht bietet eine gute Grundlage für eine Neuausrichtung der europäischen Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 25. Mai stehen die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament an. Der Anspruch Europas, demokratisch zu sein, muss sich messen lassen an den Kompetenzen, die dem Parlament zugebilligt werden.

Dazu gehört auch: Wer der nächste Kommissionspräsident wird, das müssen die Bürger in den Wahlen entscheiden (Beifall) und nicht die Chefs hinter verschlossenen Türen.

Manches hat sich schon getan. Das Parlament ist selbstbewusster geworden. Doch nach oben ist noch reichlich Luft. Wir wollen ein Europa der Bürger. Das ist mehr, viel mehr als ein Europa der Regierungen. Wir wollen eine europäische Zivilgesellschaft. Dazu gehört nicht zuletzt eine starke und integrierte europäische Gewerkschaftsbewegung. (Beifall)

Dies alles kann man nicht dekretieren. Dazu braucht es Zeit. Aber passen wir auf, dass uns die Zeit nicht davonläuft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa muss heraus aus der Dunkelkammer, in der allzu oft von den Regierungschefs und Ministern Entscheidungen getroffen werden. Das geht nur über eine weitere Stärkung des Europäischen Parlaments. Auch die Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen verlangen nach Öffentlichkeit und parlamentarischer Kontrolle. (Beifall) Der EGB wird diesen Prozess koordinierend begleiten. Nicht verhandelbar sind unter anderem europäische Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte oder das Recht auf geistiges Eigentum. (Beifall) Diese Anmerkung sei mir als Französin gestattet: Wo „Camembert“ draufsteht, da muss auch Camembert drin sein. (Lebhafte Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jüngste Wahlergebnisse und Tendenzen in einigen Mitgliedsländern sind alarmierend. Immer mehr Bürger laufen retrograden Ideologen zu. Diese Ideologen wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen und Europa in seine nationalen Einheiten zerlegen. Mit der Ausländerfeindlichkeit bis hin zum Rassismus wird Stimmung gemacht. Der Front National in Frankreich verlangt den Austritt aus dem Euro. Die United Kingdom Independence Party in Großbritannien will den Austritt aus der EU. Andere vom rechten Rand wollen die Freizügigkeit für Arbeitnehmer außer Kraft setzen. Und das ist keine Überraschung: Das Geschäftsmodell von Herrn Berlusconi besteht im Mobbing Deutschlands. Sein jüngster Ausrußer, indem er den Deutschen unterstellt, sie leugneten die Konzentrationslager, ist total skandalös. (Beifall) Das sagt einer, auf dessen Listen zu den Europawahlen eine gewisse Alessandra Mussolini kandidiert, die viel von ihrem Großvater hat und die gesagt hat: Lieber Faschist als schwul.

Ich frage die Europäische Volkspartei: Wie lange wollt Ihr so etwas in Euren Reihen erdulden? (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, nach meinem Grußwort wird ein Round Table zum Thema „Eurobetriebsräte“ stattfinden. Das ist eine Bereicherung Eures Kongresses und ein deutliches Signal. Arbeitnehmerrechte auf Information und Konsultation sind von großer Bedeutung. Sie sind ein Beitrag zur Wirtschaftsdemokratie. Das ist direkter und praktizierter Sozialdialog. Das ist der harte Kern des gewerkschaftlichen Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der EGB-Kongress im 2011 in Athen hat uns den Auftrag erteilt, dem Thema Europäisierung der Mitbestimmung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Mitbestimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen, war lange Zeit in der europäischen Gewerkschaftsbewegung umstritten. Sie wurde von ihren Kritikern als Kollaborationsmodell missverstanden als Verstoß gegen die reine Lehre. Das hat sich im Laufe der Zeit grundlegend geändert.

Klar ist: Es geht nicht um die schematische Übertragung eines Modells auf ganz Europa. Was aber auch nicht geht, ist, ein sozialgeschichtlich bewährtes Modell wie das der deutschen Mitbestimmung auf dem Umweg über Europa zu demontieren. (Beifall) Eine von uns eingerichtete Reflexionsgruppe hat Ende April ein Diskussionspapier vorgelegt, das unter anderem folgendes zur Debatte stellt: Mitbestimmung in allen europäischen Aktiengesellschaften ab 50 Beschäftigte, ab 250 Beschäftigte Einführung der Drittelparität, ab 1.000 Beschäftigte paritätische Besetzung des Aufsichtsrates. Die Messe ist allerdings noch nicht gelesen. Dieser Vorschlag braucht eine ausführliche Beratung im dafür zuständigen Ausschuss. Danach wird sich die Exekutive mit ihm abschließend befassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Übernahme der Regierung durch die Große Koalition hat sich bei Euch einiges in die richtige Richtung bewegt. Die bevorstehende Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, die abschlagsfreie Rente nach 45 Arbeitsjahren, das sind Erfolge auch für den DGB und seine Gewerkschaften. Wichtig ist das nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa. (Beifall)

Wir haben nun die Hoffnung, dass sich auch die Position der Bundesregierung bei der europäischen Antikrisenpolitik entkrampft. Eine Politik, die sich in Spardiktaten erschöpft, fährt Europa gegen die Wand. (Beifall)

Was wir brauchen, ist eine offensive Beschäftigungspolitik. Was wir nicht brauchen, das ist eine weitere Abrüstung des Sozialstaates. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zusammenhalt und Solidarität sind gewerkschaftliche Grundtugenden. Die europäischen Gewerkschaften brauchen eine starke Stimme. Für Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit brauchen wir einen starken und engagierten DGB. (Beifall)

Dafür, dass Ihr mein französisch eingefärbtes Deutsch klaglos ertragen habt, (Lebhafter Beifall) danke ich Euch. Das zeigt, dass Ihr gute Europäer seid. (Beifall)

Glück auf! Merci beaucoup! (Starker, lang anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich von den Plätzen)

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann alles nachdrücklich unterstützen und unterschreiben, was Bernadette gesagt hat. Bernadette, nur in einem Punkt muss ich Dir widersprechen. Ich werde Dir und dem Sekretariat das Leben nicht schwer machen. Wir gemeinsam werden es der Kommission und dem Europäischen Parlament schwer machen, wenn sie Europa nicht endlich auf die richtige Spur bringen. Dafür werden wir gemeinsam kämpfen! (Beifall)

Zur Erinnerung an Deinen fantastischen Auftritt darf ich Dir ein kleines Präsent, einen kleinen Berliner Bären, überreichen. (Beifall)

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Ich wende mich jetzt zunächst an die Technik. Mir ist aufgeschrieben worden, wir hätten jetzt die Einspielung eines Jingles. Bitte, fahrt den Film ab.

(Einspielung des Jingles „Europawahl 25. Mai – Sei Wähler!“)

Ihr findet diese Einspielung auf YouTube mit der Bitte, sie an Sympathisanten und Interessierte sowie zu Überzeugende weiterzusenden. Ich denke, das ist eine gute Idee.

Wir fahren nun fort mit dem Nachmittag des Kongresses. Dafür begrüße ich ganz herzlich Kolleginnen und Kollegen zu der angekündigten Diskussionsrunde. Ich denke, das ist eine Runde, die uns den Blick ein wenig weiten wird.

Ich begrüße ganz herzlich Christiane Renaud aus Frankreich, (Beifall) aus Italien Lucia Peveri, (Beifall) aus Polen Piotr Olbrys, (Beifall) aus Schweden Annika Ögren, (Beifall) aus den Niederlanden Giel Beks, (Beifall) und aus Deutschland Hermann Soggeberg. (Beifall) Herzlich willkommen.

Ich gebe nun ab an die Moderatorin der Diskussionsrunde, an Frau Schulte-Loh. – Viel Spaß!

Judith Schulte-Loh

Herzlichen Dank. – Ich ergänze unsere Runde noch, und zwar mit Ralf Heppenstiel, EBR-Vorsitzender von – das macht es mir besonders schwer; wir wollen nämlich auch noch Finnland mit in die Runde nehmen –Outokumpu, also Nirosta. Thyssen-Krupp wie vor zwei Jahren wäre für mich noch einfacher gewesen, ist es aber nicht. Bitte, nehmen auch Sie bitte Platz.

Sie sehen also, wir kommen jetzt ganz schön rum: Deutschland, Niederlande, Schweden, Polen, Italien, Frankreich, und dann schauen wir auch noch nach Finnland. Das heißt, wir wollen Ihnen allen jetzt einen Einblick geben, was es heißt, als Europäischer Betriebsrat in den verschiedenen Ländern zu arbeiten. Es geht nicht nur um die Frage, welche Herausforderungen es gibt, sondern auch um die Frage: Was können die Europäischen Betriebsräte machen? Wie arbeiten sie zusammen mit den nationalen Betriebsräten? Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es? Vor allem durch die Krise sind ja viele Standards in Ländern außer Kraft gesetzt worden. Deshalb stellt sich auch die Frage: Welches sind künftig die Aufgaben des Europäischen Betriebsrates?

Das ist in etwa der Bogen, den wir in der Diskussionsrunde spannen wollen, nach Möglichkeit auch mit vielen praktischen Beispielen, die Sie in Ihrer und bei Ihrer Arbeit erleben.

Ich glaube übrigens, die an Euch ausgeteilten Headsets sind diesmal wirklich wichtig; denn Sie haben ja schon gehört, wie viele Sprachen jetzt auf diesem Podium vertreten sind.

Gucken wir zuerst darauf, welche unternehmerischen Strukturen in Europa inzwischen konkret für Ihre Arbeit spielen. Herr Soggeberg, vielleicht machen Sie den Anfang. Herr Soggeberg ist Betriebsratsvorsitzender des Konzerns von Unilever. Unilever ist ein britisch-niederländischer Konzern. Sie kennen das alle: Wenn Sie sich mit Dove, glaube ich, eincremen, wenn Sie Knorr-Suppe trinken oder wenn Sie irgendetwas mit Domestos sauber machen, dann stammt alles von Unilever, einem weltweit vertretenen Konzern. Was heißt das für Ihre Arbeit?

Hermann Soggeberg

Das heißt für unsere Arbeit ganz konkret, dass ein so weltweit tätiger Konzern sich in den letzten Jahren immer mehr zentralisiert hat. Als ich vor 20 Jahren mit der Betriebsratsarbeit begonnen hatte, war es noch so, dass wir uns auf Europa konzentriert haben, weil immer mehr Entscheidungen von der nationalen auf die europäische Ebene übergingen. Mittlerweile wandern sie immer mehr auf die globale Ebene.

Das bedeutet ganz konkret, dass wir es mit großen Schwierigkeiten zu tun haben, wenn es um die Mitbestimmung geht. Das ist auch in dem Vortrag eben schon angeklungen. Es passiert, dass Entscheidungen auf internationaler Ebene getroffen werden und wir national kaum noch Möglichkeiten haben, über unsere Mitbestimmung noch Entscheidungen zu beeinflussen.

Das Gleiche gilt auch international, weil man uns dort glauben machen will, dass all diese internationalen Entscheidungen am Ende doch lokal getroffen werden. Man versucht auch da, einerseits die Mitbestimmungsrechte, die es im Land gibt, auszuhebeln, andererseits aber auch die Informations- und Konsultationsrechte nicht richtig wahrzunehmen. Das ist eine schwierige Situation, wenn man überhaupt noch Dinge beeinflussen will.

Judith Schulte-Loh

Was heißt das noch einmal: Was brauchen Sie tatsächlich für Informationen? Wie werden Sie in Prozesse einbezogen, um tatsächlich die Mitbestimmungsrechte, die Sie gerade angesprochen haben, ausüben zu können? Bekommen Sie die?

Hermann Soggeberg

Inzwischen bekommen wir die natürlich auf europäischer Ebene. Aber der Punkt ist der: Wie bekommen wir das auf die nationalen Mitbestimmungsrechte übertragen? Wie bekommen wir es hin, dass es nicht dafür sorgt, dass wir national oder lokal außen vor gelassen werden? Dazu ist es extrem wichtig, diese Informationen langfristig im Vorfeld zu erhalten. Ich glaube, inzwischen gelingt uns das immer besser. Aber dafür braucht es eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte insbesondere auch auf europäischer Ebene; denn dort dürfen wir zwar sagen, dass uns bestimmte Dinge nicht gefallen, aber das ändert am Ende noch gar nichts.

Judith Schulte-Loh

Gehen wir in die Niederlande. Herr Beks, EBR-Vorsitzender bei HeidelbergCement. HeidelbergCement ist drittgrößter Zementhersteller weltweit, in 40 Ländern vertreten. Wie kommt Europa bei Ihnen und für Sie im Unternehmen an?

Giel Beks

Zement ist ein schwerer Artikel. Das heißt, er wird lokal produziert und auch lokal benutzt. Zum Anfang haben die lokalen Firmen eine eigene Regelung gehabt. Jetzt sieht man, dass wir immer mehr Richtlinien aus Heidelberg bekommen. Man sagt schon, wir sind regional. Nein, Heidelberg ist jetzt ein sehr zentral geführter Konzern. Das sage ich, wie es auch mein Kollege gesagt hat: In einem Land fängt man an – das ist nur lokal –, dann kommt es im zweiten und dritten Land. Bevor wir es merken, haben wir die ganze Salami verschluckt.

Judith Schulte-Loh

Schauen wir erst einmal weiter. Wie Sie handeln und damit weiter umgehen, darüber sprechen wir gleich in einer weiteren Runde.

Giel Beks

Wir haben in diesem Jahr im Januar einen solchen Fall gehabt. Da hat der Vorstand gesagt: Nein, das ist lokal. Jetzt haben wir von einem deutschen Rechtsanwalt einen Brief schreiben lassen, und das hat sehr viel geändert. Anfangs war es lokal, und am Ende ja gar nicht mehr. Wir hoffen, dass dieser Weg jetzt weitergeht. Am Mittwoch bekamen wir morgens einen Anruf von der Konzernzentrale, dass in Skandinavien etwas geschehen wird. Das hätte ich vor einem Jahr nie bekommen.

Judith Schulte-Loh

Worauf führen Sie das zurück? Ist das die Drohung durch den Rechtsanwalt, oder ist man inzwischen offener?

Giel Beks

Ganz klar und einfach die Drohung vom Rechtsanwalt.

Judith Schulte-Loh

Okay. - +Gehen wir weiter und schauen nach Schweden. Annika Ögren, Vorsitzende des EBR und Verwaltungsratsmitglied von – hoffentlich spreche ich es richtig aus – Husqvarna. Ich weiß, dass Sie Motorgeräte für die Forst- und Landwirtschaft und Gartenpflege herstellen. Sie sind auch in 40 Ländern vertreten. Wie sehen Sie den Einfluss Europas bei Ihrer Arbeit?

Annika Ögren

Die Zusammenarbeit in Europa wird immer wichtiger. Es ist in den letzten Jahren auch leichter geworden, die Produktion in andere Länder zu verlagern. Der Vorteil mit einem EBR ist ganz klar, dass wir diese Fragen gemeinsam diskutieren können und dass wir, wenn wir die Information vom Unternehmen denn bekommen, auch diskutieren können, welche Veränderungen wir vorschlagen und wie die Dinge aus der Perspektive der verschiedenen Länder aussehen.

Judith Schulte-Loh

Wenn Sie die Informationen bekommen. Bekommen Sie die Informationen, die Sie brauchen, um tätig zu werden, häufig oder eher weniger häufig?

Annika Ögren

Man kann es vielleicht so sagen: Unseren EBR gibt es schon seit 2006. Früher hatten wir eine ganz andere Unternehmensleitung. Die ist jetzt ganz ausgetauscht. Dann haben wir Probleme bekommen, zu verstehen, welche Information wir eigentlich brauchen. Da haben wir sehr diskutiert, auf welchem Niveau wir die Information brauchen. Das hängt sehr stark von der Konzernleitung ab, ob sie auch einen Vorteil darin sieht, unsere Kenntnisse zu nutzen.

Judith Schulte-Loh

Sieht die Konzernleitung einen Vorteil darin? Oder haben Sie eher das Gefühl, da auf Konfrontationskurs zu sein?

Annika Ögren

Die frühere Konzernleitung hat schon die Vorteile einer Zusammenarbeit mit uns gesehen und auch darin, uns zu informieren. Aber jetzt arbeiten wir an der Sache. Wir hoffen, dass wir das auch in Kürze mit der neuen Unternehmensleitung hinbiegen können.

Judith Schulte-Loh

Wie arbeiten Sie daran? Wie versuchen Sie tatsächlich die Konzernleitung zu überzeugen, dass eine Zusammenarbeit sinnvoll und wichtig ist?

Annika Ögren

Die Konzernleitung ist jetzt eine schwedische. Da kann ich mit ihnen direkt reden. Wir können auch in einer Leitungsgruppe zusammenarbeiten, sodass wir eben dann auch unsere Konsultation vor den Maßnahmen durchführen können.

Judith Schulte-Loh

Gehen wir weiter nach Polen. Piotr Olbrys, Betriebsratsvorsitzender von VW in Poznań, EBR-Mitglied. Polen und VW, wie können Sie als EBR-Vorsitzender dort arbeiten, und wie merken Sie, was Europa bei Ihrer Arbeit ausmacht?

Piotr Olbrys

Man muss sagen, dass wir im Europäischen Betriebsrat schon seit 1996 sind. Polen ist der EU im Jahre 2004 beigetreten. Im Grunde waren wir schon früher in Europa als Polen. Wir haben damals viel über dieses Modell gehört. Nicht nur dass man Informationen oder Konsultationen erhält, sondern auch über das Mitbestimmungsrecht haben wir viel gehört. Das gab es in Polen im Grunde nicht. Wir haben damals mit anderen Kollegen aus Europa, aus Mitteleuropa, aber auch aus der Welt - wir haben auch einen Weltkonzernbetriebsrat -, den deutschen Kollegen gesagt: Ihr habt es wirklich gut. Seit einigen Jahrzehnten seid ihr in der Mitbestimmung, ihr seid mitverantwortlich. - Das hätten wir auch gerne. Seitdem haben wir es erreicht, dass im Jahre 2009 mit dem Konzernvorstand, also von den Mitgliedern des Welt- und Europabetriebsrates, die Charta der Arbeitsbeziehungen unterzeichnet worden ist, eine Charta, die unsere Rechte erweitert, auch außerhalb Deutschlands, und zwar auch um die Mitbestimmung in den Dingen, die wichtig sind für die Mitarbeiter in unseren Betrieben. Das muss jetzt natürlich implementiert und in die jeweiligen Bedingungen eingepasst werden. Dieses Modell wird nicht in allen Ländern gern gesehen. Bernadette hat heute auch gesagt, dass das Modell kritisiert worden ist. Das gefällt auch heute noch nicht allen in Polen.

Judith Schulte-Loh

Wie wird Ihre Arbeit als Europäischer Betriebsrat in Polen gesehen und eingeschätzt? Wie ist der Umgang miteinander?

Piotr Olbrys

Was nun die Tatsache anbelangt, dass wir Mitglieder sind, so wird das von unseren Mitarbeitern sehr positiv bewertet. Das Management, das Unternehmen muss es positiv bewerten. Das sieht folgendermaßen aus: Wir sagen unseren Mitarbeitern, das Wichtigste ist, dass wir viele sind, dass wir einen hohen Prozentsatz der Beschäftigten ausmachen, denn dann sind wir stark, und der Arbeitgeber muss uns beachten. Es gibt zwei Ebenen, auf denen wir als Gewerkschaft stark sind. Das eine ist die, die ich eben angesprochen habe. Die andere Plattform ist unsere starke Stimme im Europäischen Betriebsrat. Durch unsere Stimme, die Stimme unserer Vertreter, der Kollegen, die auch im Aufsichtsrat des Konzerns sind, sind auch wir gestärkt. Unsere lokalen Vorstände wissen, dass wir dadurch mit dem Vorstand des Konzerns sprechen können, und wir haben einen realen Einfluss auf den Dialog in unserem Betrieb.

Judith Schulte-Loh

Von Polen weiter nach Italien. Lucia Peveri, Mitglied des EBR der Deutschen Bank und Koordinatorin, Expertin, des UniCredit-EBR. Auch für Sie in Italien zuerst noch einmal der Blick: Wie haben die unternehmerischen Strukturen in Europa die Arbeit verändert, welchen Einfluss hat sie auf Sie als Vorsitzende des EBR?

Lucia Peveri:

Meiner Erfahrung nach ist es so, dass ich eigentlich anderes erfahren habe. Ich arbeite hauptsächlich im Finanzsektor. Deshalb unterscheiden sich unsere Erfahrungen sehr stark voneinander, wenn wir versuchen, Vergleiche zu ziehen. Ganz besonders wichtig ist, dass ich Folgendes gelernt habe: Sehr, sehr selten können wir das Management dazu bewegen, seine Meinung zu ändern. Deswegen stellt sich die Frage: Was können wir tun, was machen wir stattdessen? Wir versuchen, den Europäischen Betriebsrat – ich gebe Ihnen jetzt ein Beispiel anhand von UniCredit – zu nutzen, um damit so weit wie möglich die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zu erhöhen. Und wir versuchen auch, uns auf europäischer Ebene Gehör zu verschaffen; denn es mag uns vielleicht gelingen, bessere Ergebnisse zu erzielen, wenn wir gemeinsame Strategien in Gesamteuropa entwickeln, mit Hilfe der europäischen Institutionen. Das ist für mich ganz besonders wichtig. Ich habe das bei der Deutschen Bank erfahren, im europäischen Betriebsrat der Deutschen Bank. Als unser Gewerkschaftsexperte, ein Vertreter von ver.di, zu uns kam, da ist der EBR immer in eine richtige Richtung gegangen, und er wusste genau, was er zu tun hatte. Man wusste, um welche Themen man sich hauptsächlich zu kümmern hatte und das auch wollte. Jetzt haben wir diese so wichtige Person aus unseren Reihen verloren. Das ist ein großes Defizit. Da fehlt uns ein gewisses Maß an Koordination. Das ist meiner Ansicht nach das Wichtigste.

Judith Schulte-Loh

Frankreich, Christiane Renaud, EBR-Vorsitzende bei TOTAL, Mineralölunternehmen; das kennen wir, in mehr als 130 Ländern, glaube ich, vertreten. Die Arbeit als EBR-Vorsitzende in Europa und bei TOTAL in Frankreich, was heißt das für Sie als Interessenvertreterin, die Arbeitnehmerrechte dort wahrzunehmen?

Christiane Renaud

TOTAL ist ein Mineralölunternehmen. Wir arbeiten auch im Chemiebereich. Wir haben verschiedenste Geschäftsbereiche. Wir haben bei uns einen Betriebsrat. Wir haben einen Betriebsrat pro Geschäftsbereich. Da spricht man über die Strategien des Geschäftsbereiches. Das betrifft alle Unternehmen in der gesamten Welt.

Diese Informationen ermöglichen es uns dann, schon im Vorgriff etwas zu erfahren über die Umorganisationen. Wir hatten auch die Ehre, in die Anhörungen bei unseren Vereinbarungen mit einbezogen zu werden. Wir haben da verschiedene Fälle behandelt. Aber in Frankreich haben wir noch nicht die Mitbestimmung so, wie Ihr das in Deutschland kennt. Das bedeutet, unsere Macht ist relativ eingeschränkt. Wir werden also informiert, und die Experten sagen uns, wir können eine Meinung abgeben. Wenn ein Gutachten erstellt worden ist, bitten wir dann um Eröffnung von Verhandlungen. Das wird nicht immer durchgeführt. Danach hat man nicht so viel Macht, weil wir eben so wenig Mitbestimmung in unserem Land haben.

Judith Schulte-Loh

Wir sehen, dass die Bedingungen in den Ländern recht unterschiedlich sind, was Mitbestimmungsrechte angeht. Sie haben es gerade ausgeführt. Was heißt das Ihres Erachtens, Herr Soggeberg, für den europäischen Betriebsrat insgesamt und auch für die Schlagkraft, wenn man nach außen schaut? Wie gemeinsam kann ein europäischer Betriebsrat da stehen?

Hermann Soggeberg

Das ist aus meiner Sicht in der Tat eine große Herausforderung. Ich glaube, dass es uns wirklich hilft, auch Mindeststandards festzulegen, die möglicherweise in Ländern wie Deutschland jetzt nicht die große Errungenschaft sind, aber in anderen Ländern, in denen wir die Möglichkeit der Mitbestimmung in der Form nicht haben, sehr hilfreich sind.

Ein Beispiel: Wir haben im Rahmen unserer Barcelona-Agenda Mindestbedingungen für sozialverantwortliche Restrukturierungen festgelegt. Das ist eine echt unterzeichnete Vereinbarung, und das, obwohl wir gar keine Mitbestimmungsrechte auf europäischer Ebene haben. Dort sind Mindestbedingungen für Restrukturierungen festgelegt, und so können wir sie dann auch in den einzelnen Ländern durchsetzen, da, wo wir die Möglichkeit nicht haben, solche Dinge normalerweise umsetzen zu können.

Judith Schulte-Loh

Sie haben dafür letztes Jahr den Preis „Europa mitbestimmen“ bekommen.

Wir haben gerade keine schwedische Übersetzung. Geht es dem schwedischen Dolmetscher gut? Das wäre meine wichtigste Frage. - Ja, es geht ihm gut. Ich sehe ein Handzeichen. Vielleicht müssen wir das Gerät austauschen. Könnten wir das machen? Nehmen Sie doch dieses.

Ich sage Ihnen: So viele Länder unter einen Hut zu kriegen und eine Verständigung immer und jederzeit zu gewährleisten, das ist eine echte Herausforderung. (Beifall)

An dieser Stelle, auch wenn wir gerade die schwedische Stimme vermissen, möchte ich – man vergisst das hinterher immer schnell – einen ganz herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die dolmetschen, aussprechen, die uns wirklich miteinander ins Gespräch bringen. Ohne sie wäre es gar nicht möglich. (Beifall)

Was macht Schweden? Ist Schweden wieder da? Schweden spielt; okay.

Wir waren gerade bei dem Sonderpreis „Europa mitbestimmen“ angekommen, den Sie bekommen haben, Herr Soggeberg. In der Jury – ich hatte mir das herausgesucht – hieß es: Es wurde eine europäische Beteiligung in einer Dimension erreicht, die es so bisher bei Unilever noch nicht gab. Uns würde schon interessieren: Wie haben Sie das hingekriegt?

Hermann Soggeberg

Das klingt jetzt so, als wäre das etwas ganz furchtbar Großes. So groß war es gar nicht. Ich muss das vielleicht so erklären: Ich habe gerade erzählt, dass ich seit 20 Jahren Betriebsratsarbeit mache. Vor 20 Jahren hatten wir in Europa bei Unilever etwa 70.000 Beschäftigte. Wir sind heute noch 30.000 Beschäftigte in Europa. Jetzt kann man sich in etwa vorstellen, was in den letzten Jahren passiert ist. Wir haben uns fast ausschließlich mit Restrukturierungen beschäftigt. Seit einigen Jahren sagt man, wir wollen unser Geschäft wieder verdoppeln, gleichzeitig aber sehr nachhaltig agieren, nämlich den Umwelteinfluss sozusagen halbieren.

Man redet in diesem Unternehmen sehr viel über Nachhaltigkeit. Worüber aber nicht geredet wurde, war, was das für die Beschäftigten bedeutet. Wir fühlten uns überhaupt nicht nachhaltig behandelt. Es gibt den sogenannten „nachhaltigen Lebensplan von Unilever“. Wir wollten den um den nachhaltigen-Beschäftigungsplan von Unilever erweitern und haben dazu Arbeitsfelder entwickelt und wollten mit dem Unternehmen auf europäischer Ebene darüber reden, wie das aussehen kann.

Es ist uns vor einigen Jahren in unserer Sitzung in Barcelona gelungen – deswegen heißt das auch Barcelona-Agenda – das Management davon zu überzeugen, mit uns in gemeinsame Arbeitsgruppen zu gehen. Sie haben sich dazu verpflichtet, mit uns gemeinsam an neuen Standards zu arbeiten. Das war extrem schwierig, weil wir immer wieder Rückschritte erlitten haben, weil das Management auf europäischer Ebene komplett ausgetauscht worden ist.

Ich glaube, unser heutiger Europachef würde nie wieder so etwas mitmachen. Ich denke mal, dass der Preis geholfen hat, dass er jetzt aus der Nummer nicht mehr herauskommt. (Beifall)

Es ist so, dass es uns auf diesem Weg gelungen ist, jetzt gemeinsam mit dem Management Dinge zu verabreden. Das ist natürlich alles noch nicht so, wie wir das gerne hätten, aber so entwickelt sich das, weil das nicht nur unsere Projekte sind, sondern gemeinsame Projekte. Dadurch hat sich ergeben, dass wir überhaupt so etwas wie eine europäische Vereinbarung unterschreiben konnten. Das war vorher nicht denkbar. Sonst waren das immer Verabredungen oder mündliche Zusagen, aber niemals wirklich unterschriebene Vereinbarungen.

Wir haben also versucht, das Management sozusagen auf unserem Weg mitzunehmen. Das ist immer mal zwei Schritte nach vorn und wieder einen Schritt zurückgegangen, aber wir beschäftigen uns da mit einigen Themen. Ich glaube, die Zeit reicht nicht aus, die alle hier darzulegen. Vielleicht kann man das an anderer Stelle noch mal tun.

Judith Schulte-Loh

Ich möchte Sie, Herr Heppenstiel, jetzt gerne mit in die Runde einbeziehen. Wie heißt das richtig?

Ralf Heppenstiel

Outokumpu.

Judith Schulte-Loh

Outokumpu Nirosta, rostfreier Stahl. Das ist mir lieber. Bis 2012, glaube ich, gehörte es zu ThyssenKrupp und ist dann aufgekauft worden von Outokumpu.

Ralf Heppenstiel

Outokumpu, von diesem finnischen Konzern.

Judith Schulte-Loh

Outokumpu, das habe ich jetzt gelernt.

Ralf Heppenstiel

Das ist der weltgrößte Hersteller von Edelstahl flach; soviel nur am Rande. Trotz alledem ist natürlich der Name schwierig.

Judith Schulte-Loh

Wie kann man denn, abgesehen von dem Namen, sonst mit dem Konzern als europäischer Betriebsrat reden?

Ralf Heppenstiel

Es ist ja eben der Name ThyssenKrupp genannt worden. Der Kauf von Outokumpu vom Edelstahlbereich von ThyssenKrupp hat bei den Beschäftigten und natürlich bei den Betriebsräten in den jeweiligen Betrieben am Anfang schon zu einem bisschen Sorge geführt. Davon sind wir jetzt momentan ein Stück weg. Wir sind dabei, diese ganze Geschichte aufzulösen. Viel Vertrauen musste natürlich erst einmal geschaffen werden. Man muss sich einfach vorstellen: Wir waren gestern noch direkter Wettbewerb, und heute im Schulterschluss den Markt erobern, ist schon ziemlich schwierig. Das ist uns am Anfang nicht so gut gelungen. Es hat gemeinsam noch einmal den einen oder anderen, von den Gewerkschaften unterstützten Termin gegeben, wo wir den Verantwortlichen vom Konzern ein bisschen Wind unter den Flügeln gegeben haben. Ich hoffe persönlich, dass wir in der nahen Zukunft gemeinsam mit den finnischen Kollegen, mit den Schweden, Engländern in der Lage sind, wieder einigermaßen wettbewerbsfähig zu sein.

Der Kollege von Unilever hat eben etwas gesagt, was mich persönlich ein Stück weit bedrückt hat. Er sprach von einem Rückgang der Arbeitsplätze in Europa von 70.000 auf 30.000. Ich brauche hier niemandem im Raum zu sagen, dass es den Stahlbereich in den letzten Jahren hart getroffen hat.

Bei dieser Thematik möchte ich die Frage diskutieren: Wann hören wir endlich damit auf, Millionen in Sozialpläne zu investieren? Lasst uns lieber in Forschung und Entwicklung und in Innovationen investieren, damit auch dadurch der Wirtschaftsstandort Europa gestärkt wird. (Beifall)

Judith Schulte-Loh

Mit dem Kampf ums Überleben, also zu schauen, wie das Unternehmen am Markt erfolgreich sein kann, haben Sie alle Ihre Erfahrungen. Woran müssen Sie arbeiten? Herr Beks, Sie haben als Europäischer Betriebsrat vor zehn Jahren eine erfolgreiche Schlacht geschlagen, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Ich glaube, da sollte ein Werk in Maastricht geschlossen werden.

Giel Beks

Mein eigenes Werk!

Judith Schulte-Loh

Dann haben Sie gesagt: So aber nicht! Sie waren erfolgreich. Ist jetzt nicht ein Werk in Belgien in der Diskussion?

Giel Beks

Die Entscheidung ist gefallen. Das Werk in Harmignies, wo wir Weißzement produzieren, wird geschlossen. Dort streiten die Kameraden um ihre Sozialpläne. Ich weiß momentan nicht, wie die aktuelle Lage ist.

Judith Schulte-Loh

Was konnten Sie als Europäischer Betriebsrat machen? Sie konnten in der Vergangenheit ja schon einiges verhindern, was viel früher stattfinden sollte.

Giel Beks

Es war im Grunde ein ganz einfacher Weg. Der Betriebsrat hat sich mit einem Berater zusammengesetzt und einen Alternativplan ausgearbeitet, in dem stand, dass wir sehr gut weitermachen könnten. Wir haben diesen Plan unserer eigenen Führung angeboten. Sie hat den Plan sofort in die Schublade geschmissen. Das haben wir am Ende erfahren. Wir haben dann den Plan ins Deutsche übersetzt und sofort nach Heidelberg geschickt. Da kam es in die Hände unseres neuen Vorstandsvor-

sitzenden Dr. Scheifele. Er hat den Plan intensiv studiert und gesagt: Das ist ein guter Plan, was der Betriebsrat da ausgearbeitet hat. Das war unser Erfolg.

Es hat 60 Leute ihren Arbeitsplatz gekostet. Aber vorgesehen waren 180. Das war der Erfolg dieses Plans. (Beifall)

Judith Schulte-Loh

Herr Olbrys, Sie möchten das ergänzen?

Piotr Olbrys

Der Kollege eben sagte, dass in Belgien ein Betrieb geschlossen werden soll. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich daran, dass unser Konzern vor ein paar Jahren ein Werk in Brüssel schließen wollte. Wir als Europäischer Betriebsrat haben natürlich eine Diskussion begonnen. Die Kollegen haben protestiert. Jetzt gibt es dort Arbeitsplätze. Der Audi A1 wird nun in Brüssel produziert.

Die Diskussion wird weitergeführt. Nicht nur in unserem Konzern, sondern auch anderswo gibt es Werke, in denen die Produktionsmöglichkeiten nicht zu 100 Prozent ausgenutzt werden.

Die erste Bedingung ist: sichere Arbeitsplätze. Es kann nicht sein, dass man hier ein Werk baut und dort Menschen aus wirtschaftlichen Gründen entlässt. Damit sind wir nicht einverstanden. Heute ist es so, dass der Konzern investiert.

Wir im Betriebsrat sagen: Natürlich wollen wir Investitionen, aber nur unter der Bedingung, dass wir auf diese Weise Arbeitsplätze retten werden.

Ein konkretes Beispiel: Wir haben in Polen ein Werk, das eine andere Marke produziert, wo Arbeitsplätze bedroht sein können. Wir haben gesagt: Ja, wir wollen Investitionen, aber nur, wenn wir den Kollegen helfen können. Und so wird es sein.

Judith Schulte-Loh

Frau Ögren, mit welchen Herausforderungen haben Sie aktuell zu kämpfen? Wir reden über Restrukturierung und Werkschließung. Was kann man da als Europäischer Betriebsrat unternehmen? Was sind für Sie aktuell die Herausforderungen, mit denen Sie umgehen müssen?

Annika Ögren

Glücklicherweise haben wir noch keine interne Konkurrenz zwischen den einzelnen Fabriken in Europa gehabt. Es ist natürlich nicht garantiert, dass das so bleibt. Aber in der heutigen Lage ist das nicht so. Ein Teil der Produktion ist verlagert worden, aber nicht in Fabriken, die es schon gibt, sondern man hat neue Fabriken gebaut.

Das größte gemeinsame Problem für uns ist, dass sich das Unternehmen entschieden hat, befristet Beschäftigte gegen Zeitarbeiter auszutauschen. Das schwächt natürlich auch die gewerkschaftliche Stärke und verschlechtert selbstverständlich die Arbeitsbedingungen für alle. Es geht dabei nicht allein um Zeitarbeiter in Hochsaisonzeiten, sondern auch um Zeitarbeiter in Nebensaisonzeiten.

Judith Schulte-Loh

Hat die Zahl der gewerkschaftlich Aktiven schon sehr abgenommen? Das heißt, wie groß ist Ihre Basis für Ihre Arbeit? Wie groß ist Ihre Unterstützung?

Annika Ögren

In Schweden hatten wir einen Organisationsgrad von 96, 97, 98 Prozent. Jetzt haben wir 30 Prozent Zeitarbeiter. Dadurch sinkt der gewerkschaftliche Organisationsgrad. Es ist sehr viel schwieriger, diese Leute zu organisieren. Sie haben auch nicht dieselben Einflussmöglichkeiten und auch nicht die Informationen, die sie benötigen.

Judith Schulte-Loh

Frau Peveri, schauen wir nach Italien. Mit welchen Herausforderungen müssen Sie aktuell kämpfen?

Lucia Peveri

Im Finanzsektor insgesamt, nicht nur in Italien, stehen wir vor zwei großen Problemen. Die Informationstechnologie verändert natürlich das Verhalten und die Gewohnheiten der Menschen. Es kommen weniger Leute in unsere Filialen. Viele Finanzinstitutionen - damit meine ich die Handelsbanken - müssen schließen. Sie machen einfach zu.

Ein anderes Problem ist das Outsourcing. Das ist ein Prozess, der bereits seit etwa 15 Jahren im Gange ist. Hauptsächlich verlagern sich die Banken in den Nahen Osten. Es gibt eine neue Entwicklung, nämlich das sogenannte Nearshoring. Das heißt, die Banken und die Filialen suchen sich gesamte Dreh- und Angelpunkte für Informationstechnologien, „hubs“. Zum Beispiel werden in Polen Finanzzentren errichtet. Das ist nicht ungewöhnlich. Rumänien ist als Dreh- und Angelpunkt sehr beliebt. In Europa ist die Situation leichter, weil die politische Situation stabiler ist als im Nahen Osten. Es ist auch leichter, Rechte einzufordern.

Mitbestimmung besteht eigentlich so gut wie gar nicht. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist sehr, sehr niedrig. Sehr oft ist die Belegschaft aufgestückelt. Sie sind nicht alle in einer Gewerkschaft vertreten, sondern in vielen unterschiedlichen.

Wir als Europäische Betriebsräte versuchen, eine Vereinigung der Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern zu schaffen, damit die gewerkschaftlich Organisierten zusammengefasst werden. Dabei waren wir sehr erfolgreich.

Die Europäischen Betriebsräte haben also sehr mächtige Instrumente in der Hand, die wir auch gern nutzen. (Beifall)

Judith Schulte-Loh

Frau Renaud, Sie haben vorhin schon beschrieben, was Sie als Europäischer Betriebsrat bei TOTAL machen können. Wo sehen Sie aktuell die größten Herausforderungen für Sie? Womit müssen Sie sich beschäftigen?

Christiane Renaud

Zuerst einmal möchte ich noch auf etwas anderes zurückkommen, was unser Kollege gesagt hat. Wir haben nicht die Möglichkeit, TOTAL daran zu hindern, ein Unternehmen zu schließen. Mit der neuen Form der Anhörung können wir das Unternehmen dazu zwingen, Verhandlungen innerhalb der Gruppe durchzuführen, damit vielleicht jemand in die Gruppe zurückgenommen werden kann, aus der er zuvor herausgenommen wurde.

Wir haben auch eine Möglichkeit, hier zu arbeiten. TOTAL arbeitet sehr viel daran, dass wir Standorte zurückbekommen und den Unternehmen dann wieder ermöglichen, sich neu anzusiedeln. Wir haben natürlich sehr viel Wettbewerb auch unter den europäischen Ländern. Insbesondere im chemischen Bereich - das ist die Hälfte unserer Wirtschaftstätigkeit - haben wir große Betriebe wie zum Beispiel Denson, das ist ein Zulieferer für die Automobilindustrie. Da sahen wir, dass Betriebe von Frankreich nach Spanien, von Spanien nach Polen, dann nach Deutschland, dann nach Rumänien verlegt wurden. Da gab es natürlich auch hier beim Betriebsrat Reaktionen bei Investitionen, die manchmal nicht in Frankreich stattfinden. Wenn ein neues Unternehmen woanders in Europa angesiedelt wird, dann entgeht uns das ja. Ich sehe die nächsten Schwierigkeiten, die auf uns zukommen, dass nämlich Europa hier einen Überschuss an Rohöl haben wird. TOTAL hat fünf Raffinerien in Belgien, in Deutschland. Da haben wir sehr viele Kapazitäten. Das wird wahrscheinlich die nächste Herausforderung für uns sein.

Judith Schulte-Loh

Sie arbeiten als europäische Betriebsräte. Wie hat sich das verbessert? Und vor allen Dingen: Was konnten Sie tun für ein soziales Europa? Wenn wir uns das auch einmal perspektivisch angucken: Es gibt ja die neue EBR-Richtlinie, lange umstritten, nach langen Verhandlungen dann endlich in Kraft getreten. Zwei Jahre hatten die Staaten Zeit, sie tatsächlich in nationales Recht umzusetzen. Herr Soggeberg, hat sich durch diese Richtlinie tatsächlich die Arbeit des EBR, haben sich die Beteiligungsrechte erhöht oder verbessert, gerade wenn es um Unterrichtung und Anhörung, was hier immer die beiden Stichworte sind, geht?

Hermann Soggeberg

Grundsätzlich natürlich. Ich denke schon, dass sich die Dinge verbessert haben. Auch wir haben in 2010 unsere Vereinbarung angepasst, auch wenn sie noch auf altem Recht basiert. Letztendlich war aber Grundlage die neue Richtlinie. Natürlich konnte man dadurch sehr viel mehr machen. Wir haben mehr Möglichkeiten, uns zu treffen. Wir haben jetzt statt einer zwei Plenarversammlungen im Jahr. Wir sehen uns in einem engeren Ausschuss monatlich und versuchen, hier Informationen und Konsultationen zu bekommen.

Auf jeden Fall auch deutlich besser ist jetzt definiert: Was ist denn transnational und was ist nicht transnational? Wir haben mehr Schulungsmöglichkeiten. Ja, das hat sich verbessert. Aber wenn Sie mich fragen würden, ob das reicht, muss ich sagen: Das reicht natürlich nicht. Wir brauchen schlicht in Europa weitgehende Mitbestimmungsrechte, damit man die Mitbestimmung in den Ländern damit nicht aushöhlen kann. Das wird immer wieder versucht. (Beifall)

Judith Schulte-Loh

Wer von Ihnen möchte zur Richtlinie und dazu, wie sie die Arbeit beeinflusst, ergänzen? Ich möchte nicht jeden von Ihnen einzeln fragen. Vielleicht haben Sie in den Ländern unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Vielleicht sagen Sie: Bei mir spielt das gar keine Rolle. Oder: Bei uns war das wirklich eine Verbesserung, eine Veränderung.

Christiane Renaud

Wir hatten ja drei Bereiche im Bereich der Richtlinie zu behandeln. Jetzt stellen wir fest, dass es nicht ausreichend ist. Wenn ein Land betroffen wird zu einem bestimmten Zeitpunkt, dann ist es sehr schwierig zu sehen, welche Folgen es für andere Länder später haben wird. Als zum Beispiel ein Petrochemiezentrum in England geschlossen wurde, hat man uns gesagt: Das betrifft Sie ja nicht, das ist nur England und die anderen Zentren werden davon überhaupt nicht betroffen. Aber danach haben wir festgestellt, dass das Zentrum in England geschlossen wurde, dann ging die entsprechende Produktion nach Frankreich und Belgien und wir hätten denken können, das sei transnational. Aber am Anfang wussten wir das nicht. Da gibt es wirklich bestimmte Schwierigkeiten.

Giel Beks

Wir sind hier mit verschiedenen Betrieben. Unilever ist schon seit 100 Jahren, denke ich, ein Konzern mit einem Konzerngedanken. Meine eigene Firma, HeidelbergCement, war in den 80er-Jahren nur ein kleines, in Süddeutschland orientiertes Zementgeschäft. Jetzt sind wir die Drittgrößten in der Welt. In den 80er-Jahren war der Nachbar noch verfeindet, jetzt ist er Kollege. 40 Jahre Feindschaft werden nicht ausgetrichen durch 20 Jahre im gleichen Konzern.

Wir haben auch neue Verhandlungen gemacht, danach kam eine Zwischenzeit und jetzt sind wir so weit, dass wir um das kämpfen wollen und das machen, was wir da niedergeschrieben haben. Es steht jetzt auf Papier, aber es muss noch gelebt werden. Daher kommt auch der Brief von unserem Rechtsanwalt an unseren Vorstand mit dem Inhalt: Du hast es niedergeschrieben, aber wir wollen jetzt, dass Du es auch so machst.

Judith Schulte-Loh

Aber was ich noch nicht verstehe und was ich ganz spannend finde: Sie sagen, Sie waren so lange Konkurrenten und sind jetzt zusammen. Wie schafft man es, jetzt zusammen zu sein und die Konkurrenz zu vergessen, die einmal war? Wie kriegt man das hin? Was können Sie als Betriebsräte da machen, um eine Form von Kommunikation in Gang zu bringen, damit Sie tatsächlich sagen können: „Wir sind jetzt zusammen“?

Giel Beks

Wir probieren, das Vertrauen der anderen Kollegen zu gewinnen. Das geht leider nur sehr, sehr langsam. Wir sprachen von dem Werk in Brüssel, das jetzt geschlossen wird. Es hat sehr lange gedauert, bis das zu mir gekommen ist. Und wenn man nichts weiß, kann man auch nichts machen.

Judith Schulte-Loh

Warum? Weil es zu wenig bekannt ist, was die europäischen Betriebsräte machen? Oder warum? Warum dauert es so lange, um jetzt mal konkret bei dem Beispiel zu bleiben - ich denke, so etwas kann man ja an mehreren Stellen beobachten -, dass man zu spät zu Ihnen kommt und dann die Sache eigentlich schon gelaufen ist?

Giel Beks

Ich war im Oktober, glaube ich, auf einer Versammlung des EBR in Brüssel bei der internationalen Gesellschaft. Ein deutscher Kollege hat dort gesagt: Leute denkt daran - wir denken immer -, das Hemd ist nicht der Minirock. Aber wenn wir nicht zusammenarbeiten, gibt es sofort Regen, und dann wird das Hemd nass. Dann stehen wir schön da.

Judith Schulte-Loh

Das ist ein guter Spruch, aber der muss ja umgesetzt werden. Wird der auch begriffen?

Giel Beks

Ich glaube, noch nicht. Aber das kommt.

Judith Schulte-Loh

Wie sehen Sie das, Herr Heppenstiel? Welche Erfahrungen machen Sie da, was Konkurrenz und Zusammenarbeit angeht?

Ralf Heppenstiel

Das Thema Vertrauen spielt natürlich eine große Rolle. Ich denke, es ist die Rolle, die alles überragt. Trotz allem ist es die Aufgabe von Arbeitnehmervertretern, Gewerkschaftlern, dass man andere Kulturen, andere Traditionen nicht nur versteht, sondern auch wirklich mit ernstem Willen versucht zu hinterfragen, um zu erfahren, was letztendlich bei den unterschiedlichsten Themen in den Ländern los ist.

Trotz alledem vielleicht noch einmal der Blick auf Europa. Wir sind ja in vielen Punkten in Europa gar nicht so homogen. Nach wie vor findet ja in den Wirtschaftseinheiten - zum Beispiel Deutschland im Vergleich zu Finnland - ein relativ harter wirtschaftlicher Kampf statt, ein Wettbewerb allein in der Frage von Stromkosten. Deswegen kann ich auch noch einmal an Sigmar Gabriel und sein klares Statement erinnern, dass auch die energieintensiven Industrien hier in Deutschland aus dieser Schmutzdecke herauskommen und nach wie vor, wenn sie im internationalen Wettbewerb stehen, auch eine Chance haben müssen, wirtschaftlich hier in Europa agieren zu können. Das ist ganz wichtig, damit wir hier auch eine Chance für die Arbeitsplätze haben. (Beifall)

Judith Schulte-Loh

Ich streite jetzt mit Ihnen nicht über die Energiewende und die Finanzierung. Das lassen wir jetzt außen vor.

Ralf Heppenstiel

Nein, aber der Punkt ist: Über Qualifikation, über das Verständnis der unterschiedlichen Kulturen und der gewerkschaftlichen Strömungen wird es uns in der nahen Zukunft wahrscheinlich gelingen, da auch Verständnis zu erlangen. Aber es ist noch ein langer Weg bis dahin. Da sind die wirtschaftlichen Akteure relativ schnell. Das hat da weniger mit Vertrauen zu tun. Da sind wir auf der Ebene der Betriebsräte ein Stück sensibler und die Haut ist ein bisschen dünner.

Judith Schulte-Loh

Herr Olbrys.

Piotr Olbrys

Um Ihre Frage ein wenig zu beantworten, was sich bei uns verändert hat seit der Richtlinie und ob das notwendig war, möchte ich eine These aufstellen: Ja, es war notwendig. Und es ist auch klar, dass die Bestimmungen nicht alle unsere Erwartungen erfüllen. Vielleicht sollte man an weiteren Regulierungen arbeiten und sagen, wo sie notwendig sind. Aber, um ein bisschen zu uns zurückzukehren, in unseren Bereich: Es hat sich nichts verändert bei uns. Ich habe keine Veränderung gespürt. Wie bereits gesagt, versuchen wir, die Richtlinie immer an verschiedenen Punkten um die Mitbestimmung zu erweitern. Wir werden von den deutschen Kollegen auch unterstützt. Es gibt auch eine Struktur außerhalb des Betriebsrates, eine Struktur von IG Metall Wolfsburg „InterSoli“. Dort sprechen wir mit Kollegen aus Mittel- und Osteuropa, auch mit den deutschen Kollegen. Dort besprechen wir auch die Themen, die im Gesetz, in der Richtlinie geregelt werden.

Deshalb zum Abschluss: Wir haben nicht viele Veränderungen direkt gespürt.

Judith Schulte-Loh

Ich würde gerne von Ihnen noch wissen, inwiefern man tatsächlich sagen kann, dass der EBR in nationale Systeme integriert, eingebettet ist. Denn wenn man schlagkräftig ist - so stelle ich mir das von außen vor -, muss das sein. Es muss die Kommunikation im EBR tatsächlich funktionieren, und das muss mit den nationalen Arbeitnehmervertretungen zusammenspielen.

Hermann Soggeberg

Ich kann nur sagen: Inzwischen ist es uns tatsächlich gelungen, den EBR in unseren Unternehmen fest zu etablieren. Das heißt, es gibt bestimmte Informationskaskaden. Das ist bei transnationalen Dingen, sofern es Einigkeit darüber gibt, dass sie transnational sind, auf jeden Fall eine klare Verabredung: Zuerst wird der europäische Betriebsrat informiert und konsultiert. Danach geht es in die Länder. Somit gibt es dort tatsächlich eine gute Verknüpfung. Es gibt, glaube ich, in keinem Land in Europa in unserem Unternehmen mehr einen Personalleiter, der nicht weiß, was der europäische Betriebsrat ist oder macht. Insofern hat sich schon einiges verändert.

Ich bin immer wieder beeindruckt, wenn ich höre, was für tolle Strukturen wir zum Beispiel bei VW haben. Das beeindruckt mich extrem. Das müssten Best-Practice-Beispiele sein, finde ich, wenn man auch darüber nachdenkt, wie sich eine Richtlinie zukünftig zu verändern hat. Das finde ich ein tolles Beispiel dafür, wie Ihr das auch ohne Gesetze, die dann existieren, umgesetzt habt. Für andere ist das aber extrem wichtig, auch für einen extremen Druck in Richtung Europa, hier wirklich etwas umzusetzen.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, als es darum ging: Wie kriegt man die Kommunikation untereinander hin, und wie kann man Konkurrenz untereinander ein bisschen vermeiden? Aber genau dafür sind europäische Betriebsräte ein gutes Forum. Genau das passiert da. Uns versucht man ständig zu erzählen, dass die Standorte in anderen Ländern deutlich besser sind als der eigene. Wir nutzen unsere internen Sitzungen, das miteinander abzugleichen. Damit relativiert sich vieles sehr schnell. Damit haben sich die Diskussionen auf europäischer Ebene total verändert, in den Ländern dann auch.

Judith Schulte-Loh

Das heißt, das ist für Sie in erster Linie das Gremium, in dem Informationen gesammelt werden, mit denen man dem Arbeitgeber entgegentreten kann und auch argumentieren kann?

Hermann Soggeberg

Ja. Das geht teilweise sogar so weit, dass die nationalen Arbeitsdirektoren die Betriebsräte fragen: Was gibt es Neues?

Judith Schulte-Loh

Das ist jetzt auch wieder ein bisschen viel.

Hermann Soggeberg

Ich weiß nicht, ob das zu viel ist, ob die sich nicht intern besser vernetzen sollten. Da kann ich denen nicht helfen. Letztendlich gibt es solche Fälle - das wird mir immer wieder berichtet -, dass man aus europäischen Sitzungen zurückkommt und man national gefragt wird: Was habt Ihr da gehört, können wir jetzt bestimmte Dinge machen? Gerade wenn es um die Frage von Restrukturierung geht, gibt es ganz oft die Frage: Was habt Ihr europäisch vereinbart, und in welchem Rahmen können wir das jetzt tun?

Judith Schulte-Loh

EBR und nationale Systeme, wie ist Ihre Erfahrung, ergänzend? Jetzt haben wir auf der einen Seite den deutschen Blick eines Unternehmens. Wir gehen wieder in den Bankensektor.

Lucia Peveri

In Zusammenarbeit mit UNI Finance zum Beispiel versuchen wir jetzt, Bündnisse zwischen den Gewerkschaften herzustellen. Das ist sehr hilfreich. Denn erstens ist es so, dass die Anzahl der Vertreter in einem EBR sehr oft zu begrenzt ist. Damit ist es eigentlich gar nicht möglich, dass alle Gewerkschaften darin vertreten sind. Wir sind die Vertreter der Gewerkschaften, und das ist ein Problem, vor allem wenn man versucht, alle Gewerkschaften nach dem Prinzip der Pluralität vertreten zu sehen.

Also: Wir bilden die Allianzen, die koordiniert werden von dieser europäischen Vereinigung. Dort kann man direkt europäische Strategien einsehen. Deswegen gibt es Parallelstrukturen, die aber nicht miteinander konkurrieren oder im Gegensatz zueinander stehen, sondern wir ergänzen uns gegenseitig. Aber wir haben einen Ansatz gewählt. Bei UniCredit ist es so, dass das Bündnis der Gewerkschaften genutzt wird, um das Management vorzubereiten und über globale Rahmenabkommen zu informieren. Somit versuchen wir, eine gemeinsame Plattform von Grundrechten einzuführen und zu garantieren. Das ist wirklich unerlässlich. Denn wir wollen die Rechte eines jeden Arbeitnehmers stärken.

Also: Das Gewerkschaftsbündnis arbeitet in den EBRs sehr stark zusammen. Vielleicht können wir damit wirklich Veränderungen herbeiführen. Wir nutzen unterschiedliche Instrumente, machen viele Experimente. Dazu gibt es eigentlich keine rechtlichen Bestimmungen. Als Gewerkschaftsbewegung auf europäischer Ebene haben wir sowieso schon sehr viel erreichen können.

Ich möchte noch etwas erwähnen, wenn es um Aus- und Weiterbildung geht. Aus- und Weiterbildung ist manchmal ein bisschen zu stark vernachlässigt worden. Deswegen brauchen wir Weiterbildungsprogramme für Mitglieder des EBR, die gewerkschaftlich organisiert werden. Denn sonst wird es einfach nie funktionieren. (Beifall)

Judith Schulte-Loh

Gibt es diese Schulung zu wenig? Schulung ist auch ein Thema in der Richtlinie gewesen nach dem Motto: Mehr Schulung für die europäischen Betriebsräte, Schulungen, die tatsächlich von den Arbeitgebern bezahlt werden. Ist das Angebot zu gering?

Piotr Olbrys

Es gibt natürlich solche Ausbildungsmodulare. Aber oftmals ist es so, dass das Management die organisiert. Deswegen entspricht das nicht dem, was wir uns wünschen würden. Deswegen würden wir es bevorzugen, wenn wir eine europäische Or-

ganisation wie die ETUI hätten, das Institut für europäische Gewerkschaften, das ein sehr starkes Interesse daran hat und sehr gut darin ist, diese Kurse durchzuführen. Ich war bei manchen zugegen. Die sind wirklich sehr gut organisiert. Somit schafft man ein sehr viel stärkeres Bewusstsein des Zusammengehörigkeitsgefühls und des Zugehörigkeitsgefühls zu den Gewerkschaften. Das brauchen wir. Denn manchmal sind die Gewerkschaften bei uns nicht tatsächlich die Repräsentanten der Belegschaft.

Judith Schulte-Loh

Frau Renaud dazu.

Christiane Renaud

Zu der Zusammenarbeit und der Koordinierung: Wir hatten eine Regelung eingeführt. Wir hatten gesagt, es gibt eine Frist von 24 Stunden. Da haben wir festgestellt, dass das in allen Fragen beachtet wurde. Wir müssen immer eine gewisse Frist vorsehen. Denn alle Mitglieder des europäischen Betriebsrats müssen nach Hause fahren. Sie sind selber Mitglied im nationalen Betriebsrat. Sie brauchen eine gewisse Zeit, um zu informieren. Aber wir können sagen: Wir werden praktisch sofort informiert. Dadurch, dass das die gleichen Personen sind, ist das gewährleistet.

Ansonsten ist es so, dass wir eine Vereinbarung haben. In der Vereinbarung ist es so, dass alle vier Jahre die Vertreter ersetzt werden durch die stellvertretenden Mitglieder. Das sind Tage, die durchgeführt werden. Wir haben zum Beispiel in diesem Jahr ein Programm erarbeitet für die Fortbildung. Das wurde von uns selber in Brüssel organisiert. Das wird nicht vom Management durchgeführt. Es gibt auch eine Ausbildung in Fremdsprachen. Das können alle in Anspruch nehmen.

Judith Schulte-Loh

Wir brauchen eine bessere Ausbildung, eine Schulung, wir müssen kräftiger werden, auch als Gewerkschaften. Ich denke, das gilt für alle. Durch die Krise sind die Gewerkschaften geschwächt worden. Wir haben heute auf dem Podium Süd-, Ost- und Westeuropa vertreten aus den verschiedensten Branchen. In der Krise wurden Arbeitnehmerrechte außer Kraft gesetzt. Es ist keine vertrauensbildende Maßnahme, wenn man denkt: Was macht meine Gewerkschaft für mich? Das heißt, Sie müssen mehr Zuspruch zurückgewinnen, um so etwas wie das Thema „Ein soziales Europa“ zu gestalten. Was können Sie als europäische Betriebsräte machen, oder was ist Ihnen wichtig, wenn es darum geht, ein soziales Europa zu gestalten und damit wieder eine andere Form von Öffentlichkeit zu bekommen und wieder mehr Vertrauen? Wenn ich das so formulieren darf. - Jetzt fangen wir ganz überraschend bei Ihnen, Herr Heppenstiel, an.

Ralf Heppenstiel

Ich denke, ein gewerkschaftlicher Zuspruch, so viel Zeit muss sein. Bei einem Organisationsgrad im Betrieb von 99 Prozent haben wir weniger Sorgen. (Vereinzelt Beifall) Da fällt natürlich das Thema „Wie betreue ich Mitglieder?“ und „Wie bringe ich das Thema Qualifikation in die Betriebe?“ wesentlich leichter. Das ist eine Herausforderung, aus meiner Sicht eine Schlüsselherausforderung, der man sich stellen muss. Ist man in den Betrieben schwach organisiert, ist das ganze Thema der Qualifikation von Betriebsräten natürlich auch schwierig zu erringen.

Vorhin wurde das Thema „Krise“ angesprochen. Nach wie vor fällt es den Betriebsratsgremien an den jeweiligen Standorten immens schwer, momentan Weiterbildungsmaßnahmen in einem wirtschaftlich schwach aufgestellten Unternehmen durchzudrücken.

Zum Thema „Nachwuchsplanung“: Damit hat man zunächst ein schönes Ziel. Aber alle vier Jahre sind Wahlen, und dann entscheidet der Wähler das eine oder andere auch mal so, dass die Nachwuchsplanung kaputt geht. Das ist auch wieder so eine Geschichte. Es ist vielleicht auch gut so, dass es so ist.

Europawahlen stehen ja jetzt auch an. Deswegen erlaubt mir vielleicht noch ein kleines politisches Statement. Ich habe hier viele Verantwortliche von den jeweiligen Verwaltungsstellen gesehen. Ich habe die Bitte: Treibt die Betriebsräte wirklich in die Buden, dass die den Beschäftigten wirklich deutlich machen, wie wichtig die Wahl ist. Europa hat ja viel Gutes gemacht. (Beifall)

Ich will einfach nur einmal das Thema „Leiharbeit“ nennen, die man hier in Deutschland im Rahmen der ersten Schritte nur bedingt ordentlich umgesetzt hat. Aber auch hier ist man mittlerweile auf einem guten Weg. Trotz alledem findet an den Stammtischen immer noch die bescheuerte Diskussion über den Neigungsgrad der Banane und die Frage statt, wie lang eine Salatgurke sein muss. Das muss aus den Köpfen raus. Die Leute müssen merken, dass Europa mehr ist als das, was damals an Entscheidungen getroffen worden ist. Ja, das stimmt. Aber Europa muss einfach auch zeigen, was es kann. Ich bin mir si-

cher, dann wird es uns auch gemeinsam gelingen, eine vernünftige Wahlbeteiligung hinzubekommen. Aber da müssen auch Menschen ran.

Judith Schulte-Loh

Der Aufruf zur Wahl ist das eine; da stimme ich Ihnen zu. Aber welches Argument haben Sie dafür, diejenigen zu überzeugen, zur Wahl zu gehen, die noch nicht überzeugt sind, ob sie zur Wahl gehen wollen?

Ralf Heppenstiel

Hier ist schon des Öfteren das Thema „Krieg“ angesprochen worden. Wenn ich sehe, wer es sich mittlerweile herausnimmt, für Europa zu kandidieren, dann muss doch zumindest jedem hier im Saal klar sein: Hier muss alles getan werden, um die Braunen zu verhindern. (Lebhafter Beifall) Das wird einem natürlich in Betrieben mit einem hohen Organisationsgrad zusammen mit Gewerkschaften gelingen, die einem zur Seite stehen. Letztlich waren es Gewerkschaften, die in der damaligen Zeit stark gelitten haben. Von daher sehe ich über dem Weg eine Riesenchance. Das muss einfach politisiert werden. Wir dürfen das nicht verschweigen.

Judith Schulte-Loh

Herr Olbrys.

Piotr Olbrys

Der Kollege hat gesagt, dass die Braunen, die Faschisten keine Stimme haben sollten. Aber die Liberalen, denen das soziale Europa gleichgültig ist, sollten auch nicht eine zu starke Stimme haben. In Polen haben wir eine liberale Regierung, die, generell gesehen, Gesetzentwürfe vorbereitet hat, die die Gewerkschaften zerstören sollen. Das sollte nicht stattfinden. Ein solches Europa wollen wir nicht.

Das betrifft auch die Arbeitgeber. Viele Arbeitgeber in Polen, vielleicht 90 Prozent, meinen, dass es keine Gewerkschaften geben sollte, dass sie das Recht haben, über die Menschen zu verfügen, ihnen schlechte, prekäre Arbeitsplätze zu geben, damit sie bis zum Tod arbeiten und so weiter. Das sehen wir nicht so.

Solche Beispiele, in denen es Mitbestimmung in den Betrieben gibt, zeigen uns, dass es gut ist, dass es so ist. Wir zeigen die Best Practices anhand unseres Betriebes, unseres Werkes. Wir zeigen, dass die Menschen hier stark sind, dass sie gute Arbeitsplätze und gute Löhne haben. So sollte es auch auf nationaler Ebene in der trilateralen Kommission sein, wie es bei uns heißt. Aber die polnische Regierung strebt den Dialog nicht an. In der trilateralen Kommission war es so, dass wir die zum Teil verlassen mussten.

Wir fragen uns jetzt: Was sollen wir den jungen Menschen sagen, damit sie wählen gehen, damit sie den Gewerkschaften beitreten? Obwohl wir hervorragende Arbeitsbeziehungen mit den Leiharbeitnehmern bei uns im Konzern haben, wird uns nichts geschenkt. Wir müssen ständig kämpfen, damit es diese Dinge gibt.

Bei einer der Konferenzen habe ich von einem erfahrenen Kollegen, einem spanischen Gewerkschafter, einen Satz gehört. Der ist gefragt worden: „Was soll ich jungen Leuten sagen? Wie soll ich sie davon überzeugen, dass sie der Gewerkschaft beitreten sollen oder dass sie wählen gehen?“ Dazu sagte er nur einen Satz. Er sagte: „Ich sage Ihnen, Rechte werden nicht vererbt; man muss sie sich immer wieder neu selbst erkämpfen.“ (Lebhafter Beifall)

Judith Schulte-Loh

Frau Renaud, was sagen Sie in Frankreich? Wir hören bei Ihnen natürlich flammende Appelle, zur Wahl zu gehen und zu schauen, dass die Rechten nicht zu stark werden; denn das Aufkommen der Rechten in Europa ist eine Katastrophe. Diese hat aber natürlich auch Ursachen. Man kann ja zu erklären versuchen, warum die Front National in Frankreich einen solchen Zulauf hat. Warum wird auf einmal eine rechte Partei fast hoffähig, was man sich vor einigen Jahren noch gar nicht hat vorstellen können? Durch diese wird zumindest schon bei den Kommunalwahlen bereits einiges auf den Kopf gestellt. Die Menschen haben keine Arbeit oder verlieren Arbeit. Die Zukunft ist unsicher. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in vielen europäischen Ländern wahnsinnig hoch. Es gibt keine Perspektive. Wie kann man da als europäische Gewerkschaft, die ein soziales Europa gestalten will, gegensteuern? Welches sind für Sie die wichtigsten Punkte dabei? Man muss ja an die Grundlage gehen.

Christiane Renaud

Das ist natürlich sehr schwierig. Bei den Gewerkschaften ist es so, dass wir einen gewerkschaftlichen Grad von nicht einmal zehn Prozent haben. Das Bild der französischen Gewerkschaften nach außen hin ist nicht sehr gut.

Das, was Sie jetzt von der Front National gesagt haben, ist sehr beunruhigend, ist wirklich beunruhigend. Ich habe den Eindruck, dass auch die Jungen, die sich jetzt gegen die Front National mobilisiert haben, dabei sind, dagegen anzukämpfen. Ich hoffe, dass das gelingen wird. Man kann das nur hoffen. Sie sind jedenfalls um uns herum dabei, das zu versuchen. Das wird natürlich alles durch die Medien weiter verbreitet werden. Aber ich weiß nicht, ob die Stimme der Jugendlichen wirklich ausschlaggebend sein wird bei der französischen Bevölkerung.

Hermann Soggeberg

Wenn man als deutscher Vorsitzender eines Betriebsrates zum Beispiel nach Frankreich oder nach Spanien geht, wo ich relativ häufig bin, weil meine Stellvertreterin dort angesiedelt ist, dann kann ich sagen: Meine Stellvertreterin hatte mich kürzlich zu einer Betriebsversammlung eingeladen. Dort muss ich als Deutscher zunächst einmal erklären, dass ich eben nicht Anhänger der Merkelschen Politik bin, um dort überhaupt gehört zu werden und um zu erreichen, dass man mir überhaupt zuhört.

Ich finde, dass es in diesem Zusammenhang ganz wichtig ist, sich die Frage zu stellen: Wie bekommen wir die Menschen wieder in die Gewerkschaften zurück, insbesondere in Südeuropa, wo die Arbeitnehmerrechte wirklich extrem beschnitten werden, was sich auch unser Unternehmen zunutze zu machen versucht, indem einige Dinge einfach weggestrichen werden? Und das geschieht auch noch mit sehr fadenscheinigen Begründungen.

Ich glaube, dass es zunächst wichtig ist, Perspektiven aufzuzeigen, auch als Gewerkschaften, die Hoffnung nicht aufzugeben, zu vermitteln, dass man wirklich etwas erreichen kann. Man muss eben hartnäckig am Ball bleiben. Das können wir als Betriebsräte, die jeden Tag in den Betrieben sind, nur dadurch leisten, dass wir an jedem Tag mit jedem Einzelnen darüber reden, insbesondere mit den jungen Leuten darüber reden. Vielleicht machen wir das noch zu wenig. Ich finde es extrem wichtig, dass man gerade die Jugend- und Auszubildendenvertretung immer wieder in ganz viele Dinge einbezieht, dass man sie dafür interessiert, an diese politische Arbeit heranzugehen. Es muss Vertrauen gebildet werden, und das müssen wir jeden Tag erneut versuchen. (Beifall)

Judith Schulte-Loh

Was brauchen Sie, Frau Ögren, um diese Arbeit noch besser zu machen? Was brauchen Sie mehr als Europäischer Betriebsrat, um noch erfolgreicher und effektiver sein zu können? Ich mache jetzt eine Art Wunschkatalog auf.

Annika Ögren

Ich habe jetzt leider etwas verpasst. Vielleicht kann der Dolmetscher das noch einmal wiederholen.

Judith Schulte-Loh

Ich würde gern in einer weiteren Runde darüber sprechen, was Sie als europäische Betriebsräte brauchen, also so etwas wie einen Wunschkatalog aufmachen. Was brauchen Sie, um Ihre Arbeit in Zukunft noch besser, effektiver machen zu können? Was für eine Form von Unterstützung brauchen Sie?

Annika Ögren

Da gibt es verschiedene Wünsche auch von verschiedener Seite, welche Unterstützung wir brauchen. Ein wichtiger Teil für mich ist, dass das Unternehmen uns als einen Faktor sieht, der positiv für die Arbeitnehmer und das Unternehmen ist, und nicht nur als Kostenfaktor. Das, glaube ich, ist vor allem wichtig. Dann natürlich immer Information, Ausbildung, Weiterbildung, auch darüber haben wir gesprochen, auch die Weiterbildung für Arbeitnehmer. Es ist schon gesagt worden, da geht es darum, dass wir die verschiedenen europäischen Gewerkschaftsstrukturen verstehen, zum Beispiel die Sprachen lernen, damit wir uns gegenseitig verstehen können.

Judith Schulte-Loh

Verschiedene Gewerkschaftskulturen lernen, Arbeitgeber dazu bringen, tatsächlich mehr zu unterstützen, mehr in den Dialog zu treten; daran hängt vieles, muss man sagen. Das ist ein ausgesprochen schwieriges Projekt. Was braucht man an Unterstützung, um das hinzubekommen?

Lucia Peveri

Darf ich einfach erwidern: Geld, Ressourcen? Das ist es eigentlich. Darum geht es. Was wir wirklich brauchen, ist eine Umverteilung der Ressourcen. Bernadette sprach bereits über die Sparpläne. Die müssen wir aufhalten, die müssen wir zum Ende bringen. Ich komme noch einmal auf Ihre Frage zu sprechen. Die europäischen Bürger würden gegen Europa stimmen, wenn Europa nur mit Sparmaßnahmen in Verbindung gebracht wird. Das ist das Problem. Meiner Meinung nach ist es so, dass die Gewerkschaftsbewegung im Moment die einzige Stimme ist, die sich dagegen ausspricht. Ich bin mir nicht so sicher, ob alle politischen Parteien, für die wir stimmen mögen, wirklich gegen diese Sparmaßnahmen sind. Also, ich gehe natürlich

wählen. Daran besteht kein Zweifel. Aber ich habe auch meine Skepsis. Wir müssen als Gewerkschaftsbewegung stärker werden, weil wir die einzigen sind, die sich gegen diese Sparmaßnahmen und Sparpakete aussprechen und die eine ungleiche Verteilung in allen möglichen Ländern verhindern wollen. Es gibt die Ressourcen, aber wir müssen sie anders verteilen und sinnvoll nutzen.

In meiner Gewerkschaft und auf der europäischen Ebene bitte ich darum, echte Solidarität untereinander herbeizuführen. Solidarität ist das Schlüsselwort in diesem Zusammenhang. Es steht auch hier auf der Leinwand. Wenn ich mich nicht als Europäerin fühle, sondern nur denke: Ich bin Italienerin, dann ist das gut, aber nicht gut genug. Ich muss sagen können: Ich bin Lucia aus Europa. Nicht: Ich bin Lucia aus Italien. Das macht den Unterschied aus. Wir fühlen uns nicht wie europäische Bürger. Deswegen müssen wir meiner Ansicht nach in den Gewerkschaften und durch die Arbeiterbewegung dieses Bewusstsein schaffen, natürlich auch in der Zivilgesellschaft. Wir müssen das Gefühl für das soziale Europa schaffen. Das würde ich mir von Herzen wünschen. Das ist mein Traum. (Beifall)

Judith Schulte-Loh

Herr Olbrys.

Piotr Olbrys

Um auf Lucia zu antworten: Wir sitzen in einem internationalen Kreis, und wir können sagen, das ist wirklich schon Realität. Europa, das sind wir. Aber um die Frage zu beantworten: Was brauchen wir? Klar, man kann natürlich über viele operative einfache Dinge aus der Sicht des Werkes sprechen. Ein Betriebsrat in Polen kann auch mit der Gewerkschaft im Prinzip gleichlautend sein. Da gibt es also vieles, was wir brauchen, Mittel, Örtlichkeiten, Arbeitsplätze, freigestellte Gewerkschafter und Betriebsräte. Aber was wir wirklich brauchen, das sind gute Beispiele. Bei der Mitbestimmung brauchen wir Beispiele, wo ein Weg vom Betriebsrat besritten wird, wo sie die Mitverantwortung übernehmen und wo uns das Beispiel zeigt, dass es gute Ergebnisse bringt und auch sichere Arbeitsplätze, denn das ist der höchste Wert für die Arbeitnehmer, also positive gute Beispiele.

Judith Schulte-Loh

Sie zum Schluss, Herr Beks. Sie sind schon lange dabei, und Sie haben wirklich Höhen und Tiefen auch der Arbeit eines Europäischen Betriebsrats mitgemacht. Sie haben ein Werk gerettet, müssen auch erkennen, wo Grenzen sind und was man einfach nicht schaffen kann, auch wenn man es sich vornimmt. Wenn Sie schauen, was man als europäischer Betriebsrat braucht, um zukünftig schlagkräftiger sein zu können? Woran denken Sie da?

Giel Beks

Zeit, ganz einfach Zeit. Ich habe einen Sohn, der hat eine Freundin, die kommt aus Portugal. Wir leben hier schon seit Jahren in einer Demokratie. Das Mädchen nicht. Ihre Eltern haben noch die Diktatur mitgemacht. Wenn mein Sohn, was seine Freundin ihm täglich sagt, vergleicht, was wir hier in Europa haben, dann seht Ihr ganz große Unterschiede. Wir sprechen hier über Betriebsräte. Die haben wir in Deutschland, Österreich, der Niederlande; in anderen Ländern in Europa sind sie gar nicht da.

Das Erste, was wir in meinen Augen jetzt brauchen, ist, dass wir alle auf den gleichen Stand kommen, dass wir alle über dasselbe reden. (Beifall) Wenn das so weit ist, dann können wir auch weitere Schritte machen. Dafür brauchen wir Betriebsräte auch in den anderen Ländern. Ich denke, dass die Gewerkschafter jetzt im Norden nicht so froh sind. Aber wenn die Betriebsräte alle die gleiche Struktur haben, dann werden wir, glaube ich, den Weg machen. Den Braunen, die immer sagen „Es ist Deine Schuld“, sollten wir zeigen, dass man es anders machen kann.

Wenn, dann haben die Gewerkschafter an Einfluss verloren, als es gutging. „Ich brauche die nicht, ich mache das selber.“ Ich bin EDV-Mitarbeiter. In meiner Fachgruppe war früher keiner Mitglied der Gewerkschaft – bis es schlecht ging. Dann kamen sie. Wir haben 2005 den großen Streik gehabt. Davor hatten wir einen Organisationsgrad von 40, 50 Prozent, nachher 99,9 Prozent. (Beifall) Die Leute sollen sehen, dass sie die Gewerkschafter brauchen. Das haben wir zu wenig gemacht. Wir haben zu viel verteidigt und sind zu wenig in die Offensive gegangen. Ich war vor einigen Monaten in den Niederlanden. Es gab ein neues Mitglied unseres Bundesvorstands, es war eine Frau mit Kraft, so wie die Frau aus Frankreich. Das brauchen wir. (Beifall)

Judith Schulte-Loh

Sie, meine Damen und Herren, haben jetzt den Anfang gemacht. Ich sage ganz herzlichen Dank an die Runde. Hermann Soggeberg, Giel Beks, Annika Ögren, Piotr Olbrys, Lucia Peveri, Christiane Renaud und Ralf Heppenstiel, herzlichen Dank,

dass Sie uns Europa hier zusammengebracht haben und die Arbeit der Europäischen Betriebsräte vorgestellt haben. Ganz herzlichen Dank. Sie brauchen Zeit und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit. Ihnen herzlichen Dank für Ihr Interesse. (Beifall)

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, das war ein ganz plastisches Beispiel auch von Europäisierung, wie wir im Rahmen unseres Kongresses über die ganz praktischen Erfahrungen von europäischen Betriebsräten aus sechs Ländern in sieben Konzernen informiert wurden. Ganz herzlichen Dank im Namen der Delegierten, im Namen des GBV. Wir werden Euch weiterhin unterstützen, wir brauchen mehr Mitbestimmung auch in Europa. Vielen Dank. (Beifall)

Judith Schulte-Loh

Hiermit übergebe ich an dieser Stelle an den Sitzungspräsidenten – obwohl ich als Kölnerin dabei sofort an Karneval denken muss. (Heiterkeit) Herr Radek, bitte schön. (Beifall)

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Herzlichen Dank. – Mir bleibt nur übrig, im Namen des Parlaments der Arbeit den Diskutanten, den Übersetzern und der Moderatorin zu danken. Herzlichen Dank für diese Bewusstseinsweiterung. (Beifall)

Bevor ich das Plenum in eine Pause bis 17 Uhr entlasse, noch ein wichtiger organisatorischer Hinweis. Bitte lasst die Kopfhörer und Übersetzergeräte auf Euren Plätzen liegen. Der Verteilerdienst – es ist eine Dienstleistung – sammelt sie von dort aus ein. Der Kongress wird fortgesetzt um 17 Uhr mit der Antragsberatung.

(Unterbrechung des Kongresses: 16.40 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 17.01 Uhr)

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns bitte mit dem Kongress fortfahren.

Wir setzen die Antragsberatung fort. Bevor wir allerdings in die inhaltliche Arbeit einsteigen, muss ich leider einer sehr traurigen Pflicht nachkommen.

Die GEW-Delegation ist geschockt. Gestern ist der Landesvorsitzende der GEW Bayern, Gottfried Koppold, infolge eines Sturzes mit dem Fahrrad gestorben. Der Diplom-Pädagoge und jahrzehntelange Leiter der Kinderhilfe des Landkreises Walheim-Schongau war vom Beginn seines Arbeitslebens Gewerkschafter. Seine pädagogische Zielsetzung war die Integration im Elementarbereich. Hier war er ein Wegbereiter in Bayern.

Wir verdanken Gottfried viel als Gewerkschafter und als Pädagoge. Wir bitten Euch, an ihn und seine Familie zu denken. Bitte erhebt Euch von den Plätzen. (Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen) – Ich danke Euch. Ihr habt Euch zu Ehren des Verstorbenen erhoben. Bitte nehmt wieder Platz.

Auch wenn es jetzt dem einen oder anderen schwerfällt, wieder in die Routine zu verfallen, wir werden es trotzdem versuchen. Alles hat seine Zeit, so wie es im Buch der Prediger ja auch steht.

Wir kommen nun zum Sachgebiet D – Mitbestimmung in einer globalisierten Welt. Ich bitte zunächst Ulrike Laux, uns einen Überblick über die Anträge im Sachgebiet D zu geben. Ulrike, Du hast das Wort.

Ulrike Laux, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt das Sachgebiet D – Mitbestimmung - vor uns liegen. Zu dem Sachgebiet gehören insgesamt sechs Anträge. Wir haben in der Antragsberatungskommission entschieden, diese Anträge teilweise einem Antrag zuzuordnen, sodass wir insgesamt über zwei Antragsblöcke abstimmen können.

Im Gesamten ist der Inhalt der Anträge das Fundament für die geplante Mitbestimmungsoffensive von DGB und den Gewerkschaften. Dazu gehört eine fundierte Analyse der gegenwärtigen Mitbestimmungspraxis unter dem Vorzeichen von globaler Unternehmenstätigkeit auf der einen Seite und zunehmender prekärer Arbeit auf der anderen Seite.

Die Anträge verbinden die Forderung zum Ausbau der gesetzlichen Mitbestimmung auf der betrieblichen Seite sowie auf der Unternehmensebene. Eng mit der Mitbestimmung verbunden werden auch Forderungen in den Themen Vorstandsvergütungspolitik sowie zur Transparenz unternehmerischen Handelns erhoben. Das war der Einstieg zu dem ganzen Paket.

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Ulrike. – Ihr habt die Einlassung der Antragsberatungskommission gehört. Ich gebe jetzt zunächst den Antragstellern das Wort, zu den Anträgen zu sprechen.

Ulrike Laux, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Wir hatten es bisher so gemacht, dass erst die Anträge im Einzelnen von Dir aufgerufen werden. Das ist Teamarbeit, Kolleginnen und Kollegen.

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Dann rufe ich auf den Antrag D 001.

Ulrike Laux, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Der Leitantrag D 001 – Perspektiven und Zukunftsfelder der Mitbestimmung in der globalisierten Welt - beschreibt präzise die ökonomischen, gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Herausforderungen für die Mitbestimmung, einmal in den Betrieben, aber auch in den Unternehmen, bezieht die Behörden mit ein sowie den kirchlichen Bereich. Ergänzend kommen hinzu die entsprechenden Forderungen, um diesen Herausforderungen in den verschiedenen Bereichen begegnen zu können.

Die besondere Qualität des Antrages D 001 liegt in der Vollständigkeit einer erstmaligen umfassenden Beschreibung der Auswirkungen der Internationalisierung in Europa und der Globalisierung von Unternehmen, der Auswirkungen auf die praktische Arbeit der Mitbestimmungsträger und die Reichweite der Mitbestimmungsgesetze. Deshalb lautet die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu D 001 Annahme.

Der nachfolgende Antrag D 002 – Mitbestimmung bei Fremdvergabe – vom DGB-Bundesjugendausschuss fordert den DGB auf, sich für verbindliche Regelungen zur Mitbestimmung von Betriebsräten einzusetzen. Diese Fragen werden ausführlich im Antrag D 001 angesprochen, und es werden dort entsprechende Forderungen gestellt. Deshalb ist dort die Empfehlung der Antragsberatungskommission: erledigt bei Annahme des Antrages D 001.

Zu dem Paket gehört auch der Antrag D 003 – Mitbestimmung bei Leiharbeit und Werkverträgen – vom DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg. Der Antrag enthält den Auftrag an den DGB, sich dafür einzusetzen, dass Betriebsräte eine Mitbestimmung nach Paragraph 99 Betriebsverfassungsgesetz in diesem Bereich erhalten sollen. Diese Forderung ist ebenfalls ausführlich im Antrag D 001 abgedeckt. Die Antragsberatungskommission empfiehlt deshalb für diesen Antrag ebenfalls erledigt bei Annahme des Antrages D 001.

Dann gehört zu diesem ersten Abstimmungspaket der Antrag D 005 „Mitbestimmungsrechte stärken“, eingebracht vom DGB-Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg. Er setzt sich ein für die Stärkung der Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte und Personalräte bei der Regelung von Leiharbeit und Werkverträgen. Die Antragsberatungskommission empfiehlt hier ebenfalls: erledigt bei Annahme des Antrages D 001.

Der letzte Antrag in diesem Paket ist der Antrag D 006 „Transparenz schaffen - faire Arbeitsbedingungen herstellen“, eingebracht von der NGG. Er greift den sehr berechtigten Aspekt der mangelnden Transparenz unternehmerischen Handelns im Hinblick auf die sogenannten nicht finanziellen Kennziffern auf und unterbreitet wichtige Vorschläge zur Erhöhung der Transparenz.

Einige der weiterhin im Antrag der NGG enthaltenen Forderungen bedürfen zudem einer breiteren gewerkschaftlichen Debatte, zum Beispiel bis zu welchem Grad die Lieferketten im entsprechenden Berichtswesen einzubeziehen sind. Deshalb empfiehlt die Antragsberatungskommission zum Antrag D 006 die Annahme als Material zu Antrag D 001.

Das waren die Begründungen der Antragsberatungskommission für den ersten Abstimmungskomplex.

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Ulrike. - Ihr habt die Empfehlungen der Antragsberatungskommission gehört. Ich habe derzeit keine Wortmeldungen vorliegen. Dann komme ich zur Abstimmung. Der Antrag D 001 wird zur Annahme empfohlen. Damit sind die Anträge D 002, D 003 und D 005 erledigt. Außerdem soll der Antrag D 006 als Material angenommen werden.

Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Ich stelle fest, das war eindeutig die Mehrheit.

Ich gehe weiter zum Antrag D 004. - Ulrike, Du hast das Wort.

Ulrike Laux, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Der Antrag D 004 „Gesetzliche Obergrenze für ‚Managementbezüge‘“, eingebracht vom DGB-Bundesjugendausschuss, enthält den Auftrag an den DGB-Bundesvorstand, sich dafür einzusetzen, dass in Deutschland eine Obergrenze für Managementgehälter eingeführt wird, und bezieht sich auf die Gehälter sowohl von Vorstandsmitgliedern als auch von Aufsichtsratsmitgliedern. Viele Vorstandsgehälter haben heute ein Niveau erreicht, das in der Gesellschaft keine Akzeptanz mehr findet.

Mit der veränderten Antragsfassung, die ich gleich vorlesen werde, hat sich bereits der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand beschäftigt. Es gibt eine im Juni 2013 beschlossene Forderung, nach der jeder Aufsichtsrat gesetzlich dazu verpflichtet werden soll, die Vorstandsvergütung im jeweiligen Unternehmen durch eine feste Relation ihrer maximalen Höhe zur Höhe der durchschnittlichen Arbeitnehmervergütung im Unternehmen zu begrenzen. Diese Forderung des DGB-Bundesvorstands wurde bereits zum Beispiel gegenüber der Politik kommuniziert.

Deshalb empfiehlt die Antragsberatungskommission die Annahme des Antrags in geänderter Fassung. Die Zeilen 1 bis 6 sollen gestrichen und dann ergänzt werden. Der neue Text für die Zeilen 1 bis 6 lautet: Der DGB setzt sich dafür ein, dass in Deutschland eine Obergrenze für Managementgehälter in Relation zu dem Arbeitnehmereinkommen im jeweiligen Unternehmen eingeführt wird.

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Ulrike. - Dann kommen wir zur Debatte. Zuerst hat der Antragsteller das Wort. - Da habe ich keine Wortmeldung vorliegen. Dann kommen wir zu den weiteren Wortmeldungen. - Auch diese gibt es nicht. Damit komme ich zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Dann ist der Antrag angenommen. Herzlichen Dank.

Damit ist das Sachgebiet D abgeschlossen. Ulrike, herzlichen Dank für die Kooperation. (Beifall)

Ich rufe jetzt das Sachgebiet E „handlungsfähiger Staat“ auf. In meiner Regieanweisung steht: Achtung, hier kommt eine Filmeinspielung. (Einspieler - Beifall)

Herzlichen Dank für den filmischen Hinweis auf das Sachgebiet. Nun gebe ich dem Sprecher der Antragsberatungskommission, dem Kollegen Erhard Ott, das Wort, damit er uns einen Überblick gibt. - Erhard, bitte.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Die Einspielung hat bereits ins Thema eingeführt. Ich glaube, ich kann mir eine größere Vorrede zur Einführung in das Sachgebiet ersparen. Nur einige Anmerkungen dazu.

Bereits vor und während des Bundestagswahlkampfes hat der DGB Anforderungen an einen auf allen wichtigen Zukunftsfeldern handlungsfähigen Staat formuliert. Dabei ging es nicht nur darum, Investitionen und Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung, für die Energiewende, das Gesundheitssystem und viele weitere Bereiche zu fordern; genauso wichtig war es auch, deutlich zu machen, wie diese Forderungen gerecht und solidarisch finanziert werden können und welche Hindernisse es dabei zu überwinden gilt.

Um diese Forderungen programmatisch weiterzuentwickeln, war es naheliegend, inhaltlich entsprechende Anträge wie hier im Sachgebiet E zusammenzufassen.

Soweit ein kurzer Überblick über die Antragslage.

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Erhard. - Ich rufe nun folgende Anträge gemeinsam auf: die Anträge E 001, E 013, E 002, E 007, E 012, E 015 und E 016 sowie die Anträge I 004 und I 006 und den Änderungsantrag 011.

Erhard, welche Empfehlungen gebt Ihr ab?

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Mit der Einführung in das Sachgebiet habe ich eigentlich schon im Wesentlichen den Antrag E 001 dargestellt, der im Grunde genommen die Positionen und Forderungen des DGB zusammenfasst und insofern wesentliche Forderungen und Positionen enthält, wie die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet werden kann, wie der Investitionsstau bei Bildung, Infrastruktur, Mobilität, Wohnungsbau und anderen wichtigen Themen abgebaut werden kann, was aber durch die gegenwärtige Politik infrage gestellt wird.

Gefordert wird ein Politikwechsel, der die Handlungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen stärkt, sodass leistungsfähige soziale Sicherungssysteme, Infrastrukturen und bürgernahe öffentliche Verwaltungen solide finanziert werden können.

Zudem müssten Zukunftsinvestitionen in innovative Bildungs- und Wissenschaftsstrukturen und in den ökologischen Umbau getätigt werden, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts durch nachhaltige Investitionen zu sichern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch eine gerechtere Besteuerung von Einkommen und Vermögen zu stärken.

Es werden steuerpolitische Forderungen in den Bereichen Einkommen- und Umsatzsteuer, bei der Besteuerung von Vermögen und Unternehmen sowie im Steuervollzug vorgeschlagen.

Deswegen empfiehlt die Antragsberatungskommission zum Antrag E 001 Annahme.

Der zugeordnete Antrag E 013 ist im Wesentlichen deckungsgleich mit dem Antrag E 001. Hier wird deswegen vorgeschlagen, dass er bei Annahme des Antrags E 001 erledigt ist.

Zum Antrag E 002 gilt ebenfalls, dass in Antrag E 001 das Thema Privatisierung und Rekommunalisierung öffentlicher Aufgaben umfassend aufgegriffen wird. Wir empfehlen in dem Fall die Annahme als Material zum Antrag E 001.

Zum Antrag E 007: Der Antrag E 001 und der Antrag mit dem Titel „Von der eigenständigen Existenzsicherung zur selbstbestimmten Erwerbsbiografie von Frauen und Männern“ - das ist der Antrag A 001 - nehmen ausführlicher zu den steuerlichen Sachverhalten Stellung. Er berücksichtigt außerdem eine schnellstmögliche Abschaffung, wie im aufgerufenen Antrag formuliert, die mit erheblichen Problemen für die Betroffenen verbunden sein kann. So kann dies im Einzelfall mit schlagartigen und größeren Einkommensverlusten auch für Bezieher eher durchschnittlicher Einkommen einhergehen hinsichtlich der steuerlichen Aspekte in Antrag E 001 und Antrag A 007, wo von einem schrittweisen Umbau hin zu einer Individualbesteuerung die Rede ist beziehungsweise davon, den Splittingvorteil in einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren abzuschmelzen. Weiterhin wird dort auch aufgezeigt, wie ein erster Schritt zu diesem Umbau aussehen müsste. Deswegen empfehlen wir, den Antrag A 007 als Material zu den Anträgen E 001 und E 007 anzunehmen.

Der Antrag E 012, Abschaffung des Ehegattensplittings, ist weitgehend inhalts- und wortgleich mit Antrag E 007. Deswegen empfehlen wir, ihn für erledigt zu erklären bei Annahme von E 007.

Zum Antrag E 015, Spitzensteuersatz erhöhen und Angleichung der Steuern: Antrag E 001 fordert ebenfalls eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen. Dort ist detaillierter dargelegt, wie eine gerechte Besteuerung der einzelnen Einkunftsarten erfolgen soll. Hinsichtlich der konkreten Festlegung des Spitzensteuersatzes sind wir in der Antragsberatungskommission zu der Überzeugung gelangt, dass diesbezüglich eine weitere intensive Diskussion erforderlich ist. Deswegen empfehlen wir die Annahme als Material zu Antrag E 001.

Zum Antrag E 016, Einführung einer Privatisierungsbremse in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland: Es erschien uns in der Antragsberatungskommission fraglich, ob die Änderung des Grundgesetzes der richtige Hebel zur Verhinderung von nicht gewünschten Privatisierungen ist. Deswegen sind wir in der Diskussion insgesamt zu dem Ergebnis gekommen, dass es eine Aufgabe der konkreten politischen Arbeit der Gewerkschaften ist, gegen Privatisierungstendenzen vorzugehen. Wir empfehlen, da auch der Antrag E 001 die Debatte um Privatisierung und Rekommunalisierung öffentlicher Aufgaben aufgreift, die Annahme als Material zum Antrag E 001.

Wir hatten zwei weitere Initiativanträge zu beraten, nämlich die Initiativanträge I 004 und I 006. Beide Anträge verfolgen das Ziel, niedrige und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer zu entlasten. Ebenso geht aus beiden Anträgen hervor, dass für eine ausreichende Handlungsfähigkeit des Staates eine deutliche Verbreiterung der Steuerbasis erforderlich ist und

deswegen hohe Einkommen und Vermögen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden müssen. Jedoch weichen die vorgeschlagenen Vorgehensweisen voneinander ab.

Zur vollständigen und angemessenen Würdigung der vorgeschlagenen Ansätze bedarf es einer korrekten steuerrechtlichen Folgeabschätzung, um ermessen zu können, wie sich die Entlastungsvorschläge auf die jeweiligen Einkommenshöhen auswirken. Darüber hinaus ist es erforderlich zu prüfen, mit welchem Mehr- beziehungsweise Mindereinkommen für die öffentliche Hand bei den vorgeschlagenen Maßnahmen im Einzelnen und im Ganzen zu rechnen sein dürfte. Es liegt nach Auffassung der ABK auf der Hand, dass es in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit jetzt nicht leistbar war, zu den komplexen Fragestellungen ein zufriedenstellendes Beratungsergebnis zu erarbeiten. Deswegen empfehlen wir, beide Initiativanträge anzunehmen als Material an den Bundesvorstand.

Der letzte diesem Antragsblock zugeordnete Antrag ist Änderungsantrag Ä 011, Drastische Kürzung der Freigrenze für Sachbezüge verhindern. Für diesen Antrag wird nach der Diskussion in der Antragsberatungskommission eine Neuformulierung zum Solidaritätszuschlag vorgeschlagen, in der der Begriff „Solidarpakt“ vermieden wird, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen. Deswegen die Neuformulierung: „Die Fortführung des Solidaritätszuschlages über 2019 hinaus soll strukturschwache Regionen in Ost- und Westdeutschland fördern.“ Die ABK empfiehlt für diesen Abänderungsantrag die Annahme in dieser geänderten Fassung.

Jörg Radeck, Vorsitzender des Kongresses

Herzlichen Dank für Eure Empfehlungen. - Ich habe zwei Wortmeldungen von den Antragstellern, einmal von Stefan Körzell, Teilnehmernummer 83, und Andrea Kocsis, Teilnehmernummer 340. Stefan, Du hast zunächst das Wort.

Stefan Körzell, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich als Antragsteller ausdrücklich für die Vorschläge der Antragsberatungskommission aussprechen. Der Antrag E 001 ist sehr intensiv mit den Mitgliedsgewerkschaften und im DGB-Bundesvorstand beraten worden. In diesem Antrag beschäftigen wir uns mit der Frage, wie ein handlungsfähiger und ein zukunftsfester Staat in Zukunft aussehen soll. Ich glaube, dieses Thema gehört ganz oben auf die Tagesordnung, weil wir tagtäglich erleben, dass wir bei vielen Sachen, die wir nutzen, an die Substanz gehen.

Wir haben in einem umfangreichen Katalog dargelegt, was wir mit einem handlungsfähigen Staat verbinden: eine ordentliche öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Dienstleistungen, Geld für Bildung und somit auch für die Zukunft. Wir haben auch die Infrastruktur erwähnt. Dort wird geschätzt, dass wir pro Jahr 75 Milliarden brauchen. Ein weiterer Punkt ist der Wohnungsbau. Er ist nicht nur ein Problem in den Ballungsräumen, aber gerade dort. Nach unserer Meinung brauchen wir mindestens 100.000 Wohnungen pro Jahr, die entsprechend mietgebunden sind, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Kolleginnen und Kollegen, die nicht viel verdienen, auch weiterhin die Chance haben, in den Ballungsräumen zu leben.

Wir haben auch beschrieben, was wir brauchen, damit alles, was wir aufgeschrieben haben, umgesetzt werden kann, damit uns nicht vorgeworfen wird, wir hätten mal wieder zusammengeschrieben, was man ganz dringend braucht, aber keinen Vorschlag dazu gemacht, wie es finanziert werden soll. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das unterscheidet uns schon sehr von vielen anderen, die nach außen nur brüllen, es sollen Steuersenkungen vorgenommen oder Investitionen getätigt werden, die aber nicht erklären, woher das Geld kommen soll.

Sigmar Gabriel hat heute Morgen zu uns gesprochen und deutlich gemacht, dass ihm gestern der OECD-Wirtschaftsbericht vorgestellt worden ist, den es jetzt auch in einer gedruckten Version gibt. Er hat deutlich gemacht, wo dort von Fehlentwicklungen in Deutschland gesprochen wird. Ich will noch einmal zitieren, was im OECD-Wirtschaftsbericht steht: „Das Steuersystem beruht stark auf der Besteuerung des Faktors Arbeit.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das wollen wir verändern. Deswegen werbe ich dafür, der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu folgen, weil die beiden Initiativanträge sagen, wir müssen noch einmal über die genaue Gestaltung dieses Teilaspekts reden.

Aber ich erinnere auch daran: Reiner Hoffmann hat in seiner gestrigen Rede auch deutlich gemacht, dass es nur geht, wenn entsprechend anderes Geld an anderer Stelle hereinkommt. Sigmar Gabriel hat heute Morgen auch deutlich gemacht: Den Spitzensteuersatz zu erhöhen, reicht alleine dafür nicht. Er hat ein weiteres Beispiel genannt, nämlich die Frage: Wie gehen multinationale Konzerne mit der Festlegung ihres Firmensitzes um, um sich dort anzusiedeln und ihren Firmensitz zu haben, wo man die wenigsten Steuern bezahlt? Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Ansiedlungen von Logistikern werden aus dem städtischen Haushalt mit 12 Millionen Euro gefördert. Da wird noch ein eigener Kindergarten hingestellt, den die Stadt finanziert. Selbst der Parkplatz für 3.000 Beschäftigte gehört nicht dem Unternehmen, sondern ist ein öffentlicher Parkplatz,

wo auch jeder andere sein Auto hinstellen kann. Aber davon ist das Unternehmen entlastet, und Steuern zahlt es nicht in der Bundesrepublik Deutschland.

Das ist eine Entwicklung - da stimme ich Sigmar Gabriel zu -, die wir ausdrücklich nicht wollen. Aber für uns gehört zur Gegenfinanzierung auch, dass wir sagen: Neben der Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Reichensteuer wollen wir, dass große Vermögen und auch Erbschaften entsprechend besteuert werden. Für uns gehört auch noch die Finanztransaktionssteuer dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, dann wird daraus ein Paket, sodass wir sagen können: Das sind die Vorschläge der Gewerkschaften für einen handlungsfähigen Staat, für eine gute Infrastruktur und für gute Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Ich möchte Euch ausdrücklich bitten, dem Vorschlag der Antragsberatungskommission zu folgen. - Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit. Ich habe Euch jetzt anderthalb Minuten zurückgegeben. (Beifall)

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Stefan, herzlichen Dank. - Andrea, Du hast das Wort.

Andrea Kocsis

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Die aktuell öffentlich geführte Debatte zum Thema „kalte Progression“ hat uns veranlasst, hierzu noch mal einen Initiativantrag zu stellen. Ihr habt es bereits alle zur Kenntnis genommen, dass es einen zweiten Initiativantrag zu diesem Thema gibt, in dem eine Tarifkorrektur im Steuersystem ohne Gegenfinanzierung gefordert wird, die aus Steuer Mehreinnahmen gespeist werden soll.

Ich will vorneweg sagen, dass wir mit der Empfehlung der Antragsberatungskommission einverstanden sind. Aber ich möchte trotzdem begründen, warum wir in ver.di zu einer klaren und deutlichen Forderung zu diesem Thema kommen. Sie lautet: Steuerliche Mehreinnahmen sind vorrangig für die Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen zu verwenden. Steuerliche Entlastungen sind durch einen höheren Grundfreibetrag und die Abflachung des Tarifverlaufs zugunsten unterer und mittlerer Einkommen vorzunehmen. - Bis dahin besteht wohl auch Einvernehmen. Das Entscheidende ist jetzt: Steuerliche Entlastungen müssen gegenfinanziert werden. (Vereinzelt Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, Bund, Länder und Gemeinden sind trotz sprudelnder Steuerquellen chronisch unterfinanziert. Die Schuldenbremse trägt ihr Übriges zur stockenden Investitionstätigkeit bei. Wir alle hier gemeinsam reden jetzt seit mehreren Tagen über Anforderungen an einen handlungsfähigen Staat und haben gerade einen Kurzfilm dazu gesehen, während in der medialen Welt gleichzeitig von interessierten Kreisen über den „Räuber Staat“ referiert wird.

Die Kritik an der kalten Progression wird missbraucht, um weiter dauerhaft wirksame Steuersenkungen durchzusetzen, Kolleginnen und Kollegen. Da wird so getan, als ob den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit jeder Lohnerhöhung tiefer und tiefer in die Tasche gegriffen wird. Da wird so getan, als ob uns die Lohnsteigerungen durch die kalte Progression nahezu vollständig weggenommen werden. Aber wir, wir hier gemeinsam, haben mit dafür gesorgt, dass die Reallöhne in den letzten Jahren wieder angestiegen sind. Das heißt, die Kaufkraft nimmt auch nach Steuern zu. Wir haben im Moment ein ganz anderes Thema. Nicht die Inflation ist unser Problem, sondern die Deflation ist Thema, vor allem mit Blick auf das, was in Europa passiert. (Vereinzelt Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, diese unbeliebte heimliche Steuererhöhung hat in den letzten Jahren nie wirklich zugeschlagen. Ein Durchschnittsverdiener zahlt heute weniger Steuern als zu Beginn des Jahrtausends. Zwölfmal wurden die Tarife seit 1995 gesenkt, zuletzt umfangreich in den Jahren 2009 und 2010. Der Grundfreibetrag wurde erhöht, der Eingangsteuersatz gesenkt, und die Kinderfreibeträge wurden angehoben. Im Fall des ledigen Alleinverdieners liegt die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung im Jahr 2014 für alle Einkommen unter der Belastung nach dem Stand des Steuerrechts von 1991. Das habe nicht ich berechnet, sondern die Ökonomen des IMK der Hans-Böckler-Stiftung.

Ähnliches gilt für den verheirateten Alleinverdiener. Allerdings sind die Entlastungen im Vergleich zu 1991 deutlich geringer.

Stark entlastet wurden diejenigen, die über ein sehr hohes Einkommen verfügen, durch die im Jahr 2005 abschließend in Kraft gesetzte Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 42 Prozent, Kolleginnen und Kollegen. (Vereinzelt Beifall)

Die Wirkungen der gleichzeitigen Steuerentlastung von Unternehmen haben mit dazu geführt, dass die öffentlichen Bereiche zu Ausgabenkürzungen gezwungen sind. Öffentliche Leistungen wurden und werden weiter abgebaut, und notwendige Investitionen werden zurückgefahren. Die KfW hat ganz aktuell eine Umfrage zur Investitionstätigkeit und zur Finanzlage der Kommunen gemacht. Ihr Ergebnis lautet: Die deutsche Infrastruktur bröseln. Befragt von der KfW wurden 2.178 Städte, Gemeinden und Landkreise, und fast 500 haben darauf geantwortet.

Unter den ausbleibenden Investitionen leidet mit am stärksten die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur. Im Verkehrsbereich fehlen 31 Milliarden Euro für Reparatur, Sanierung und Neubauten. Personal ist auch nicht vorhanden, um diese Investitionen planerisch zu beginnen.

Aber auch in den Bereichen Kinderbetreuung, Wasserver- und -entsorgung, öffentliche Verwaltungsgebäude, Sportstätten und Bäder und nicht zuletzt im schulischen und im Erwachsenenbildungsbereich bestätigt die Umfrage der KfW insgesamt einen Investitionsstau von 118 Milliarden Euro, davon 38 Milliarden Euro im Bildungsbereich. Das stimmt ungefähr mit dem überein, was Elke heute gesagt hat: 40 Milliarden Euro werden dort benötigt.

Alle unsere Diskussionen auch zum Thema Gesundheitspolitik kommen immer wieder zu dem Ergebnis: Kommunen, Länder und Bund brauchen Mehreinnahmen, um die notwendigen Ausgaben zu finanzieren. Das bestätigen schließlich nicht nur die Beschäftigten in den genannten Bereichen, das merken wir täglich auch als Bürgerinnen und Bürger, die eine gute öffentliche Dienstleistung und Infrastruktur erwarten. Darauf sind auch die Unternehmen in diesem Land angewiesen, um, wie sie sagen, Wachstum und Zukunftssicherheit gewährleisten zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb müssen die prognostizierten Steuermehreinnahmen zur Finanzierung eines handlungsfähigen Sozialstaates genutzt werden. Mittlerweile gehen die Steuerschätzungen übrigens schon wieder leicht zurück. Die Herausforderung besteht darin, wieder mit Blick auf die kalte Progression mehr Steuergerechtigkeit herzustellen, ohne den Staat ärmer zu machen. Stefan hat es gerade gesagt: Sigmar Gabriel hat sich gestern Abend beim SPD-Parteiabend geäußert. Er hat gesagt: Jawohl, kalte Progression abbauen, da geht er mit, Gegenfinanzierung Subventionsabbau. Heute hat er gesagt: Es ist Quatsch, über den Spitzensteuersatz so viel zu diskutieren; das bringt nur eine leichte Gegenfinanzierung von 3 bis 5 Milliarden Euro. Uns kommt das ein bisschen wenig vor. Unternehmenssteuern zu verbessern, indem man Steuerdumpingwettbewerb und Steuerflucht innerhalb Europas beendet, da können wir alle mitgehen, Kolleginnen und Kollegen.

Das bringt aber jetzt und auf Sicht keinen einzigen Euro in die Kassen. Guckt mal nach der Finanztransaktionssteuer. Da bedarf es einer Einigung in Europa. Deshalb dürfen wir diejenigen, die sich selbst als Leistungseliten in diesem Land bezeichnen, nicht aus dem Blick verlieren; denn die müssen jetzt auch mehr leisten als die anderen Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)
Das ist und bleibt ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit.

Erst gestern – und auch das hat Stefan gesagt – wurde Sigmar Gabriel von der OECD bescheinigt – die OECD ist ja nun nicht gerade als linksradikal bekannt –, dass eine Ausweitung – ich ergänze Dich mal, Stefan – der Erbschaftsteuer und der Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte für eine gerechtere Steuerpolitik in Betracht gezogen werden sollte. Mit der Position stimmen wir auch nicht hundertprozentig überein. Aber die Richtung ist die gleiche.

Kolleginnen und Kollegen, ob wir über die Anhebung des Spitzensteuersatzes reden, über die Besteuerung von Kapitalerträgen mit dem individuellen Einkommensteuertarif, ob wir über Vermögensteuer reden oder auch über die einmalige Vermögensabgabe, ob wir über die Beendigung von Steuerdumping und Steuerflucht in Europa sprechen, all das sind mögliche Wege zu einer gerechteren Steuerfinanzierung, indem die Finanzschwächeren weniger und die Finanzstärkeren stärker belastet werden.

Wenn wir uns hier im Kongress nicht abschließend über den Weg, wie wir dieses Ziel erreichen wollen, verständigen können, dann muss sich der DGB-Bundesvorstand in der nächsten Sitzung im Juli abschließend über dieses Thema verständigen. (Beifall)

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Andrea, kommst Du bitte zum Schluss?

Andrea Kocsis

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen als DGB-Gewerkschaften gemeinsam und einheitlich in die Debatte um ein gerechtes Steuersystem und die Verwendung von Steuermehreinnahmen eingreifen. Gemeinsames Vorgehen hat uns in der Vergangenheit immer am erfolgreichsten gemacht. Und das wird auch in Zukunft so sein.

Um die Entscheidungsfindung im DGB-Bundesvorstand zu erleichtern, zitiere ich zuletzt aus dem DGB-Beschluss vom 9. April 2013. Dort fordert der DGB-Bundesvorstand als eine Maßnahme für einen handlungsfähigen Staat eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer bei gleichzeitiger Reform des Progressionsverlaufs, die bei den unteren und mittleren Einkommen zu einem Abflachen der Progression führt.

Dem ist an Klarheit nichts mehr hinzuzufügen. Ich danke für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Andrea. Das Wort hat nun Marlis.

Marlis Tepe

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vorhin den Antrag „Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe“ beschlossen. Diesem Antrag und dem Ansinnen, das wir damit beschlossen haben, können wir nur zum Leben verhelfen, wenn wir jetzt auch den Antrag zum handlungsfähigen Staat beschließen. Es ist uns über zehn Jahre nicht gelungen, im DGB ein gemeinsames steuerpolitisches Konzept zu beschließen. Aber hier haben wir jetzt Forderungen aufgeschrieben.

Warum brauchen wir das für die Bildung? Die finanzielle Situation der Länder ist in den Kommunen katastrophal. Alle von Euch leben in Kommunen, alle kennen das. Die Mittel reichen selbst mit der Steuerschätzung nicht aus, die jetzt etwas optimistisch ist, die aber jetzt schon wieder nach unten korrigiert wird, wie Du eben gesagt hast. Es fehlen Mittel zum Ausbau und zur Sanierung von Kitas, Schulen und Hochschulen. Es fehlen Mittel für mehr und bessere Kita-Plätze, für Inklusionsschulen. Das betrifft nicht nur Lehrerinnen und Lehrer an Schulen, sondern auch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und andere Fachkräfte.

Wir brauchen für die stark gestiegene Zahl der Studierenden besser finanzierte Hochschulen. Es fehlt an qualifiziertem Personal vor allem in Kitas, und wir brauchen bessere Bezahlungen für die Erzieherinnen und Erzieher, sonst gewinnen wir niemanden mehr für diesen Beruf. Wir brauchen auch eine bessere Bezahlung für die Lehrkräfte an Grundschulen – das habe ich vorhin schon gesagt –, weil auch da die Lehrkräfte keine Lust mehr haben, diesen Beruf zu ergreifen, wenn man viel mehr Stunden unterrichten muss als in allen anderen europäischen Ländern.

Wir spüren überall: Die Schuldenbremse wirkt sich drastisch aus. In allen Bundesländern beginnen die Landesregierungen damit, Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zu streichen. In meinem Bundesland ist es schon seit 2010 so, dass per anno 350 bis 600 Planstellen für Lehrkräfte gestrichen worden sind. Das führt dann dazu, dass man in Städten wie Flensburg ein erstes Schuljahr mit 35 Kindern führen muss. Das ist ein Skandal. Deswegen brauchen wir mehr Geld für einen handlungsfähigen Staat. (Beifall)

Einnahmeverbesserungen durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer oder die Anhebung des Spitzensteuersatzes sind auf Eis gelegt. Für uns ist klar: Wir brauchen mehr Geld für die Bildung. Dafür brauchen wir strukturelle Mehreinnahmen. Im bildungspolitischen Antrag heißt das, wir brauchen richtig viel Geld. 40 Milliarden Euro kostet das, was wir uns für die Bildung ausgerechnet haben. Dafür brauchen wir diesen Antrag.

Sigmar Gabriel – auch ich will ihn zitieren – hat heute einen klaren Zusammenhang aufgezeigt. Er hat ja noch einmal die Schuld der schwarz-gelben Regierung an der Hotelsteuer aufgezeigt und hat gesagt, das hätten Kommunen und Kitas und Schulen bezahlt. Es soll uns eine Warnung sein, wenn er jetzt sagt: kalte Progression abbauen ohne Gegenfinanzierung.

Wir möchten, dass es nicht zu einer Schwächung des Staates führt, wenn die kalte Progression abgebaut wird. Wir finden es richtig, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht die Last zahlen. Aber wir wollen einen handlungsfähigen Staat mit höheren Steuereinnahmen. Wir brauchen eine Umverteilung für mehr Steuergerechtigkeit. (Beifall)

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Herzlichen Dank, Marlis. Jetzt hat Jürgen das Wort.

Jürgen Hohmann

Kolleginnen und Kollegen, auch ich möchte zu dem Thema der kalten Progression reden; denn ich denke, an dieser Stelle sind wir uns – das haben die letzten Tage und Wochen gezeigt - bisher nicht einig im Gewerkschaftslager.

Ja, Kolleginnen und Kollegen, wir sind – und das ist Beschlusslage – für ein gerechteres und ein anderes Steuersystem. Das ist Beschlusslage im DGB. Kapitaleinkommen, reiche Erben und Spitzenverdiener werden von diesem Steuersystem geschont, während Arbeitslose, Rentner und Arbeitnehmer über Gebühr belastet sind.

Diese Politik hat zur Folge, dass der Staat massiv unterfinanziert ist. Viele Städte, zum Beispiel im Ruhrgebiet, können ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen, sie werden sozusagen unter Vorbehalt vom Finanzministerium geführt, sie können keine eige-

nen Entscheidungen mehr treffen. Da wird Personal abgebaut, da wird privatisiert, da werden Dienstleistungen verschlechtert. Und die Kollegen und die Bürger müssen das bezahlen. Das hat etwas damit zu tun, wie der Staat, hier die Kommunen, finanziert sind.

Die Kommunen stehen unter Zwangsverwaltung. Für die Bildung von Kitas bis zur Hochschule fehlen die Milliarden - wir haben das hier zur Kenntnis genommen und auch beklatscht – bis hin zu dem, was hier aus der OECD-Studie zitiert worden ist: für Einrichtungen und Personal, für Verkehrsinfrastruktur. Die Verkehrsinfrastruktur verkommt und ist nicht zukunftsfest. Die Energiewende kommt nicht voran, weil das Geld, zum Beispiel für Wärmedämmung an Gebäuden, im Bundeshaushalt eine Leerstelle ist, genauso wie viele Koalitionsverabredungen, die getroffen worden sind, in keiner Weise finanziert sind, obwohl es dabei um Politikfelder geht, die darin verabredet worden sind. Ich könnte die Beispiele verlängern, aber Ihr kennt sie wahrscheinlich auch alle selbst.

Da wundert es mich schon, dass jetzt, wie in der „FAZ“ nachzulesen ist, aus dem gewerkschaftlichen Lager Steuerentlastungen unter dem Thema „Kalte Progression“ ohne Gegenfinanzierung propagiert wird.

Das ist auch heute in dem Initiativantrag der IG BCE, die sagt, Tarifkorrektur ist finanzierbar, ohne dass die Handlungsfähigkeit des Staates beeinträchtigt wird. Das ist ein schöner Satz. Ich habe bisher die ganzen Tage und auch heute keinen Beleg dafür gefunden, wie das gegenfinanziert werden soll, außer dass es Versprechungen sind, (Vereinzelt Beifall) die möglicherweise in fünf Jahren, vielleicht nicht einmal dann, eingelöst werden. Das, Kolleginnen und Kollegen, ist unredlich. Das heißt, es gibt bisher keinen Vorschlag, der redlich ist, wie das gegenzufinanzieren ist. Es sei denn, es soll sozusagen aus den Steuermehreinnahmen, die verplant sind, finanziert werden, und das führt zu erheblichen Kürzungen im Bundeshaushalt und bei den Kommunen. Denn die Steuerschätzung hat für die nächsten Jahre gar keine wesentlichen Mehreinnahmen vorgesehen, und es wird im Grunde sehr lange dauern, bis die Milliarden allein dafür da sind. Dabei haben wir all die Programme, die wir hier angesichts der Unterfinanzierung des Staates diskutieren, noch überhaupt nicht bedient. (Beifall)

Es ist schon zitiert worden. Gerade frisch liegt eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung über die tatsächliche Steuerbelastung durch die kalte Progression vor. Sie zeigt ganz eindeutig, dass seit 1991 trotz der kalten Progression die Steuerbelastung für Arbeitnehmer noch nie so niedrig war wie jetzt, Kolleginnen und Kollegen. Mit einer einzigen Ausnahme: Alleinverdienern, die über 100.000 Euro verdienen. Kernsatz und Ergebnis der Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung: De facto ist die kalte Progression seit 1991 in fast allen Fällen durch die Politik überkompensiert worden, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Zur Steuerschätzung habe ich schon etwas gesagt. Das heißt, wenn jetzt ein Abbau der kalten Progression ohne redliche Gegenfinanzierung zum Tragen kommt, wird es zu Kürzungen in den öffentlichen Haushalten mit den Folgen, die wir alle dabei zu tragen haben, kommen. Ich kann nur sagen, diese Politik kann ich nicht mitgehen, Kolleginnen und Kollegen. (Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen ein neues Steuersystem. Die Gewerkschaften haben dazu Vorschläge gemacht. Wir brauchen aber auch Investitionen in die Zukunft unseres Landes, in Bildung und Infrastruktur. Und da sollten wir nicht den Lobbyisten der CDU-Mittelstandsvereinigung und der ihr gewogenen Presse auf den Leim gehen. Der Abbau der kalten Progression, liebe Kolleginnen und Kollegen, soll von den Gewerkschaften, finde ich jedenfalls, abgelehnt werden. – Vielen Dank. (Beifall)

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Jürgen, herzlichen Dank. – Das Wort hat Volker Mörbe.

Volker Mörbe

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Können wir uns eine Steuersenkung zum Beispiel durch Abschwächung der kalten Progression leisten? Wie kommen wir zu einem handlungsfähigen Staat? Ich will es einmal konkret machen. Ich bin in einem Krankenhaus beschäftigt. Vorgestern war der Internationale Tag der Pflege. Tausende Krankenhausbeschäftigte haben in der ganzen Republik mit Aktionen auf bestehende Missstände aufmerksam gemacht. Denn die chronische Unterfinanzierung der Krankenhäuser hinterlässt Spuren. Die Landesregierungen kommen ihrer gesetzlichen Verpflichtung nach Übernahme der Investitionskosten nur sehr ungenügend nach. Es fehlt das Geld. Seit vielen Jahren gehört zur Normalität, dass im Krankenhaus Baustellen mit Personalstellen finanziert werden. Zusammen mit der Unterfinanzierung der Betriebskosten wurden innerhalb von zehn Jahren trotz ansteigender Patientenzahl über 100.000 Arbeitsplätze – ich wiederhole: über 100.000 Arbeitsplätze! – in den Krankenhäusern vernichtet, allein in der Pflege 50.000. Nach einer Erhebung von ver.di im letzten Jahr müssen mindestens 70.000 Pflegestellen zusätzlich besetzt werden, um eine einigermaßen gute Arbeit für die Patienten erbringen zu können. So kann der Betrieb in den Krankenhäusern nur noch mit zahlreichen Freiwilligkeitsleistungen der Pflegekräfte aufrechterhalten werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird immer schwieriger. Statt Maßnahmen zu er-

greifen, um der drohenden Pflegekatastrophe zu entgehen, werden immer mehr Pflegekräfte aus dem Beruf getrieben, entweder ganz oder über Teilzeit.

Aber auch die Versorgung der Patienten leidet beträchtlich. Alle internationalen Studien weisen nach, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Anzahl der Patienten gibt, die eine qualifizierte Pflegekraft versorgen muss, und der Komplikations- und Sterberate bei den Patienten. Personalmangel tötet. Der Abbau von 50.000 Pflegestellen hat Konsequenzen. Davon zeugen Zigtausende von Gefährdungsanzeigen des Pflegepersonals jedes Jahr, wo sehr konkret dokumentiert wird, welche Leistungen am Patienten nicht mehr erbracht werden können. Die Fakten liegen auf dem Tisch, aber die Politik macht sich zynisch zunutze, dass es im Einzelfall schwierig ist, festzustellen, ob ein negativer Verlauf schicksalhaft, also unabwendbar war, oder vielleicht doch durch Arbeitshetze und Hektik bedingt war. Wurde etwas verwechselt, wurden Krisensituationen zu spät erkannt, waren unterlassene Maßnahmen vielleicht doch wichtig? Hatte man für Hygienemaßnahmen vielleicht zu wenig Zeit? Die Medien interessieren sich leider nur für offensichtlichen Pfusch im Einzelfall.

Reiner Hoffmann hatte Recht, als er gestern in seiner Grundsatzrede feststellte, dass die Arbeitsbedingungen und der Wert der Arbeit in der Pflege nicht akzeptabel sind. Das kann aber auch für uns alle gefährlich werden, wenn wir im Krankenhaus behandelt werden. In dieser Situation erhält Finanzminister Schäuble von der Regierungskoalition die Erlaubnis, innerhalb von drei Jahren, 2013 bis 2015, insgesamt 8,5 Milliarden Euro aus dem Gesundheitsfonds für den Staatshaushalt einzubehalten, weil das, wie man hört, notwendig sei für einen ausgeglichenen Haushalt und weil man sich schließlich darauf geeinigt hatte, Steuern nicht zu erhöhen. Das ist Geld, das dringend für die Patienten und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gebraucht wird.

Kolleginnen und Kollegen, diese Situation muss uns alle im DGB angehen. Arbeitnehmer, die im Krankenhaus behandelt werden, dürfen nicht unnötig gefährdet werden. Krankenhausbeschäftigte haben ein Recht auf Arbeitsbedingungen, bei denen man nicht selber krank wird und unter denen man es möglichst lange aushält. Statt diese Situation mit Steuersenkungen weiter zu belasten, muss mehr investiert werden. Die steuerliche Schutzmauer um die Spitzenverdiener und Vermögenden muss durchlässiger werden. Der Regierung geht es darum, die Schuldenbremse einzuhalten, ohne Steuererhöhungen durchzuführen. Tatsächlich aber erhöht sich damit die Schuld des Staates gegenüber uns Arbeitnehmern und Bürgern. Der Staat muss ausreichend in die öffentliche Daseinsvorsorge investieren. Unterlässt er das, steigt seine Schuld gegenüber unseren öffentlichen Gemeingütern wie Bildung oder Krankenversorgung oder die anderen Dinge, die schon angesprochen wurden, die eigentlich unser gemeinsames Eigentum sind. Der Staat verschuldet sich praktisch bei uns Bürgern. Nur nennt niemand diese unterlassenen Investitionen Schulden. So können diese Schulden gegen uns ansteigen, ohne gegen die Schuldenbremse zu verstoßen. Nur ausbaden müssen es wir Bürger und die Beschäftigten in diesen Einrichtungen. Die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht länger auf Zwangsdiät gesetzt werden.

Deshalb keine Steuersenkungen! Nur Reiche können sich einen armen Staat erlauben. Wir brauchen eine Umverteilung von oben nach unten. Ich bitte daher den DGB-Bundesvorstand, sich in diesem Sinne zu entscheiden, wenn er sich damit beschäftigen muss, falls wir die beiden Initiativanträge I 004 und I 006 jetzt als Material verabschieden. – Danke. (Beifall)

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Volker, herzlichen Dank. – Das Wort hat Eberhard Brandt von der GEW.

Eberhard Brandt

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte alle die beglückwünschen, die uns hier einen Leitantrag vorgelegt haben, der wirklich hervorragend ist, einen Leitantrag, der sich damit befasst, wie ein ungerechtes Steuersystem überwunden wird und wie ein handlungsfähiger Staat solide finanziert wird.

Nun ist die Frage: Können wir es uns leisten, Aussagen auf diesem Kongress zu verabschieden, die nicht konkludent sind, sondern die zu diesem Antrag im grundsätzlichen Widerspruch stehen? Denn darum geht es bei dem Antrag I 006. Der Antrag I 006 tut so, als gebe es Steuereinnahmen, die sprudeln und die zu verwenden wären, ohne dass sie im Staat für die notwendigen Ausgaben fehlen, für die wir eintreten.

Wenn davon die Rede ist, dass 3 bis 4 Milliarden Euro durch erwartete Steuermehreinnahmen finanziert werden können zum Abbau der kalten Progression, dann kann das nur schreiben, wer sich mit den Situationen des Bundshaushalts und der Länderhaushalte nicht befasst hat und wem die ziemlich egal sind. Michael, Du kommst ja wie ich aus Hannover, und Du kennst ja auch - - (Zuruf: Frechheit!) – Nein, das ist keine Frechheit, das sind Fakten.

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Kollegen!

Eberhard Brandt

Das ist keine Frechheit. Ich gehe auch darauf ein. Du weißt, und Ihr wisst, wenn Ihr die Zeitungen lest, dass in jedem Landeshaushalt und auf Bundesebene Mehreinnahmen benutzt werden, um die Schuldenbremse zu finanzieren, um nichts anderes zu machen als dafür zu sorgen, dass die Länder bis 2020 keine Schulden mehr aufnehmen können. Es bleibt dann nichts übrig. Der Niedersächsische Finanzminister, auf die sprudelnden Steuereinnahmen angesprochen, hat sehr deutlich gesagt: Da steht nichts zur Verteilung zur Verfügung. Im Gegenteil, alle Ressorts werden eingekürzt.

Wenn wir wissen, wir brauchen mehr Geld nicht nur für Bildung, sondern auch für die anderen Aufgaben, die angesprochen worden sind, dann können wir nicht sagen, auf 3 bis 4 Milliarden kann man verzichten. Die 6 Milliarden, die die Bundesregierung den Ländern versprochen hat, sind ja damit noch nicht einmal gegenfinanziert. Selbst die würden dann fallen. Das können wir uns nicht leisten.

Deshalb fordere ich Euch auf, dass Ihr die Zeilen 60 bis 65 aus Eurem Antrag zurückzieht. (Beifall) Wir brauchen dafür auch keine langen Berechnungen, sondern die Zahlen liegen auf der Hand. Die Finanzminister sagen dies deutlich.

Wir haben als Gewerkschaften an dieser Stelle eine sehr wichtige Aufgabe, wie aus dem schon von Jürgen Hohmann angesprochenen Artikel in der FAZ hervorgeht. Die FAZ schreibt: Es gibt in den Industriegewerkschaften Tendenzen – da werden dann auch Namen genannt -, die wieder echte Interessenvertretung betreiben wollen und nicht wollen, dass der DGB zu einem der größten Wohlfahrtsverbände der Bundesrepublik sozusagen verkommt und die echten Interessen der Beschäftigten nicht mehr vertritt. Das ist eine Spaltung, die da reingetragen wird, die wir uns nicht leisten können. Wir müssen gemeinsam auftreten! (Beifall) Wir müssen gemeinsam auftreten als Industriegewerkschaften und als Gewerkschaften im öffentlichen Dienst und als Dienstleistungsgewerkschaften. Spaltung können wir uns nicht leisten. (Beifall)

Darum noch einmal meine Bitte: Zieht diese Spaltung hervorrufenden Zeilen zurück. Sagt auch, dass es notwendig ist, dass Abbau von kalter Steuerprogression aus dem Einkommensteuertarif gegenfinanziert werden muss und das erst dann zu machen und nicht vorher. Wenn Ihr das nicht zurückzieht, bitte ich die Kolleginnen und Kollegen Delegierten, der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu I 006 nicht zu folgen. (Beifall)

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Eberhard. - Das Wort hat Lothar Gritschke von ver.di. - Er zieht zurück. Dann hat jetzt der Kollege Jochen Nagel das Wort. Ich bitte Euch, bei der Wortwahl einen kollegialen Ton zu pflegen. Danke schön.

Jochen Nagel

Kolleginnen und Kollegen, ich bin immer für Kollegialität, aber ich sage auch, Kollegialität geht nur auf Gegenseitigkeit. (Beifall)

Wie sieht die Situation des öffentlichen Dienstes aus? Seit 20 Jahren erleben wir in diesem Land einen systematischen Abbau des öffentlichen Sektors, einen systematischen Abbau des Sozialstaats. Ich will das hier nur mal beispielhaft an einer Stelle sagen: Die Politikerinnen und Politiker, die sonntags immer von der Bedeutung der Bildung reden, haben zum Beispiel im Bundesland Hessen in den letzten Jahren den Beruf der Lehrkräfte um etwa 17 Prozent abgewertet, indem sie entsprechende Besoldungsanpassungen nicht vorgenommen haben. (Beifall) Sie legitimieren und begründen das damit, dass kein Geld in den Kassen sei und dass man sich das in Anbetracht der Schuldenbremsenpolitik nicht leisten könne.

Nun muss man aber wissen: Der systematische Abbau von Profession, der systematische Abbau von Standards trifft alle. Er trifft im Besonderen die Kinder von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, weil er natürlich auch einhergeht mit Qualitätsabbau. (Beifall) Dann kann ich natürlich sagen, Hauptsache ich habe die kalte Progression nicht aus der Tasche gezogen gekriegt. Aber wenn ich mir das konkret anschau, etwa in meiner Heimatstadt Groß-Gerau, dann stelle ich fest, dass die möglicherweise durch die Schuldenbremse und durch die Steuerreduzierungspolitik der letzten Jahre seit Schröder vielleicht insgesamt netto mehr in der Tasche hat. Aber wer sich das anschaut, der muss doch auch gucken, wem es wieder aus der Tasche gezogen wird. Was haben sie denn gemacht? Finanzierungen, die bisher gemeinschaftlich getragen wurden, zum Beispiel in den Kitas, werden jetzt mehr den Eltern auferlegt. Da wird es ihnen doch wieder aus der Tasche gezogen. Was nützt es mir denn, wenn einem Teil über Steuern etwas gegeben wird und dann gezielt gerade den Benachteiligten, in diesem Fall den jungen Eltern, wieder aus den Taschen gezogen wird? Es sind doch gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter der Gebührenschaube leiden. Es sind doch nicht die hohen Einkommen.

Ich denke, dass das noch einen weiteren Aspekt hat. Wir müssen inzwischen sehen, dass der öffentliche Sektor in der Bundesrepublik, bezogen auf den Anteil der Beschäftigten, die im öffentlichen Sektor arbeiten, unter dem Standard der USA ist. Wir haben inzwischen deutlich weniger Anteil an Beschäftigten im öffentlichen Sektor als die USA.

Diese gesamte Politik ist Teil einer Politik, die man Europa auferlegen will. Der Sozialabbau in Deutschland soll sozusagen den Druck auf die Länder in der Peripherie erhöhen. Und er tut dies täglich. Herr Kauder, dem ich im Übrigen empfehle, mal eine Frau Welsch zu heiraten und endlich einen Doppelnamen anzunehmen, (Heiterkeit – Beifall) stellt sich doch allen Ernstes auf dem CDU-Parteitag vor ein paar Jahren hin und sagt: Endlich wird in Europa Deutsch gesprochen. Dieses Modell des Sozialabbaus, das hier betrieben wird, wird mit der doppelten Schraube in den Ländern der Peripherie betrieben. Das führt zu massiver Armut.

Wir müssen uns hier umkehren. Das ist die beste Umkehr für Europa insgesamt. (Beifall)

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Ich habe die nächste Wortmeldung: Michael Vassiliadis, IG BCE.

Michael Vassiliadis

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sollten wir lassen, dass wir uns gegenseitig vorwerfen, zu spalten, weil wir Vorschläge machen oder Diskurse eröffnen, wenn wir gleichzeitig von Demokratie und Offenheit reden. (Beifall) Man kann mir widersprechen, kann unterschiedlicher Meinung sein. Von mir aus kann man mich für verrückt halten. Aber das Niveau sollte dem Parlament der Arbeit weiterhin entsprechen. Soweit erst einmal als Vorbemerkung.

Ich verstehe den ganzen Popanz nicht. Es gibt völlige Einigkeit – das wissen alle, die sich damit befasst haben – über den handlungsfähigen Staat, über die Frage der Unterversorgung der Staatsfinanzen, über die Bedarfe an dringend notwendigen Investitionen, über die Notwendigkeit der Gegenfinanzierung eines gerechteren Steuersystems. Überhaupt kein Problem, Beschlusslage! Ein einziger Punkt hat ganz aktuell – ein einziger Punkt! – einmalig, jetzt, eine Diskussion ausgelöst, nämlich ob es nicht angemessen ist, dass sich die Gewerkschaften in der Debatte über die aktuellen unerwarteten Steuermehreinnahmen – wir können darüber streiten, wie viel das ist -, mit unserer eigenen Forderung nach Senkung des ungerechtesten Teils dieses Steuersystems, nämlich eines Windfall Profits aus kalter Progression, zu Wort melden sollten im Hinblick auf die vielen, die Ansprüche auf dieses Geld formulieren, und sagen sollten: Wir sind auch da für diejenigen, die besonders davon betroffen sind.

Bevor der Eindruck erweckt wird, das seien nur Industriearbeiter, sollten wir einmal darüber nachdenken, wer davon betroffen ist. Das sind nämlich auch Lehrer, das ist auch der öffentliche Dienst, das sind eigentlich alle, die einigermaßen ordentlich im Tarifsysteem positioniert sind. Um mehr geht es nicht. Ob das so ist und ob die Forderung angemessen ist, werden wir im Bundesvorstand beraten.

Jetzt bricht hier eine Panik aus, die intellektuell unseren Mitgliedern draußen sagt: Erstens. Reibt Euch mal die Augen, Ihr zahlt gar nicht so viel Steuern, wie Ihr glaubt. Zweitens. Was ist mit den anderen Abgaben, die hinzugekommen sind? Ich rede doch mit meinen Mitgliedern über die Energiekosten, über die Wegnahme vieler auch steuerlich abzusetzender Tatbestände wie beispielsweise der Kilometerpauschale. Und unser Parlament der Arbeit sagt seinen Mitgliedern draußen: Das fühlst Du nur.

Ich bin nicht ganz sicher, wie Du darauf gekommen bist, ausgerechnet das Jahr 1991 mit 2014 zu vergleichen.

Wir sagen unseren Mitgliedern: Das ist nur gefühlt. In Wirklichkeit seid Ihr entlastet worden. Und was jetzt?

Das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass der Staat unterfinanziert ist. Das ist richtig. Wir brauchen eine Steuerreform, die das wieder in Ordnung bringt und die diejenigen, die nicht bezahlen - das haben wir heute alles diskutiert -, in die Pflicht nimmt. Dazu haben weder Michael Vassiliadis noch die IG BCE etwas anderes gesagt. Das lasse ich mir auch nicht unterstellen.

Jetzt ein Zeichen des Vertrauens zu setzen, dass wir es mit dem Abbau der kalten Progression ernst meinen, weil wir eine Möglichkeit sehen - jedenfalls gegebenenfalls -, darauf zuzugreifen, halte ich für angemessen, jedenfalls nicht für absurder, als die Verweise auf die EU abzulehnen, weil man sagt, das sei nicht realistisch, während man gleichzeitig den Abbau der

kalten Progression mit Gegenfinanzierungen ausstattet, die genauso wenig realistisch sind. Da müssen wir miteinander schon ehrlich bleiben.

Es geht nur um dieses Detail, um nicht mehr und nicht weniger. Ich lasse mir nicht unterstellen, dass ich keinen handlungsfähigen Staat will. Ich lasse mir auch nicht unterstellen, dass ich irgendwelche Sondergruppen nicht belasten oder verschonen will. Das ist nämlich der Tenor der ganzen Veranstaltung.

Deswegen: Lasst uns entspannen - so wie ich jetzt -, (Heiterkeit) lasst uns jetzt den ganzen Kram beschließen, lasst uns über dieses Detail weiter streiten. Lasst uns vor allen Dingen eines nicht machen: daraus ein angebliches Spaltungsthema machen. Dahinter stecken Diskussionen, aber dahinter steckt nicht ein Widerstand gegen mehr Lehrer, gegen besser bezahlte Krankenschwestern.

Man muss es auch denjenigen Mitgliedern erklären können, deren Arbeitsplätze auch wegrationalisiert werden und deren Lohn auch unter Druck steht. Es muss am Ende klar sein, wohin die deutschen Gewerkschaften wollen.

Ein letzter Satz. Wenn wir im nächsten Jahr den Mindestlohn haben, dann landen die Kolleginnen und Kollegen im härtesten Progressionsbereich des deutschen Steuersystems und werden, wenn es wirklich Erhöhungen und vielleicht auch Inflation gibt, am härtesten von der kalten Progression betroffen sein. Auch das gehört zur Wahrheit.

Ich glaube, wir haben eine Einheit. Lasst sie jetzt auch zum Zuge kommen. - Vielen Dank. (Beifall)

Jörg Radek, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Michael. - Das Wort hat Frank Bsirske.

Frank Bsirske

Kolleginnen und Kollegen! Ist es legitim, in einer Situation, in der gesellschaftliche Kräfte das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die Frage der kalten Progression lenken und dafür werben, zu Steuersenkungen zu kommen, für eine Position einzutreten, die sagt, ja, das kann man und muss man jetzt machen, dazu braucht man auch keine Gegenfinanzierung, denn das kann man alles aus höheren Steuereinnahmen finanzieren?

Ich sage: Ja, das ist legitim. Eine solche Position kann man beziehen.

Eine völlig andere Frage ist, ob es richtig ist, sie so zu beziehen. (Vereinzelt Beifall) Die Frage, ob es richtig ist, wollen wir im DGB-Bundesvorstand miteinander diskutieren. Dafür ist es sinnvoll, dass wir uns in aller Ruhe, aber zügig in der nächsten Bundesvorstandssitzung die Ausgangslage anschauen, bewerten, analysieren und dann Konsequenzen ziehen.

Die Ausgangslage sieht so aus, dass in der Tat, wie unser eigenes Wirtschaftsforschungsinstitut ermittelt hat, die kalte Progression seit 1991 in fast allen Fällen durch die Steuerpolitik deutlich überkompensiert wurde. Zitat Ende. Ausnahme: Einkommen zwischen 100.000 und 150.000 Euro pro Jahr. Da hat es durch die kalte Progression eine leichte Mehrbelastung gegeben. Aber sowie ein Kind im Haushalt ist, hat es auch für diese Einkommensgruppen keine Mehrbelastung gegeben. Das ist die Ausgangslage.

Auf der anderen Seite sollten wir einmal auf unsere einzelgewerkschaftlichen Diskussionen schauen. Wir sind gemeinsam der Auffassung, dass wir allein im Bereich der Verkehrsinfrastruktur 6 bis 7 Milliarden Euro jährlich zusätzliche Investitionen brauchen, um Brücken und Straßen zu sanieren. Wenn das nicht passiert, wirkt sich das über kurz oder lang möglicherweise negativ auf den Automobilkonsum aus.

Wir gucken in die Bauwirtschaft und sehen, dass die Unterfinanzierung vieler Kommunen dazu führt, dass Bauinvestitionen zu kurz kommen. Wir sehen, dass wir für die Energiewende und für Gebäudesanierungsinvestitionen nicht 1 Milliarde Euro brauchen, sondern 5 Milliarden Euro befürworten.

Wir gucken in den Bildungsbereich, wo 40 bis 50 Milliarden Euro jährlich fehlen, wenn wir auf das Niveau der Spitzenreiter bei PISA aufschließen wollen.

Wir gucken in den Kitabereich, wo Milliardeninvestitionen notwendig sind, und sehen, dass es viele Eltern gibt, auch Mitglieder der IG BCE, die ein Interesse daran haben, dass es im Kitabereich eine Ganztagsversorgung gibt, dass die Qualität der Versorgung besser wird, dass die Personalschlüssel besser werden.

Für den Krankenhausbereich geht die Krankenhausgesellschaft von einem Investitionsstau von 50 Milliarden Euro aus.

Wir brauchen eine bessere Finanzierung der öffentlichen Haushalte und eine stärkere und gerechtere finanzielle Ausstattung bei den Steuern für die Bewältigung der gesellschaftlichen Zusatzaufgaben. Da sind wir überhaupt nicht auseinander. Das hat Michael noch einmal unterstrichen. Das ist auch absolut überzeugend.

Auseinander sind wir bei der Frage: Lässt sich in der jetzigen Situation bei allen diesen von uns identifizierten Handlungsbedarfen die Priorität so setzen, dass wir sagen, von der kalten Progression muss man herunter und das kann man ohne Gegenfinanzierung machen? Das ist der Punkt.

Wenn man es ohne Gegenfinanzierung macht, Kolleginnen und Kollegen, dann wird man - machen wir uns da nichts vor - die Handlungsbedarfe und den Handlungsdruck auf allen möglichen Feldern verstärken und nicht entschärfen. (Beifall) Deswegen hat es die Diskussion gegeben, die nicht um die Frage kreist, ob wir für oder gegen den Abbau der kalten Progression sind, sondern bei der es um die Frage geht: Lässt sich der Abbau der kalten Progression, den wir aus Gesichtspunkten der Steuergerechtigkeit befürworten, in dieser Situation sinnvollerweise ohne Gegenfinanzierung rechtfertigen?

Da sage ich: nein, lässt sich nicht rechtfertigen. Wir brauchen eine Gegenfinanzierung und diese Debatte. (Beifall) Diese Debatte wollen wir sachlich führen. Das ist die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Wir von ver.di wollen uns dieser Empfehlung anschließen. Dann setzen wir uns im Juni zusammen, wägen noch einmal die Gesichtspunkte und Argumente ab und kommen dann zu einer Entscheidung.

Ich habe eigentlich keinen Zweifel, dass sich eine große Mehrheit die Position zu eigen machen wird, die Sigmar Gabriel gestern Abend auch bezogen hat: Ja zum Abbau der kalten Progression, aber ohne Gegenfinanzierung geht es nicht, Kolleginnen und Kollegen. Ob man die dann über eine Anhebung des Spitzensteuersatzes macht, was mit der CDU ein bisschen schwierig wird bei deren Positionen, oder über Subventionsabbau, den sie noch nicht zum Tabu erklärt hat, kann man dann miteinander noch einmal erörtern. Aber ohne Gegenfinanzierung geht es wirklich nicht, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Jörg Radeck, Vorsitzender des Kongresses

Danke Frank. - Reiner, Du hast das Wort.

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Tat, eine Spaltung können und wollen wir uns nicht leisten. Auch darüber sehe ich hier auf dem Kongress eine große Einigkeit. Aber wenn wir das sagen, sind wir auch selbstbewusst genug, miteinander eine Debatte zu führen, die notwendig ist. Im Antrag E 001 sind viele richtige Positionen beschrieben worden. Der Grundsatz unserer politischen Orientierung, was die Steuerpolitik betrifft, ist klar umrissen.

Wir führen diese Diskussion nicht erst, seitdem wir den Antrag E 001 hier zur Beratung vorgelegt haben, sondern diese Diskussion führen wir seit vielen Jahren miteinander. Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit in diesem Land. (Beifall) Dazu gehört natürlich - das war einer der Punkte, die ich am Montag angesprochen habe -, dass wir diese Steuergerechtigkeit unter anderem dadurch herstellen, dass wir die Abgeltungssteuer wieder in den Einkommensteuertarif zurückholen. Es ist eine der größten Ungerechtigkeiten, dass Arbeitnehmer am Ende des Monats bis zu 42 Prozent direkt ans Finanzamt überweisen und die Kapitalerträge sich mit 25 Prozent verdünnisieren können. Das ist eine der größten Ungerechtigkeiten. Da müssen wir ran. (Beifall)

Ich muss nicht wiederholen, was alle Beteiligten in dieser Debatte gesagt haben, dass wir es mit einer Unterfinanzierung des Staates zu tun haben und dass wir alle gemeinsam ein Interesse daran haben, dass beispielsweise im Bereich von Infrastruktur, im Bereich von Bildung, im Bereich des Gesundheitswesens und in vielen anderen Bereichen mehr investiert werden muss, damit es den Menschen besser geht, damit ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen geleistet wird. Und eines wissen wir auch: Wenn die Verkehrswege in Deutschland nicht funktionieren, die Hauptpulsadern der deutschen Industrie, dann geht es auch der deutschen Industrie schlecht. Ich weiß das aus meinen Erfahrungen in NRW, wo Brücken monatelang gesperrt werden. Dass das Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hat, ist auch völlig klar.

Aber wir wissen auch um das Problem mit der kalten Progression - auch das ist keine Neuigkeit in unserer Positionierung -, dass also die von uns in den Tarifeinverhandlungen ausgehandelten besseren Löhne und Entgelte häufig bei unseren Kolleginnen und Kollegen, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in allen Branchen, am Ende des Tages nicht an-

kommen, weil sie zum Teil durch die kalte Progression weggesteuert werden. Auch da muss man doch ran, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Was Frank Bsirske gesagt hat, kann man eigentlich nur unterstreichen. Wenn eine Gewerkschaft eine andere Position zu der Frage hat, wie man aktuell mit der Situation umgeht, wenn gefragt wird, ob wir nicht einen kräftigen Schritt machen, um die kalte Progression in Angriff zu nehmen, dann ist das durchaus legitim. Ich halte es für falsch, wenn man dann hier empfiehlt, eine solche Positionierung einfach aus dem Initiativantrag, der ja nur als Material überwiesen wird, zu streichen. Es gibt doch hier keine Denkverbote, es gibt auch keine Diskussionsverbote. (Beifall) Es muss doch möglich sein, dass wir über solche Themen im Zweifelsfall auch strittig miteinander diskutieren. Was ist denn daran schlimm?

Deshalb finde ich die Empfehlung der Antragsberatungskommission völlig richtig, dass die beiden Initiativanträge so, wie sie sind, als Material überwiesen werden. Ich sehe eine Aufgabe des neuen Geschäftsführenden Bundesvorstandes darin, dieses Thema aufzubereiten, damit wir eine anständige Daten- und Faktenlage haben. Da werden wir das IMK-Gutachten und andere Materialien berücksichtigen. Wir brauchen eine belastbare und solide Diskussionsgrundlage. Die werden wir herstellen. Das kann man nicht per Mehrheitsbeschluss hier irgendwie entscheiden, sondern darüber müssen wir miteinander sorgfältig debattieren. Diese Diskussion sollten wir couragiert und ohne Denkverbote führen. Dafür plädiere ich und deshalb plädiere ich auch dafür, der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu folgen. Wir haben keine Denkverbote. Das sollten wir uns nicht antun. Das wollen wir in anderen Bereichen auch nicht.

Deshalb noch einmal: Lasst uns das etwas nüchterner, gelassener angehen. Das hat nichts mit Spaltung zu tun. Es hat etwas mit Selbstbewusstsein zu tun, dass wir diese Debatte, diesen Diskurs offen miteinander führen. - Herzlichen Dank. (Beifall)

Jörg Radeck, Vorsitzender des Kongresses

Wir haben eine weitere Wortmeldung von Frank Bsirske. - Frank, Du hast noch einmal das Wort.

Frank Bsirske

Ich mache das nicht besonders gern, aber ich mache es jetzt. Kolleginnen und Kollegen, wir sind mitten in einer gesellschaftlichen Debatte, wo alle diejenigen, die sich zu Wort gemeldet haben, Druck machen, und zwar Druck in eine bestimmte Richtung. Dabei ist zum Teil der Eindruck entstanden, dass aus dem Gewerkschaftsbereich heraus die Position eingebracht wird, dass es einen Abbau der kalten Progression ohne Gegenfinanzierung geben soll.

Wenn wir - und das ist der Grund, warum ich mich jetzt noch einmal gemeldet habe - dieses Thema nicht zügig miteinander in Angriff nehmen, dann sollte auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass die Gewerkschaften in dieser Frage in dieser eben genannten Richtung Druck machen. Je mehr Zeit wir uns lassen, desto klarer wird werden, dass die Gewerkschaften in dieser Frage sehr weit auseinander sind. Deswegen muss es ein Interesse daran geben, dass folgende Fragen zügig einer Klärung zugeführt werden: Welche Position bezieht eigentlich der DGB? Welche Position bezieht die Mehrheit der Mitglieds-gewerkschaften?

Wir können uns nicht Zeit lassen und über mehrere Monate jetzt die Dinge dümpeln lassen. Dann wird die Sommerpause anschließend dazu genutzt, den entsprechenden Druck weiter zu verstärken und einen bestimmten Eindruck entstehen zu lassen. Wenn wir das zulassen, werden wir erleben, dass sich alle möglichen Gewerkschaftsorganisationen aus dem DGB heraus in die Öffentlichkeit begeben und es eine ziemlich muntere Angelegenheit wird.

Deswegen sollte noch einmal unterstrichen werden, Reiner, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen, diese Frage zu diskutieren. Das sollte Gegenstand bereits der nächsten DGB-Bundesvorstandssitzung sein. Das zu unterstreichen war mir wichtig im Interesse der Gemeinsamkeit und des Bildes, das wir nach außen abgeben. Diskussion ja, aber dann eben auch Verständigung. (Beifall)

Jörg Radeck, Vorsitzender des Kongresses

Reiner, Du hast das Wort.

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Frank, ich finde es gut, dass Du das noch einmal präzisiert hast. Nichts anderes habe ich aber gesagt. Wir werden uns schnell an die Arbeit machen. Ihr beide habt gesagt: in der nächsten Bundesvorstandssitzung im Juni. Wir dürfen hier keine Zeit verstreichen lassen. Wir brauchen in dieser Frage eine schnelle Klärung. Alles andere macht überhaupt keinen Sinn. Unsere Aufgabe im DGB ist es, auch wenn es unterschiedliche Positionen gibt, daran zu arbeiten, dass aus den Unterschieden

am Ende des Tages eine gemeinsame Position wird. Nur mit einer gemeinsamen Position sind wir stark und handlungsfähig. (Beifall) Das nehme ich mit und sage: Im Juni legen wir Euch etwas vor. - Vielen Dank.

Jörg Radeck, Vorsitzender des Kongresses

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich gebe zur Antragsberatungskommission. Erhard, Du hast das Wort zur Empfehlung, die Du bitte noch einmal wiederholst.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Ich glaube, die Empfehlung an sich muss ich nicht noch einmal wiederholen. Sie ist unverändert. Für das Protokoll aber eine Korrektur dessen, was ich vorhin gesagt habe: Dass wir die Initiativanträge I 004 und I 006 als Material an den Bundesvorstand verweisen, ist nicht richtig, sondern die Empfehlung lautet Annahme als Material zum Antrag E 001, wie in den Unterlagen ausgedruckt.

Jörg Radeck, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Erhard. - Ich komme zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Ich stelle fest, das war einstimmig. (Vereinzelt Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben auch heute wieder kräftig gearbeitet. Wir werden jetzt den Kongresstag für heute beschließen. Den Hinweis auf die Bezirksabende habt Ihr hinter mir an der Leinwand gelesen. Ich möchte aber noch einige Hinweise für den morgigen Tag geben.

Dem Präsidium ist durchaus bewusst, dass wir morgen ein sehr engagiertes Zeitmanagement brauchen. Wir werden Euch morgen im Laufe des Vormittages zur Sicherheit sagen können, wie es am morgigen Tag mit der Antragsberatung weitergeht und wie wir durch den Tag kommen werden.

Wir starten morgen früh mit dem Grußwort des Parteivorsitzenden der Linken, Riexinger, und machen danach weiter mit der Antragsberatung des Sachgebietes E. Ich möchte aber heute Abend gleich einen Hinweis für diejenigen geben, die morgen sprechen wollen. Ich möchte Euch darauf hinweisen, dass wir das Sachgebiet H – Rechtsextremismus – nach dem Sachgebiet U – Globalisierung – behandeln werden. Begründung dafür ist, dass der Antrag H 002 eine Beschlussempfehlung der Antragsberatungskommission beinhaltet, die sich auf den Antrag U 007 bezieht, weshalb zunächst der Antrag U 007 beraten werden muss. - Das nur als Hinweis für jene, die sich auf morgen vorbereiten wollen.

Mit bleibt nichts anderes übrig, als Euch zu danken und einen schönen Abend zu wünschen. Ich lade Euch ein: morgen früh 9 Uhr, bitte wieder pünktlich hier im Kongresssaal. Schönen Abend! (Vereinzelt Beifall)

(Ende des 4. Kongresstages: 18.32 Uhr)

•